Breslauer  Zeitung.

Vierteljährlicher Abonnementspr. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer kleinen Zeile 30 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Posen 20 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 205. Morgen-Ausgabe. Siebzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. Freitag, den 22. März 1889.

Das fiskalische Patronat.

Die Zahl der Verheißungen, die durch die Ereignisse des Jahres 1848 angeregt und durch die Verfassungsurkunde bestätigt, dann aber unerfüllt geblieben sind, ist keine unerhebliche. Von Zeit zu Zeit wird ja ein alter Schuldposten abgestoßen, wie man zum Beispiel in den beiden letzten Jahren mit der Einführung des unentgeltlichen Schulunterrichts beinahe zu Ende gekommen ist. Aber es bleiben noch immer wichtige Forderungen übrig; wir erinnern an die Ministerverantwortlichkeit, an das Unterrichtsgesetz, an die Landgemeindeordnung. Und immer von Neuem zeigt es sich, daß dasjenige, was man 1848 gewollt hat, schlechthin das Richtige war und daß wir nur zum Schaden unserer gesammten Entwicklung mit Erfüllung der damals in Aussicht genommenen Aufgaben innehalten.

Zu den Gegenständen, an welche man lange Zeit nicht gedacht hat, gehört das Kirchenpatronat. Die Verfassung schreibt vor, daß über dasselbe ein besonderes Gesetz ergehen soll; man hat aber zum Erlaß desselben niemals auch nur einen Anlauf genommen. Das Gesetz, wenn man es in das Auge faßte, könnte kaum einen anderen Inhalt haben, als den, daß das Kirchenpatronat gänzlich aufgehoben werden soll, in schonender Form, unter sorgfältiger Berücksichtigung der finanziellen Folgen für die Kirchengemeinden.

Das Patronat beruht auf demselben Grundgedanken wie alle feudalen Gebilde, nämlich auf dem, daß der Besitz von Privateigenthum zugleich öffentliche Rechte gewähren und öffentliche Pflichten auferlegen kann. Gutsherrliche Polizei, Patrimonialgerichtsbarkeit und Kirchenpatronat sind eigentlich Geschwister und die Beseitigung des letzteren muß mit demselben guten Grunde erfolgen, mit dem die beiden ersten schon beseitigt sind.

Soweit das Patronat Privatpersonen zusteht, liegt im Augenblicke keine Veranlassung vor, sich eingehend mit demselben zu beschäftigen. Auch das fiscalische Patronat steht, soweit es alten historischen Ursprungs ist, unangefochten da. Die Verpflichtungen, welche der Fiscus auf Grund desselben zu tragen hat, sind Schuldverbindlichkeiten, die er in rechtsgiltiger Form übernommen hat, und die er so lange erfüllen muß, bis er durch einen privatrechtlichen Act davon befreit wird. Ein zu erlassendes Gesetz kann ihn nie unmittelbar davon befreien, sondern kann nur die Bedingungen regeln, unter welchen er sich durch Ablösung selbst davon befreien kann.

Im Jahre 1873 wurde in den Staatshaushalt ein Vermerk aufgenommen, dem zufolge der Staat keine neuen Patronatslasten übernehmen soll. An diesem Vermerk wurde durch die diesjährige Budgetvorlage gerüttelt. Es lag die Absicht vor, neue Gelder für Kirchenbauten zu bewilligen, und dann den Staat auch zu verpflichten, die von ihm erbaute Kirche zu unterhalten.

Eine solche Praxis würde mit dem Grundgedanken der Verfassung, wonach die Kirchen vom Staate unabhängig sind, nicht in Einklang stehen. Neue kirchliche Gemeinden zu gründen und sie mit den nothwendigen kirchlichen Gebäuden und den sonstigen Mitteln zur Unterhaltung des Cultus auszustatten, ist Sache der Kirche selbst. Es entspricht den Grundsätzen der Gerechtigkeit nicht, daß ein Steuerzahler angehalten wird, Mittel herzugeben, mit denen für die kirchlichen Bedürfnisse der Mitglieder anderer Confessionen gesorgt wird.

Dies Princip wird durchbrochen, wenn der Staat Kirchen baut; es wird ebenso durchbrochen, wenn eine Stadtgemeinde Kirchen baut. Wir gestehen nun gern zu, daß im einzelnen Falle zuweilen Gründe vorliegen können, welche eine Durchbrechung des Princips rechtfertigen. Dann soll aber der Zuschuß, den Staat oder Stadt gewähren, betrachtet werden als das, was er wirklich ist, als eine auf freier Entschließung beruhende Gabe, die den Empfänger nicht berechtigt, darauf noch weitere Rechtsansprüche für die Zukunft zu bauen. Wo die Stadtgemeinden sich entschlossen haben, für Kirchen Bauplätze und Baugelder zu bewilligen, haben sie häufig die Erklärung daran geknüpft, daß diese Kirche patronatsfrei sein soll, das heißt, daß die Stadt nicht noch die Pflicht übernehmen will, für die Erhaltung der von ihr gebauten Kirche zu sorgen.

Die Art und Weise, wie naturgemäß neue Kirchen entstehen und mit den nothwendigen Mitteln ausgestattet werden, ist die, daß die Gemeinde oder die Synode von ihrem Besteuerungsrechte Gebrauch macht. Wir hegen auch nicht den geringsten Zweifel daran, daß auf diesem Wege dem Bedürfnisse in einem Umfang genügt werden kann, welcher die Möglichkeit eines kirchlichen Nothstandes geradezu ausschließt.

Freilich muß eine Gemeinde, welche finanzielle Opfer für die Herstellung einer neuen Kirche bringen soll, auch die Gewißheit haben, daß in dieser Kirche dem kirchlichen Bedürfnisse in einer Weise genügt wird, wie es dem religiösen Standpunkte dieser Gemeinde entspricht. Und was in dieser Beziehung bei uns versäumt worden ist, ist bekannt genug.

Die Aenderung, welche an dem Vermerk im Staatshaushalt vorgenommen war, war ein Versuch, an dem gegenwärtig bei uns bestehenden Kirchenstaatsrecht und den finanziellen Verpflichtungen des Staates gegenüber der Kirche eine tiefgreifende Aenderung vorzunehmen, ohne eigentlich die Klinke der Gesetzgebung in die Hand zu nehmen, wenigstens ohne sie in geräuschvoller Weise zu bewegen. Eine Veränderung in dem Wortlaut zu den Anlagen des Staatshaushalts sieht so harmlos aus und erregt die Aufmerksamkeit in sehr viel geringerem Grade als eine neue Gesetzesvorlage.

Merkwürdig genug ist es, daß dieser veränderte Vermerk bei der ersten Berathung in der Budgetcommission die Aufmerksamkeit derselben in so geringem Grade in Anspruch genommen hat, und daß auch bei der Berathung im Plenum, als die Abgeordneten Windthorst und Rickert auf die schweren Bedenken, die hier obwalten, aufmerksam machten, einzelne Abgeordnete gar nicht die Ueberzeugung gewinnen konnten, daß es sich hier um einen sehr bedeutsamen Schritt handle. Erst bei der zweiten Berathung in der Commission kamen die nationalliberalen Mitglieder zu der Einsicht, daß ihnen hier etwas zugemuthet werde, was gegen ihre Ueberzeugung geht, und die Fraction hat dann auch fast einmüthig dazu beigetragen, den alten sachgemäßen Vermerk von 1873 wieder herzustellen.

Die Abänderung dieses Vermerkes wäre ein Triumph des Herrn Stöcker gewesen, dessen Anschauungen sich dahin zusammenfassen lassen, der Staat sei verpflichtet, der Kirche möglichst viel Geld zu geben und ihr dann die Freiheit zu lassen, mit diesem Gelde zu machen, was sie will, ohne selbst eine Controle darüber auszuüben. Er war der eifrigste Vertheidiger des Regierungsvorschlages und rühmte sich dabei der Uebereinstimmung seiner Gedanken mit denen König Friedrich Wilhelms IV., ohne dabei zu erwägen, daß seit dem Tode dieses Königs in unserem Staatskirchenrecht wesentliche Veränderungen vor sich gegangen sind. Mit der Synodalordnung ist der Kirche die Möglichkeit gegeben, sich selbst alle diejenigen Einrichtungen zu beschaffen, deren sie zur Erhaltung des kirchlichen Lebens bedarf, und die nöthigen Mittel selbst aufzubringen. Eine Synodalordnung, die den Einfluß der dem Landtage verantwortlichen Organe auf die Kirche auf das niedrigste Maß herabsetzt, und die Bereitstellung großer Geldmittel durch eben diesen Landtag schließen einander aus.

Herr Stöcker hat sehr nahe an einem folgenreichen Siege seiner Anschauungen gestanden und die Regierung hat seine Geschäfte geführt. Auch Herr von Rauchhaupt hat sie geführt, und wenn er auch behauptet hat, ein Gegner der Stöcker'schen Anschauungen zu sein, so hat doch die Welt von dieser Gegnerschaft bisher sehr wenig bemerkt. Vielleicht erwacht bei diesem Anlaß doch in Diesem oder Jenem, der sich bisher der Hoffnung hingegeben hat, mit dem Einflusse der extremkirchlichen Partei sei es zu Ende, die Ueberzeugung, daß eine etwas größere Wachsamkeit nichts schaden kann.

Deutschland.

Berlin, 21. März. [Das Verbot der „Volkszeitung".] Der Minister des Innern ist der Chef der Polizei, und deshalb wird bei seinem Gehalt bei der dritten Berathung des Etats im preußischen Abgeordnetenhause das Verbot der „Volkszeitung" zur Sprache gebracht werden, falls nicht die Aufhebung der Maßregel schon vorher erfolgt ist. Die letztere Hoffnung erhält durch die Ausführungen des Polizeipräsidenten von Richthofen, welche das Verbot begründen sollen, neue Nahrung. Denn eine so unzulängliche Begründung, wie in diesem Falle, hat noch keine auf Grund des Socialistengesetzes verhängte Maßregel erfahren. Fast alle Organe der deutschen Presse, auch diejenigen, welche in stetem Kampfe mit der „Volkszeitung" gestanden haben, erkennen an, daß sie weder im Allgemeinen auf socialistischem Boden stehe, noch daß insbesondere der Artikel zum 18. März socialistischer Tendenz sei und auf Grund des Socialistengesetzes zu belangen sei. Selbst die „Hamb. Nachr." und die „Köln. Ztg." sind der Meinung, daß die Aufhebung des Verbotes erfolgen müsse. Ja, sogar die „Post" wird sentimental und leitartikelt über die Reclame, welche man der „Volkszeitung" gemacht habe, und über die Entrüstung, welche eine schlechte Rathgeberin — oder nein, die „Post" meint, ein schlechter Rathgeber — sei und welche die ruhige allseitige Erwägung hindere und nur zu leicht zu einem auf die Dauer nicht befriedigenden Ergebnisse führe. In der That, wenn man die Ausführungen des Herrn von Richthofen liest, wird man sicher glauben, daß das Ergebniß die Officiösen nicht befriedigen werde. Denn der Polizeipräsident weiß eigentlich in der Verfügung nichts zu sagen, als daß der Artikel, welcher zu dem Verbot geführt hat, in agitatorischer Weise die Revolution des Jahres 1848 verherrlicht habe. Ist das socialistisch? Niemand hat bisher behauptet, die Revolution von 1848 habe einen socialistischen Charakter gehabt. Jene Revolution wollte nichts, als was Friedrich Wilhelm IV. am 19. März selbst verkündete, deutsche Einheit und Freiheit. Von einer proletarischen Bewegung am 18. März war keine Rede. Es war weit mehr eine nothgedrungene Erhebung der liberalen Bürgerschaft als der Arbeiterwelt oder gar des socialistischen Theiles derselben. Nun ist allerdings in dem Artikel davon die Rede, daß „dem Arbeiter, dem ehrlichen und treuen Volke" der 18. März gehöre. So lesen wir in der Erklärung des Herrn von Richthofen. Aber zwischen dieser Aeußerung und der Beförderung socialistischer Tendenzen ist denn doch ein großer Unterschied, wie auch nicht Alles, was die Arbeiter angeht, darum einen socialistischen Stempel trägt. Gleichwohl schließt Herr von Richthofen, der Artikel habe die arbeitenden Schichten zum Umsturz der bestehenden Staatsordnung aufreizen wollen — was sehr traurig, aber darum an sich noch nicht socialistisch wäre; denn auch clericale oder reactionäre oder agrarische Parteiführer, welche Gegner des Socialismus sind, können die Arbeiter zur Revolution aufreizen. Wo aber steckt der eigentlich socialistische Charakter des Artikels? Auf diese Frage bleibt Herr von Richthofen die Antwort schuldig, was begreiflich ist, da selbst die „Kölnische Ztg." erklärt: „Etwas Socialdemokratisches finden wir in dem Aufsatze nicht!" Der Berliner Polizei-Präsident sieht sich denn auch genöthigt, zu betonen, daß „bereits eine Reihe früherer Artikel der „Volksztg." deutlich die Tendenz verräth, die bestehende monarchische Staatsordnung systematisch zu untergraben", eine Behauptung, welche nicht widerlegt zu werden braucht, weil sie nicht durch die Angabe der einzelnen Artikel bewiesen ist, und weil sie auch für den vorliegenden Fall nicht in Betracht kommen kann. Auf Grund des Artikels „Ein Gedenktag" ist die Maßregel verfügt worden; aus ihm muß hervorgehen, daß „socialdemokratische, socialistische oder communistische Bestrebungen" in gemeingefährlicher Weise gefördert werden. Alle anderen Artikel sind für diese Beurtheilung gleichgiltig. Da aber selbst die meisten officiösen Blätter der Meinung sind, daß der bezichtigte Artikel jene Voraussetzung nicht erfülle, so wird das Verbot der „Volkszeitung" aufgehoben werden müssen.

[Das Preußische Staatsministerium] hat, wie die „B. B.-Z." hört, drei Gesetzentwürfe, betreffend die Aufhebung des Sperrgesetzes, die Flußregulirung und die Reform der Klassen- und klassificirten Einkommensteuer, festgestellt. Dieselben werden dem Landtage alsbald zugehen.'

[Ueber das Diner beim Grafen Waldersee,] an welchem der Kaiser und die Kaiserin theilnahmen, berichtet die Kr.-Ztg.: Bald nach 6 Uhr trafen der Kaiser und die Kaiserin ein; sie wurden am Anfange der Treppe empfangen. Oben erwartete die Gräfin das Kaiserpaar. Die Kaiserin trug eine ausgeschnittene schwarzseidene Robe; den Hals zierte eine mehrreihige Perlenkette; als Kopfschmuck glänzte eine Diamant-Agraffe im Haar. Der Kaiser hatte zu Ehren seines Generalstabs-Chefs, der beim 1. Hannoverschen Ulanen-Regiment Nr. 13 à la suite steht, die Uniform des 3. Garde-Ulanen-Regiments angelegt. Die Herrschaften nahmen alsbald ihre Plätze ein; in der Mitte saß der Kaiser, ihm gegenüber die Kaiserin. Zur Rechten des Kaisers saß die Gräfin Waldersee, dann weiter rechts Fürst Radolin, Frau Statsminister von Goßler, Staatsminister Graf Herbert von Bismarck, Gräfin Schwanenfeld, General-Intendant Graf von Hochberg, Gräfin Keller, Contre-Admiral Graf von Waldersee, Oberst Graf von Wedel, Oberst-Lieutenant Freiherr von Falkenhausen, Major von Moltke, Lieutenant Graf Waldersee und Major Zahn; zur Linken des Kaisers saß die Frau Staatsminister Freifrau v. Lucius, der Staatsminister v. Maybach, die Frau Hausminister v. Wedell, der Oberhofmeister Frhr. v. Mirbach, die Hofdame Fräulein v. Gersdorf, General-Lieutenant Graf v. Schlieffen, Mrs. Tyrell, Oberst Frhr. v. Ehrichshausen, Comtesse Pfeil, Oberst-Lieutenant Frhr. v. Bissing, Oberst-Lieutenant v. Goßler und Rittmeister v. Funcke. Zur Linken der Kaiserin saß Graf v. Waldersee, dann nach links Frau v. Bronsart, Staatsminister Frhr. v. Lucius, Freifrau v. Mirbach, Hausminister v. Wedell, Gräfin Harrach, Kammerherren Graf v. Vitzthum und Frhr. v. d. Recke, sowie Oberst-Lieutenant Stoetzen; zur Rechten der Kaiserin hatte Graf v. Moltke seinen Platz, dann die Oberhofmeisterin Gräfin v. Brockdorff, der Staatsminister v. Goßler, die Gräfin v. Hochberg, Graf Harrach, die Gräfin Vitzthum, General v. Holleben und Major v. Scholl. Während der Tafel spielte das Musikcorps des Eisenbahn-Regiments. Um 8¼ Uhr war die Tafel beendet.

[Vaterländischer Frauenverein.] In der für Donnerstag anberaumten Vorstandssitzung wurde, der „Post" zufolge, als erster Gegenstand der Tagesordnung die Frage discutirt, ob es nicht angethan sei, vor der Generalversammlung noch eine größere Summe der für die Ueberschwemmungsnoth eingegangenen Gelder — es sind etwa noch 400 000 M. vorhanden — zu vertheilen, da sich das Bedürfniß zum Frühjahr wieder herausgestellt hat. Es handelt sich darum, daß den Provinzialverbänden nicht allein für die älteren Nothstände, sondern für die etwa kommenden sofort Mittel zur Disposition gestellt werden. Es sollen jetzt als Hilfsfonds für Posen 50 000 M., für Westpreußen 50 000 M., für Hannover, Ostpreußen, Schlesien und Brandenburg je 25 000 M., also im Ganzen 200 000 M. vergeben werden. Danach würden immer noch etwa 230 000 Mark als ein Fonds für neue, unerwartete Unheilsfälle übrig bleiben. Der Vorstand beschließt, daß erst die Rückäußerung der Delegirten der einzelnen Provinzialverbände abgewartet werden soll, dagegen eine größere Summe zur Verfügung der geschädigten Gegenden jeden Moment bereit ist. In dieser Weise soll der Generalversammlung berichtet werden. Dieselbe ist am 5. April, die Delegirten-Versammlung am Tage darauf. Der Provinzialverband von Hannover befürwortet für Münden am Deister die Unterstützung von 100 M. Dieselbe wird genehmigt. Für Tornay in Pommern (Diakonissen-Anstalt) werden 500 Mark bewilligt. Nach Labes werden zu einer Kleinkinder-Bewahranstalt 300 Mark gespendet. Dem Kinderheim in Potsdam, das 1000 Mark als Vorschuß erbittet, werden 300 Mark überwiesen. Der Zweigverein in Kassel erbittet für sein großes Krankenpflege-Institut eine Beihilfe, da die Baumittel für ein Schwesterhaus nicht reichen. Es werden 2000 M. bewilligt. Für einen Neubau einer Kleinkinderschule in Crakau, der Vorstadt Magdeburgs, werden 300 M. genehmigt. Dem Zweigverein Arfeld-Richstein im Sauerlande in Westfalen wird die erbetene Unterstützung nicht bewilligt, da der Provinzialverband die Bitte nicht unterstützt. Der Zweigverein Tost-Gleiwitz bittet um Hilfe für seine Kleinkinderbewahranstalt; auch hier wird die Genehmigung nicht ausgesprochen, da die Motive nicht genügen. Dem Zweigverein Lauenburg in Pommern werden zur Unterhaltung von 3 Diakonissinnen 400 Mark bewilligt. Einem Waisenhaus in Neuteich (Kreis Marienburg), einem Kreise, der durch die Ueberschwemmung sehr gelitten hat, werden auf Bitte des Superintendenten Kehler — befürwortet durch den Provinzialverband — 500 M. bewilligt, mit der Vorbedingung, daß der Vorstand in directe Beziehung zum Vaterländischen Frauenverein tritt, was bisher noch nicht der Fall war. Nach Groß-Wartenberg werden für die Diakonissen-Station Mittelwalde 150 M. gesendet. Zur Einrichtung einer Volksküche in Eschwege werden 500 M. überwiesen. Der Kaiserin Augusta-Heilanstalt in Bad Elmen werden 300 M. bewilligt. Im Kreise Lebus soll im Krankenhause Selow ein Barackenhaus erbaut werden; es werden 700 M. dazu genehmigt. Im Zweigverein Stendal wird einer zweiten Kleinkinderschule in der Stadt Stendal die Unterstützung von 300 M. zugewiesen.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 20. März. [Die Schießaffaire des Abgeordneten Rohonczy] versetzte die Studentenschaft in große Aufregung, da in ihren Kreisen die Version sich hartnäckig erhielt, daß der Realschüler und Husaren-Freiwillige Samosil nicht der Angreifer gewesen, sondern zuerst von mehreren Abgeordneten mißhandelt worden wäre. Abends versammelten sich einige hundert Studenten im Parke des National-Museums, wo dieselben eine Berathung unter freiem Himmel improvisirten. Die jungen Leute gaben ihrer Entrüstung über das Vorgefallene in Kraftworten Ausdruck, und die Abgeordneten wurden consequent als „Mörder" bezeichnet. Nur einer der Redner meinte, es wäre gerathener und würdiger, die Straßendemonstrationen zu unterlassen, da durch solche die Sache der Studenten nur geschädigt werde. Ein anderer Redner machte den Vorschlag, vor den Club der liberalen Partei zu gehen und dort eine Kundgebung zu veranstalten. Schließlich wurde von der Versammlung folgende Resolution angenommen: „Die akademische Bürgerschaft hat das im Abgeordnetenhause heute vorgefallene empörende Ereigniß mit Entrüstung zur Kenntniß genommen und stigmatisirt hiermit das Vorgehen mehrerer regierungsfreundlicher Abgeordneter, insbesondere des Abg. Rohonczy, und weist dasselbe mit Entrüstung zurück."

Von der Versammlung im Parke des National-Museums begaben sich Studentendeputationen in die Clubs der oppositionellen Parteien, um dort anzufragen, was die letzteren in der Sache zu thun gedenken. Graf Apponyi sagte den jungen Leuten, die Affaire müsse erst untersucht und klargestellt werden, jetzt ständen noch keine verläßlichen Anhaltspunkte zu Gebote. Die Studenten mögen überzeugt sein, daß Alles geschehen werde, damit Gerechtigkeit walte. In ähnlicher Weise äußerte sich Iranyi im Club der äußersten Linken. Vom Museumsparke aus zogen die versammelten Studenten sodann singend und schreiend nochmals vor den Club der äußersten Linken, wo ihnen Herr Polonyi vom Fenster herab versicherte, daß die Affaire eben berathen werde und die jungen Leute ruhig abziehen mögen. Denselben hatten sich inzwischen sehr zahlreiche nichtstudentische Elemente angeschlossen, und der Zug bewegte sich vorerst zum National-Casino, vor dem gleichfalls großer Lärm gemacht wurde, sodann vor die Wohnung Rohonczy's, wo gerufen wurde: „Nieder mit dem Mörder!" Durch die Kronprinzengasse nahm man nachher den Weg zum Club der liberalen Partei, aber vor demselben war in einem weiten Umkreise ein starker Polizeicordon gezogen, und die Demonstranten vermochten daher ihr Ziel nicht zu erreichen. Ein Stadthauptmann forderte sie auf, sich zu zerstreuen, da er sonst zu seinem größten Bedauern genöthigt wäre, Gewalt anzuwenden. Der Stadthauptmann ließ ein dreifaches Hornsignal geben, worauf die Studenten und ihr Anhang Kehrt machten. Abermals machten sie vor dem Nationalcasino Station, wo sie wieder furchtbaren Lärm erhoben, desgleichen vor dem Club der Unabhängigkeitspartei. Die Studenten bekamen nun die Demonstrationen satt; sie erklärten, sich nicht weiter an denselben betheiligen zu wollen, und ersuchten die

Uebrigen, sich gleichfalls heim zu begeben. Allein die Menge wollte nicht nachgeben und wünschte, einen Abgeordneten zu hören. Herr **Eötvös** erschien nun am Fenster und ersuchte die Leute, auseinander zu gehen und die Berathung, welche der heutigen Affaire gelte, nicht zu stören. Der größte Theil der Demonstranten vertheilte sich nun wirklich, aber einzelne Trupps setzten den Lärm in den Nebengassen fort. So verschlug sich ein Theil in die Tabakgasse, machte vor der Wohnung des Staatssecretärs **Matlekovich** Halt und **schlug daselbst die Fenster ein.** Inzwischen hatte eine zur Unterstützung der Polizei am Eingang der Kerepeserstraße requirirte **Abtheilung Infanterie** Aufstellung genommen, der sich ein Piquet berittener Polizisten anschloß. Die Excedenten in der Tabakgasse wurden von den Polizisten vertrieben, sammelten sich jedoch bald wieder, worauf sie auf Umwegen abermals vor das Nationalcasino gelangten. Jetzt aber marschirte eine Militärcolonne in voller Gassenbreite mit aufgepflanztem Bajonnet unter Trommelwirbel im Schritt heran und trieb die Excedenten, unter denen keine Studenten mehr waren, vor sich her. Indessen bildeten sich im Rücken der Militärcolonne abermals starke Gruppen, worauf die Soldaten Kehrt machten und im Laufschritt, ohne jedoch das Bajonnet zu gebrauchen, **die Tumultuanten vertrieben.** Dies geschah gegen ½10 Nachts, und man glaubt, daß damit die Excesse für heute abgeschlossen sind.

[Die Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom 20. März] nahm folgenden Verlauf:

Der Präsident theilt mit, daß Abgeordneter **Rohonczy** nach der gestrigen Sitzung insultirt, somit **dessen Immunität verletzt wurde.** Es sei dies der erste derartige Fall, der im ungarischen Abgeordnetenhause vorgekommen. Ohne dem richterlichen Spruche vorzugreifen, erklärt der Präsident, daß er mit Zustimmung des Hauses die Verfügung treffen werde, daß nur Abgeordnete oder mit speciellen Karten versehene Personen im Corridor des Hauses erscheinen können. (Zustimmung.) Ferner müsse er die Abgeordneten ersuchen, für die Galeriebesucher, für welche sie Eintrittskarten beanspruchen, auch die moralische Verantwortlichkeit zu übernehmen. Der Präsident verliest sodann ein Schreiben des Abg. Rohonczy, worin Letzterer diesen Fall zur Anzeige bringt und bittet, die Angelegenheit **dem Immunitäts-Ausschusse** zuzuweisen wegen seinerzeitiger Aufhebung des Immunitätsrechtes, damit dem gerichtlichen Verfahren freier Lauf gelassen werde. Rohonczy zeigt zugleich an, daß er, um jede Gereiztheit zu vermeiden, auf sein Gut Török-Becse gereist sei, wo er jederzeit zur Verfügung steht. — Dan. **Iranyi** hofft, die Gerichte werden nach Recht und Gesetz vorgehen, bemerkt jedoch, die Angelegenheit habe auch eine andere Seite. Es sei Thatsache, daß ein Abgeordneter im Hause einen Schuß abgefeuert habe. Außer den Gerichten müsse aber auch das Haus im eigenen Wirkungskreise entscheiden. Zur Beruhigung der Gemüther stellt Redner den Antrag: „das Haus möge die Erwartung aussprechen, daß die Gerichte (Widerspruch) in der Angelegenheit nach Recht und Gesetz vorgehen werden. Es entsendet ferner eine aus neun Mitgliedern bestehende Commission, welche ein Gutachten über die Verfügungen zu erstatten hat, die sich als nothwendig herausstellen, um die Wiederholung derartiger Vorkommnisse zu vermeiden.“ Redner ist aber auch nicht dagegen, daß die Angelegenheit dem Immunitäts-Ausschusse zugewiesen werde. (Zustimmung.) — Ministerpräsident **Tisza** theilt die Ansicht des Vorredners. Er will ebenfalls nicht dem gerichtlichen Urtheile präjudiciren und erklärt, daß er dem zweiten Theile des Antrages in modificirter Form, wonach die Angelegenheit dem Immunitäts-Ausschusse zugewiesen werden möge, gerne zustimme. Den ersten Punkt könne er jedoch nicht annehmen; denn nach seiner Ansicht wäre es eine Beleidigung des Richterstandes, wenn man voraussetzen wollte, daß derselbe ohne specielle Weisung nicht nach Recht und Gesetz vorgehen würde. (Lebhafte Zustimmung.) — **Orban** schildert die Scene als Augenzeuge. Er erwähnt, daß die Abgeordneten Algernon Beöthy, Ivanka und Boncza den jungen Mann mit Stockschlägen tractirten und hierin von Söldlingen der Polizei unterstützt wurden. — **Der Präsident** ruft den Redner zur Ordnung. (Ungeheurer Tumult.) Der Präsident sagt, der Abgeordnete möchte nicht Dinge behaupten, die nicht ganz der Wirklichkeit enspsrechen. **Almassy** fragt: „Wieso wissen Sie das?“ (Neuerlicher Tumult. Die Rechte verlangt, daß Almassy zur Ordnung gerufen werde.) **Polonyi:** „Auch ich habe es gesehen und kann es mit Eid bekräftigen.“ (Der Tumult wächst immer mehr an. Rufe: „Man hat den jungen Mann vor und nach dem Schuß geschlagen.“ (Rufe rechts: „Es ist nicht wahr!“) **Orban** kann endlich seine Rede schließen, indem er sich für den Antrag Iranyi's erklärt. **Helfy** meint, der Antrag Iranyi's bezwecke blos die rasche richterliche Erledigung. Es handle sich daher nicht nur um eine Instruction für den Richter. Ministerpräsident **Tisza** bittet, die principielle Bedeutung einer solchen Weisung zu erwägen, die ein gefährliches Präcedens wäre. **Beöthy** erklärt, er habe den jungen Mann nicht geschlagen. Er trage wohl immer einen „Boxer“ bei sich und hätte er von demselben Gebrauch gemacht, so wäre der Betreffende ärger zugerichtet worden, als durch die Kugel Rohonczy's. Er habe den jungen Mann unter die Arme genommen, weil er dachte, daß es sich um einen Selbstmord handle. **Vecsey** schildert ebenfalls als Augenzeuge das Geschehniß. In seiner Erregtheit habe er Rohonczy eine allerdings nicht parlamentarische Bemerkung zugerufen. Rohonczy habe ihm darauf erwidert: **„Auch Sie erschieße ich, wenn Sie mich insultiren.“** Nachdem Redner aber von den in der Nähe stehenden Abgeordneten über die Sache aufgeklärt worden und nachdem er dieselbe erwogen, habe er erkannt, daß Rohonczy in der größten Aufregung gewesen sein müsse, als er jene Worte sprach, weshalb er dem Incidenzfalle auch **keine größere Bedeutung** beimesse.

[Ueber die Straßentumulte,] welche am Mittwoch in Pest stattfanden, wird gemeldet: Bis zum Schluß der Parlamentssitzung herrschte auf der Straße — abgesehen von der lebhaften Passage und den Streifzügen der Polizei — absolute Ruhe. In die Sandorgasse wurden nur Leute, welche Legitimationen besaßen, eingelassen, doch konnte nicht verhindert werden, daß sich die **tumultuöse Menge** in dem Museumsgarten versammelte. Die Leute besetzten die ganze Partie des Parkes vor dem Abgeordnetenhause und lärmten und johlten, als die Sitzung geschlossen wurde und die ersten Abgeordneten herauskamen, in fürchterlicher Weise. Als der **Ministerpräsident** mit seinem Sohne in den Wagen stieg, entstand in jener abgesperrten Menge ein **ohrenzerreißendes Geschrei,** und das war das Signal für die auf dem Museumsring harrenden Massen. Der Wagen mit dem Ministerpräsidenten bog in den Museumsring ein. In diesem Augenblicke kam aus der Menschenmenge ein **Stein herangeflogen** und traf den Wagen in die Seitenwand. Ungeheueres Gejohle entstand, und als wäre dieser erste Wurf nur das Zeichen für eine vorbereitete Attacke gewesen, kamen jetzt **Steingeschosse aus allen Richtungen. Die meisten Steine trafen den Wagen,** jedoch nicht dessen Fenster. Auch der Kutscher blieb heil und dieser hieb auf die sich bäumenden Pferde ein, so daß der Wagen mit dem Ministerpräsidenten ohne eigentliches Geleite von der Polizei bald aus dem gefährlichen Rayon gelangte. Das Steinbombardement wurde bis an die Ecke der Hatvanergasse fortgesetzt. Von dort fuhr der Wagen unbehelligt weiter. Weitere Ruhestörungen gab es noch in Menge, wiewohl nur mehr wenige solche, denen Bedeutung beigelegt werden kannn. Auf dem Museumsring vor dem Nationaltheater-Zinshause wurde der Abgeordnete Karl **Pulszky,** über den sich die Kunde verbreitet hatte, daß er einen Journalisten der Unabhängigkeits-Partei im Abgeordnetenhause beleidigt, von der Menge **thätlich angegriffen.** Der Abg. Koloman Törs wollte den Collegen in Schutz nehmen, allein, da fiel ein Mann, der sich Josef Kastl, Bahnbeamter, nannte, der aber Diurnist im Communicationsministerium sein soll, über dieses Mitglied der Unabhängigkeitspartei her und versetzte ihm mit einem **eisenbeschlagenen Stocke** einen solchen Streich auf's Hinterhaupt, daß Törs **zusammenstürzte.** Während dieser in den Club der Unabhängigkeitspartei geschafft wurde, fielen nun seine Freunde über **Kastl** her, der blutig geschlagen wurde. Nach einigen Minuten waren die Organe der Rettungsgesellschaft zur Hand, welche das Opfer und den Attentäter verbanden. Mittlerweile rettete sich Karl Pulszky in das Haus, dessen Thor hinter ihm zugeworfen wurde. Die Menge hob jetzt den Abgeordneten Vecsey in die Höhe, der sprechen wollte, wegen des großen Lärmes aber nicht zu Worte kommen konnte. Gleich ertönte auch das Trompetensignal der Polizei. Die Reiter sprengten heran und die Menge stob auseinander. Um 2 Uhr war der Museumsboulevard in seiner ganzen Länge und Breite von berittener Polizei besetzt. Die Ansammlungen nahmen indessen immer größere Dimensionen an und da die Polizei, die von der Menge mit Steinen beworfen wurde, zur Zerstreuung derselben sich zu schwach fühlte, mußte **Militär requirirt** werden. Ein Bataillon rückte um 3 Uhr aus. Auch berittene Polizei trat in Action. Ein Wachmann fiel bei der Attaque vom Pferde und brach das rechte Bein. Das Militär versuchte auch den Hof des Polytechnikums zu räumen, allein der Rector erklärte, es bedürfe dieser Intervention nicht, er bürge für den ruhigen Abgang der Studenten, der auch in der That erfolgte. Später jedoch mußte der Hof von der Polizei und der Infanterie **gewaltsam** gesäubert werden. Dann endlich trat Ruhe ein, aber das Militär blieb auf seinem Platze.

China.

[Ruhestörungen.] Die neueste in London eingetroffene Post von Shanghai überbringt nähere Einzelheiten über die schon telegraphisch gemeldeten Ruhestörungen in Chinkiang, einem Hafen des Yangtze, bei denen das britische Consulat vom Pöbel niedergebrannt und das amerikanische geplündert wurde. Die Unruhen sollen ihren Ursprung in einem Streite zwischen einem Sikh-Polizisten und einem Chinesen gehabt haben. Der Letztere ging auf die Polizeistation, um sich zu beschweren. Als er wieder herauskam, stellte er sich, als ob er außerordentlich krank wäre und fiel anscheinend todt nieder. Darauf schrie der Pöbel, der Polizist habe ihn getödtet und griff auch sofort die Station an. Die wenigen Polizisten entflohen durch die Hinterthür, worauf die Menge alles in dem Gebäude in Stücken schlug. Sodann suchte der Haufen die Wohnungen einiger Stadträthe heim, wobei er es jedoch mit dem Einwerfen der Fenster bewenden ließ. Das nächste Ziel bildete das Haus des britischen Consuls, welcher nebst seiner Frau und seinen zwei kleinen Kindern kaum Zeit hatte, zu flüchten, bevor das Gebäude in Flammen stand. Möbel, das Archiv, das Privateigenthum wurde verbrannt. Das nächste Opfer des wüthenden Pöbels war das amerikanische Consulat. Dies wurde jedoch nicht in Brand gesteckt, sondern nur ausgeplündert. Um diese Zeit hatten sich endlich die chinesischen Behörden soweit ermannt, daß sie 6 Beamte auf den Schauplatz der Ruhestörungen geschickt hatten, welche jedoch mit dem Mob sympathisirten. Die ganze europäische Colonie flüchtete über die Berge. Ein Haus nach dem anderen wurde geplündert und angezündet, während die chinesischen Soldaten ruhig zusahen. Der Polizeiinspector wurde in den Stadttheil der Eingeborenen geschleppt. Die kleine Colonie rettete sich an Bord eines Dampfers, welcher zum Glück vorüberfuhr. Am folgenden Tage befand sich die Ansiedlung ganz in den Händen der Aufrührer, welche den Richter verhöhnten. Am dritten Tage langte das britische Kriegsschiff „Mutine“ von Shanghai an. Mittlerweile hatten jedoch die chinesischen Behörden ansehnliche Truppenmassen in die Ansiedlung geschickt, die freilich jetzt nur Wache halten konnten über den Trümmern einer einst blühenden Handelsstation.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 21. März.

In der heutigen Sitzung der **Stadtverordneten-Versammlung** war der Zuschauerraum entgegen dem Herkommen außerordentlich zahlreich besetzt; es stand auf der Tagesordnung eine Frage, die seit Jahr und Tag die Bürgerschaft Breslaus aufs Lebhafteste interessirt: die **Schlachthoffrage.** Ohne daß sich die Discussion viel mit der materiellen Seite der Magistratsvorlage befaßt hätte, die, wie aus unsrer im Abendblatt vom letzten Montag ausführlich wiedergegebenen Inhaltsangabe zur Genüge bekannt ist, für die Errichtung des Schlachtviehhofes auf der **Zankholzwiese** plaidirte, wurde die Vorlage **mit großer Majorität angenommen.** Damit ist die Angelegenheit in ein Stadium getreten, in welchem sich eine **baldige endgiltige** Erledigung voraussetzen läßt.

• **Lobe-Theater.** Im „Berl. Börs.-Cour.“ lesen wir: Der von seiner früheren Thätigkeit als Bariton bekannte **Robert Trapp** hat mit dem derzeitigen Leiter des Berliner „Volkstheaters“, Director **Witte-Wild, einen Associationsvertrag abgeschlossen und wird mit diesem zusammen die Direction des Lobetheaters in Breslau vom Herbst dieses Jahres ab führen.**

• **Vom Lobetheater.** Freitag, 22. März cr., geht das Lustspiel „Die wilde Jagd“ in Scene, und Sonnabend wird die Operette „Das Spitzentuch der Königin“ wiederholt.

• **Das Udel'sche Quartett** wird nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, zwei Concerte veranstalten, sondern nur **eins,** und zwar deshalb, weil zu dem auf Sonnabend angesetzten Concert eins der Mitglieder des Quartetts, Herr Landrath **Thomas,** wegen amtlicher Behinderung nicht eintreffen kann. Solche störenden Zwischenfälle muß sich das Quartett, da dessen Mitglieder, die im bürgerlichen Leben sehr angesehene Stellungen einnehmen, nicht Concertsänger von Beruf sind, gefallen lassen. Der Führer des Quartetts, Herr **Udel,** ist zwar als Professor am Wiener Conservatorium musikalischer Fachmann, die drei anderen Herren aber singen nur aus aufrichtiger Begeisterung für die edle Musika. Sie haben es aber durch ihre Hingabe an ihre Kunst zu einer Vollendung ihrer künstlerischen Darbietungen gebracht, wie man sie beim Männergesang irgend wo anders kaum wieder antreffen wird. Die gute Schulung, die sie zu solchen Leistungen befähigt, ist den Herren als Mitgliedern des Wiener Männer-Gesangvereins in Fleisch und Blut übergegangen. Es ist bekannt, daß der Wiener Männer-Gesangverein weit über Wien und die österreichischen Lande hinaus wegen seiner einzig dastehenden musikalischen Vorträge in allen musikliebenden Kreisen wiederholt enthusiastisch gefeiert worden ist. An den Ehren, die dem Vereine auf seinen Rundfahrten nach größeren deutschen Städten, u. a. auch in Berlin erwiesen worden sind, hatte das Udel-Quartett immer einen ganz hervorragenden Antheil. Einen großen Triumph feierten die Wiener Sänger in Berlin, wo sie vor dem verstorbenen Kaiser Wilhelm und dem damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm sich hören lassen durften. Die Berliner Kritik sprach sich damals in schmeichelhaftester Weise über die Leistungen des Wiener Männergesangvereins wie im Besonderen des Udel-Quartettes aus. Als ihre Specialität pflegen die Sänger des Quartetts den feinhumoristischen

---

Die Wanderungen eines Märchens.

II.

(Schluß.)

Wir treten aus der alten Zeit in die gothischen Hallen des Mittelalters ein, indem wir an der Hand unseres in der That außerordentlich kundigen Führers den Weg der Novelle von der treulosen Wittwe verfolgen. Neun Jahrhunderte, in denen nicht nur das Märchen, sondern auch die Geschichte im Halbdunkel liegen, sind vergangen, ehe wir unsere Novelle wiedertreffen, und zwar — als Fabel in einem Kloster! Im Benedictinerkloster zu Dijon hat man die berühmte Fabelsammlung des Romulus aufgefunden, die wahrscheinlich aus dem zehnten Jahrhundert stammt und in der nach der Quelle des Petronius unsere Novelle als Fabel vorgetragen wird. Und in dieser Form hat sie, nach Grisebach, den Gipfel der Popularität erreicht. So kehrt sie natürlich auch — und zwar in drei verschiedenen Versionen — in den Fabliaux wieder, deren Heimath die liederreiche Provence im dreizehnten Jahrhundert war, und von da aus findet sie auch ihren Weg nach Deutschland. Ulrich Bonar aus Bern erzählt sie nach französischem Muster in seinem Buche: „Der Edelstein“ um 1330. Auch in alle anderen europäischen Litteraturen findet sie Eingang.

Daneben aber gelangt, wiederum auf geheimnißvollen Pfaden, direct aus dem Orient in jenen Jahren, da durch die Kreuzzüge Orient und Occident sich zum ersten Mal die Hände reichen, eine zweite Version unserer Novelle nach Europa. Und zwar in dem weltberühmten Romane: „Die sieben weisen Meister“, der seine Wanderung durch das Abendland gleichfalls von Frankreich aus begonnen hat, der aber in seiner gegenwärtigen Gestalt neueren Untersuchungen zufolge die Uebersetzung eines französischen Textes sein soll. Aus diesem Text citirt Grisebach in seinem Werke manche ergötzliche Stelle unserer Geschichte, der dort ganz der Stempel des französischen Geistes aufgedrückt ist. An die Stelle der Naivetät ist nun die Galanterie getreten. Der erste Mann ist aus übergroßer Liebe zu seiner Frau gestorben, der neue Liebhaber ist weniger zur Leichenschändung entschlossen als die treulose Wittwe, deren Schuld somit allmälig ins Riesengroße wächst. Schließlich läßt sie der Ritter sogar sitzen. Die Novelle schließt mit dem humoristischen Sprichwort: „So hatte sich die Frau zwischen zwei Stühle gesetzt!“ Man sieht, daß hier in den rohen Stoff eine künstlerische Idee bereits hineingelegt ist. Dagegen erscheint das ethische Motiv der Ursage erheblich abgeschwächt. Ja, dasselbe schwindet immer mehr, je weiter unsere Novelle wandert, und Jean de Lafontaine lehnt sich in seiner Bearbeitung derselben eng an den alten Petronius an, den er natürlich nur an Frivolität überragt. Seine Schlußmoral gipfelt in folgenden Versen:

> Cette veuve n'eut tort . . . .
> Q'au dessein de mourir, mal conceu, mal formé,
> Car de mettre au patibulaire
> Le corps d'un mari tant aimé
> Ce n'était pas peut-être une si grand affaire.
> Mieux vaut goujat debout qu'empereur enterré.

Das war nun die Moral im Zeitalter Ludwigs des Vierzehnten, das die Novelle von der ephesischen Matrone in solcher Bearbeitung mit Behagen las und hörte. Auch in der Folgezeit ergötzte man sich in Frankreich gern an dieser Geschichte, von der zwischen 1618 und 1792 allein sieben Bearbeitungen für die Bühne gewagt wurden, bis sich ein Großer im Reiche der Poesie ihrer bemächtigte und sie in seine Dichtung verwebte. Nämlich Voltaire, der in seinem „Zadig“ die Geschichte also vorträgt: „Zadigs Frau, Azora, kommt außer sich zu ihm, weil sie eine Wittwe hatte trösten wollen, die ihrem Manne ein Grab am Ufer eines Baches errichtet und geschworen, so lange das Wasser am Grabmal vorbeifließe, so lange dort zu bleiben — als sie aber hinkam, fand sie die Frau den Bach ableitend. Azora war entrüstet über das Benehmen dieser Wittwe. Aber die Parade, die sie mit ihrer Tugend machte, mißfiel Zadig. Er zog daher seinen Freund Cador, den Azora von seinen Freunden am meisten schätzte, ins Vertrauen, und als Azora von einem zweitägigen Landaufenthalte zurückkehrte, ließ er sie mit der Nachricht von seinem Tode empfangen. Sie schwört, mit ihm zu sterben. Cador kommt, und sie weinen zusammen. Am Morgen weinen sie weniger und essen zusammen. Cador erzählt, daß der Verstorbene ihm den größten Theil seines Vermögens vermacht habe, und deutet an, daß er es mit ihr theilen möchte. La Dame pleura, se fâcha, s'adoucit; le souper fut plus long que le diner. Azora lobte den Verstorbenen, aber er hätte doch einige Fehler gehabt, die Cador nicht hätte. Mitten im Souper wird Cador vom Milzstechen befallen. Sie ist sehr besorgt und reibt ihm die kranke Stelle. Er erklärt, nur die darauf gelegte abgeschnittene Nase eines am Tage zuvor Verstorbenen könne ihm helfen. Mit einem Rasirmesser geht sie zum Grabe ihres Gatten, da der Engel Asrael ihn wohl auch ohne Nase über die Brücke Tschinavar passiren lassen würde. Zadig richtet sich im Sarge auf, hält mit der einen Hand seine Nase fest und sagt, mit der anderen das Rasirmesser abwehrend: „Madame, ne criez plus tant contre la jeune Cosrou, le projet de me couper le nez vaut bien celui de détourner un ruisseau.“

Es ist ersichtlich, daß Voltaire in seiner Version den Weg zur Quelle wieder eingeschlagen und die Matrone von Ephesus „in ihre alten orientalischen Rechte“ eingesetzt hat. Daß er aber die tragische Lösung nicht beibehalten, ist bei dem Charakter seiner Dichtung nahezu selbstverständlich. Von Voltaire erben die späteren französischen Schriftsteller den dankbaren Stoff, den im neunzehnten Jahrhundert kein Geringerer als Alfred du Musset behandelt hat. In seinem Drama: „La Coupe et le Lèvres“ giebt sich der Held für todt aus und wohnt, als Mönch verkleidet, seiner eigenen Leichenfeier bei. Die Geliebte Baleolora weint natürlich um ihn, läßt sich aber doch von dem Mönch, welcher auf den Sarg seine volle Geldbörse wirft, bethören. Im letzten Augenblick giebt er sich zu erkennen und jagt Baleolora davon. Man kann sich in der That nichts Widerwärtigeres denken als diese Scene am Sarge zwischen Frank und Baleolora, und selbst die schönen Verse Mussets, die Grisebach so rühmt, vermögen diesen Eindruck keineswegs zu verwischen. Aller Duft und alle Naivetät ist von der Novelle genommen, da sie in den Bannkreis der modernen französischen Belletristik eingetreten.

Nicht viel besser ist es der guten Matrone in Italien ergangen, dessen Dichter ja schon lange vor den Tagen der Renaissance sich ihre Stoffe aus Frankreich geholt haben. Auch in dem bekannten Novelliro findet sich, zu Ende des dreizehnten Jahrhunderts, unsere Geschichte mit unwesentlichen Varianten wiedererzählt. Später ist für die italienische, wie für die spanische und alle romanischen Litteraturen die Version des Romans von den sieben weisen Meistern die maßgebende, der alle Uebersetzungen des berühmten Geschichtenbuchs mehr oder minder treu folgen. Nur in der neueren englischen Litteratur findet sich ein Dichter von hohem Rang, der die Novelle endlich einmal nach der ältesten chinesischen Fassung erzählt, nämlich Oliver Goldsmith, der in seinen „Lettres from a Chinese Philosopher in London to his Friend in the East“ 1762 die Geschichte mit einigen nicht sehr geschickten Abweichungen erzählt. Als praktischer Engländer schließt er nämlich die Novelle damit, daß der Liebhaber Choeng die treulose Wittwe am Ende heirathet. Grisebach hat Recht, wenn er sagt, daß diese satte Tugend noch widerwärtiger sei als die blanke Frivolität eines Lafontaine. Ihre volle Anmuth und Naivetät hat die Geschichte von der treulosen Wittwe nur da behalten, wo sie im Munde des Volkes lebte; sobald die Kunstpoesie sich ihrer bemächtigte, ging dieser Hauch der Einfalt verloren.

Ein sicheres Zeugniß dafür ist die nächste Station unserer Wan-

Vortrag von Liedern komischen Inhalts. Sie haben sich auf diesem Gebiete ein unerschöpfliches Repertoire geschaffen. In technischer Hinsicht rühmt man das gute Stimmenmaterial und die hoch ausgebildete Kunst des echt musikalischen Vortrages des Udel-Quartetts. Ein Wiener Schriftsteller hat einmal dieses Quartett „die populärste Einrichtung Wiens" genannt. Sicher werden sich die vier Herren auch in Breslau mit ihrem ersten und einzigen Concert hierselbst die wärmsten Sympathien erwerben.

⊙ **Botanische Forschungsreise.** Herr Professor Dr. Engler hat eine mehrwöchentliche Forschungsreise nach den großen Oasen im südlichen Algier angetreten.

• **Bewegung der Bevölkerung.** In der Woche vom 10. bis 16. März 1889 fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amts der Stadt Breslau 55 Eheschließungen statt. In der Vorwoche wurden 245 Kinder geboren, davon waren 194 ehelich, 51 unehelich, 227 lebendgeboren (106 männlich, 121 weiblich), 18 todtgeboren (7 männlich, 11 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (excl. Todtgeborene) betrug 177 (mit Einschluß der 5 nachträglich aus Vorwochen gemeldeten). Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 39 (darunter 8 unehelich Geborene), von 1—5 Jahren 28, über 80 Jahre 7. — Es starben an Scharlach 1, an Masern und Rötheln 1, an Rose —, an Diphtheritis 8, an Wochenbettfieber —, an Keuchhusten 1, an Unterleibstyphus 3, an Ruhr —, an Brechdurchfall 1, an anderen acuten Darm-Krankheiten 7, an anderen Infectionskrankheiten —, an Gehirnschlag 7, an Krämpfen 11, an anderen Krankheiten des Gehirns 3, an Bräune (Croup) —, an Lungenschwindsucht 29, an Lungen- und Luftröhren-Entzündung 22, an anderen acuten Krankheiten der Athmungs-Organe 1, an anderen Krankheiten der Athmungs-Organe 19, an allen übrigen Krankheiten 60, in Folge von Verunglückung 2, in Folge von Selbstmord 1, unbestimmt —. — Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kommen in der Berichtswoche: Gestorbene überhaupt 29,57, in der betreffenden Woche des Vorjahres 31,86, in der Vorwoche 28,57.

• **Temperatur. — Luftdruck. — Niederschläge.** In der Woche vom 10. bis 16. März 1889 betrug die mittlere Temperatur — 0,8° C., der mittlere Luftdruck 747,6 mm, die Höhe der Niederschläge 9,50 mm.

• **Polizeilich gemeldete Infectionskrankheiten.** In der Woche vom 10. bis 16. März 1889 wurden 125 Erkrankungsfälle gemeldet, und zwar erkrankten an modif. Pocken —, an Diphtheritis 24, an Unterleibstyphus 1, an Scharlach 10, an Masern 90, an Kindbettfieber —.

• **Johannes-Gymnasium.** Zu dem unter Vorsitz des Provinzial-Schulraths Professors Dr. Hoppe und Stadt-Schulraths Dr. Pfundtner abgehaltenen Abiturienten-Examen hatten sich neun Ober-Primaner gemeldet, die sämmtlich das Zeugniß der Reife erhielten.

* **Ernennung.** Der Inhaber der Firma Aug. Zeiß und Co. in Berlin, Fabrikant des bekannten Shannon-Registrators, Herr August Zeiß, ist zum königl. baierischen Hoflieferanten ernannt worden.

Δ **Landesherrliche Genehmigung.** Dem katholischen Kirchenvorstande zu Babitz, Kreis Leobschütz, ist zur Annahme der der Fundationskasse der dortigen Pfarrkirche von dem daselbst verstorbenen Pfarrer Schindler mittelst Testaments vom 10. Februar 1881 für Armen- und kirchliche Zwecke zugewendeten 3920 Mark die landesherrliche Genehmigung ertheilt worden.

=ββ= **Größe der Eisversetzung.** Wie eine Berechnung durch königliche Wasserbaubeamte ergeben hat, haben die Eisversetzungen zwischen Margareth und Jannowitz einen Kubikinhalt von 1 Million Metern gehabt, wovon durch Sprengungen 300 000 Kubikmeter beseitigt worden sind. Die Eismassen lagen 3 Meter stark bis Neuhaus über einander. Hieraus ergiebt sich also, wie schwierig die Beseitigung der Eisversetzung bei der Mächtigkeit des Eislagers ist.

=ββ= **Aussicht auf Wachswasser.** Die Wasserhöhe zu Ratibor betrug am 20. März 2,38 Meter, am 21. März 3,82 Meter (Telegr.: 8 Uhr Vorm.: Steigt); zu Kosel am 19. März 1,02 Meter, am 20. März 1,24 Meter; zu Glatz am 19. März 0,35 Meter, am 20. März 0,80 Meter, am 21. März 1,05 Meter (Telegr.: 7 Uhr Vorm.: Fällt); Neisse 20. März 0,70 Meter; zu Breslau am 20. März am Oberpegel 5,17 Meter, am Unterpegel + 0,63 Meter; am 21. März am Oberpegel 5,22 Meter, am Unterpegel + 0,73 Meter; Mittelwasser am 20. März 3,86 Meter, am 21. März 3,88 Meter.

?? **Görlitz,** 20. März. [Beschluß der Handelskammer.] Die hiesige Handelskammer hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Petition der Mannheimer Handelskammer an den Reichskanzler um Errichtung deutscher Handelskammern im Auslande nicht zu unterstützen, „da namentlich die Berichte von den im Auslande lebenden Kaufleuten leicht gefärbt werden können, während die Mittheilungen von deutschen Berufsconsuln als ganz unparteiisch zu betrachten sind."

• **Hirschberg,** 20. März. [Verhaftung.] Der „Bote" berichtet: Vor drei Jahren wurde plötzlich ein kleines Mädchen, das Töchterchen des Fleischers S. vermißt, das man nach einigen Tagen in einer Abtrittsgrube eines Hauses der Schützenstraße todt auffand. Man nahm an, daß es dort hineingerathen und erstickt sei. Jetzt ist der 16jährige Maurerlehrling Z. verhaftet, unter dem dringenden Verdachte, damals als 13jähriger Schulknabe das Kind auf den Abtritt gelockt und später hineingeworfen zu haben. Der Unmensch soll die That bereits eingestanden haben. Z. war schon früher einmal wegen des Verdachtes dieses Verbrechens verhaftet.

Δ **Steinau a. O.,** 20. März. [Turnverein.] Auf dem gestern vom Turnverein veranstalteten Turntage wurde als Vertreter zu dem am zweiten Osterfesttage in Breslau stattfindenden Gautage des mittelschles. Flachlandgaues der Vorsitzende, Amtsgerichts-Secretär Rodewald, gewählt. Auf diesem Gautage steht der Antrag des hiesigen Turnvereins wegen Ausscheidens aus dem mittelschlesischen Flachlandgau und Uebertritt in den I. niederschlesischen Gau, sowie Herauszahlung eines entsprechenden Theils des Gauvermögens an den hiesigen Turnverein, zur Berathung und Beschlußfassung. Der Einladung des Kreisvertreters zu dem am dritten Osterfeiertage cr. in Breslau stattfindenden Kreisturntage des II. deutschen Turnkreises wird nachgekommen und Amtsgerichts-Secretär Rodewald als Vertreter gewählt. Auf dem am 24. März c. in Neusalz stattfindenden Gautage des I. niederschlesischen Gaues wird der hiesige Verein durch den Turnwart Friedrich vertreten sein.

≈ **Jauer,** 20. März. [Hochwasser.] In Folge der heute sehr milden Witterung schmolzen die Schneemassen rapide. Die wüthende Neisse schwoll deshalb in äußerst gefahrdrohender Weise an und zeigte nach 6 Uhr am Pegel 2,10 Meter. Glücklicherweise trat um diese Zeit ein Stillstand im Steigen ein, denn das Wasser hatte schon einen großen Theil der niedrig gelegenen Wiesen und Felder überschwemmt. Der vordere Theil des Schießwerders war unter Wasser gesetzt und die Ueberschwemmung der Promenadenanlagen im hinteren Theile verhütete nur der im Herbst v. J. neu aufgeschüttete Damm. Doch staute sich das Wasser daran und stand desto höher in den Gärten der sogenannten Neusorge. Die Wiesen und Felder bei der Peterwitzer Neissebrücke bildeten eine weite Wasserfläche, ebenso die Wiesen von Alt-Jauer. Auch bei dem Dorfe Bremberg war die Neisse bedeutend ausgeufert und überschwemmte den Weg von Brechelshof nach Bremberg.

W. **Goldberg,** 17. März. [Wahl.] Als Vertrauensmann für den Goldberg-Haynauer Bezirk der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft wurde Herr Schumann in Haynau und als sein Stellvertreter der Hotelbesitzer Herrmann ebendaselbst gewählt.

Δ **Schweidnitz,** 20. März. [Vom Gymnasium.] Unter dem Vorsitze des königlichen Provinzial-Schulraths Hoppe aus Breslau wurde am 18. und 19. d. M. am hiesigen Gymnasium die Abiturienten-Prüfung abgehalten. Zu derselben hatten sich neun Oberprimaner des Gymnasiums gemeldet, zwei Extranei waren der diesseitigen Prüfungs-Commission überwiesen worden. Sämmtlichen Abiturienten wurde das Zeugniß der Reife zugesprochen. Von den Gymnasial-Abiturienten wurden vier von der mündlichen Prüfung dispensirt.

• **Oppeln,** 20. März. [Bezüglich der Errichtung eines Telephonnetzes in Oppeln,] mit Anschluß an Oberschlesien und Breslau, theilt das „Wochenbl." mit, daß die Unterhandlungen zu dem gewünschten Ziele nicht geführt haben, indem eine genügende Anzahl Theilnehmer nicht aufzubringen war. Den meisten Geschäfts- bezw. Fabrik-Inhabern erschienen die von der Postbehörde gestellten Bedingungen zu hoch. Dieselben lauteten im Wesentlichen: 200 M. einmalige Zahlung à fonds perdu, und ein Jahresbeitrag von 200 M. für jede Fernsprechstelle, wofür die Gespräche in der Stadt und mit Oberschlesien unbeschränkt und unentgeltlich (?) hätten stattfinden können, während für ein Gespräch mit Breslau pro 5 Minuten Zeitdauer eine besondere Gebühr von 1 M. gefordert wurde.

Δ **Beuthen OS.,** 21. März. [Innungssache.] Auf Grund des § 100e, Alinea 3 der Reichs-Gewerbeordnung hat der Regierungs-Präsident Dr. v. Bitter zu Oppeln für den Bezirk der Maler- und Lackirer-Innung für den oberschlesischen Industriebezirk zu Beuthen OS. bestimmt, daß diejenigen Arbeitgeber, welche die in dieser Innung vertretenen Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würden, gleichwohl aber weder dieser, noch einer anderen Innung angehören, vom 1. Mai dieses Jahres an Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

• **Gleiwitz,** 20. März. [Bohrungen auf Steinkohle.] Wie der „Oberschl. Anz." hört, wird der königliche Bergfiscus sowohl auf der Schönwalder Feldmark, in der Nähe des Gasthauses, als auch bei Gieraltowitz Bohrungen auf Steinkohle vornehmen. Am Montag ist bereits ein großer Theil der hierzu erforderlichen Maschinen und Werkzeuge aus Schönebeck hier eingetroffen, um an Ort und Stelle verfahren zu werden. Die Bohrungen werden mit Dampf betrieben, um schneller ein Resultat zu erzielen.

Δ **Tarnowitz,** 20. März. [Abiturienten-Prüfung. — Bergschule.] Unter dem Vorsitz des Directors Dr. Wossidlo fand heute an unserem Realgymnasium die diesjährige Abiturienten-Prüfung statt. Die drei Oberprimaner, die sich derselben unterzogen, erhielten das Zeugniß der Reife, zwei wurden vom mündlichen Examen dispensirt. — Sonntag, 24. März cr., feiert die Bergschule das Fest ihres 50jährigen Bestehens.

Stadtverordneten-Versammlung.

H. Breslau, 21. März.

Die heut abgehaltene Sitzung, zu der sich wohl in Anbetracht der auf der Tagesordnung stehenden Schlachthofsfrage ein außergewöhnlich zahlreiches Publikum im Zuhörerraume versammelt hatte, wurde von dem Vorsitzenden, Stadtv. Justizrath Freund, gegen 4 Uhr 20 Min. mit einigen Mittheilungen von nicht allgemeinem Interesse eröffnet. In die Tagesordnung eintretend, setzte die Versammlung zunächst die

Etatsberathung fort. Es gelangen folgende Special-Etats: der Etat des Volksschulwesens, der Stadtbibliothek, der Volksbibliotheken, der Rieselgüter, des statistischen Amtes, des Krankenhospitals zu Allerheiligen, des Hospital-Wärter-Pensionsfonds, des Krankenhauses in der Göppertstraße (Irrenhaus), des Wenzel-Hancke'schen Krankenhauses, des Schießwerders und des Schießwesens, ohne erhebliche Aenderung, so wie sie vom Magistrat aufgestellt worden sind, zur vorläufigen Festsetzung.

Im Anschluß an den Etat für die Verwaltung der Volksschulen giebt Stadtv. Dr. Pannes dem Magistrat zur Erwägung anheim, ob es sich nicht empfehle, den Kindern auch die Möglichkeit zu bieten, schwimmen zu lernen, zumal der Herr Minister gerade das Schwimmen als die gesundheitförderlichste Uebung bezeichnet und es als wünschenswerth bezeichnet habe, den Schwimmunterricht unter die Lehrgegenstände der Volksschule aufzunehmen. Breslau möge, so wünscht Redner, wie schon oft, auch in dieser Beziehung bahnbrechend vorgehen.

Bei dem Etat der Stadtbibliothek theilt Stadtv. Hainauer mit, daß nunmehr auch die letzte Catalogisirung der Schätze unserer Stadtbibliothek stattgefunden habe, indem nunmehr auch die in derselben vorhandenen Musikalien aufgenommen worden seien. Der neue Catalog sei bereits gedruckt, und ist dessen Herstellung dem unermüdlichen und uneigennützigen Fleiße und dem großen Wissen des Dr. Emil Bohn zu verdanken. Zu ebenso großem Danke sei die Stadt dem Dr. H. Eichborn verpflichtet, der durch eigene Mittel den Druck des Catalogs ermöglicht habe. Durch eine Drucklegung auch des bis jetzt nur handschriftlich hergestellten Catalogs über die Musikalien würde der Wissenschaft ein großer Dienst geleistet werden. Herr Dr. Bohn habe sich bereit erklärt, sich auch dieser Arbeit zu unterziehen, und Dr. Eichborn in dankenswerther Weise zugesagt, die Kosten bis zu zwei Drittel zu übernehmen. Er, Redner, möchte nun den Magistrat ersuchen, das Werk durch Abnahme von 25 bis 30 Exemplaren, die theils an andere Bibliotheken versandt werden könnten, zu unterstützen. Er wolle aber auch die Gelegenheit benutzen und glaube im Sinne aller Anwesenden zu sprechen, den beiden Herren für ihre große Opferwilligkeit den Dank auszusprechen. (Bravo!) — Bürgermeister Dickhuth bemerkt, daß die Frage der Drucklegung der Werke schon im Magistrat zur Sprache gekommen sei, daß aber Magistrat erst den Verkauf der Doubletten der Bibliothek abwarten wolle, ehe er sich zu einem Beitrage entschieße. Magistrat habe auch nicht unterlassen, an den Herrn Cultusminister die Bitte zu richten, aus Staatsmitteln eine Beihilfe zu gewähren. Das sei aber abgelehnt worden. — Nach einer kurzen Bemerkung des Stadtv. Hainauer wird der Etat vorläufig festgestellt.

Im Weiteren gelangen eine Anzahl Gutachten des Revisions-Ausschusses über Auskünfte des Magistrats, betreffend die bei der Prüfung der Rechnung verschiedener Verwaltungen aufgestellten Erinnerungen, zur Verhandlung. Die Anträge des Ausschusses gehen sämmtlich dahin, die aufgestellten Erinnerungen durch die Auskunft des Magistrats für erledigt zu erklären. Die Versammlung beschließt demgemäß. — Ebenso gelangen noch die Berichte des Revisions-Ausschusses über die Prüfung der Rechnung verschiedener Verwaltungen pro 1887/88 zur Erledigung, indem die Versammlung die Einwilligung zur Ertheilung der Decharge ausspricht und die bei einzelnen aufgestellten Erinnerungen genehmigt und dem Magistrat zur Erledigung überweist.

Schulhausbau. Der Versammlung lag vor einiger Zeit ein Antrag des Magistrats vor, auf dem Grundstück des Kinder-Erziehungs-Instituts zur Ehrenpforte in der Kirchstraße aus dem Capitalvermögen des Instituts ein neues Schulgebäude für 8 Klassen rc. zu erbauen und dieses Schulhaus der Schulverwaltung unter näher vereinbarten Bedingungen miethsweise zu überlassen. Dieser Antrag wurde dem V. Ausschuß zur Prüfung überwiesen, der nunmehr empfiehlt: a. die Beschlußfassung über die Vorlage auszusetzen und bezw. den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht vortheilhafter und verhältnißmäßig billiger sei, 12 Klassen statt deren 8 zu erbauen. Die Versammlung beschließt demgemäß.

Dringlichkeits-Antrag. Magistrat ersucht die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß längs dem Oderufer an der Gasanstalt, oberhalb der Lessingbrücke, bis zum Anschluß an das Geländer am Ohleufer ein Geländer, bestehend aus Granitsäulen und verbindenden Eisenstangen, aufgestellt und die auf 3300 M. berechneten Kosten aus dem Haupt-Extraordinarium der Kämmerei pro 1888/89 entnommen werden.

Demnächst nimmt Oberbürgermeister Friedensburg das Wort, um auf eine vor 14 Tagen von dem Stadtv. John an den Magistrat gerichtete Anfrage, betreffend die Controle des in Breslau von auswärts eingeführten Fleisches, zu antworten. Nach eingehender Darlegung der vom Magistrat mit dem Königl. Polizei-Präsidenten in dieser Hinsicht geführten Verhandlungen, erklärt Redner, daß auch der Magistrat wie der Herr Polizei-Präsident zu der Ueberzeugung gekommen sei, es lasse sich eine solche Controle so lange nicht wirksam durchführen, als nicht der Schlachthof erbaut und der Schlachtzwang eingeführt sei. Der Magistrat habe deshalb beschlossen, vorläufig die Sache auf sich beruhen zu lassen und diese erst dann wieder aufzunehmen, wenn der Schlachthof errichtet sei, wozu ja gegenwärtig Aussicht vorhanden.

Da sich Niemand zu dieser Sache zum Worte meldet, so wird der Gegenstand hiermit verlassen.

Demnächst referirt Stadtv. Simon über die Vorlage des Magistrats, betreffend die

Schlachthoffrage. Wir haben aus der sehr umfangreichen Vorlage des Magistrats das Wesentlichste bereits mitgetheilt. Magistrat beantragt, die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß

a. In Anbetracht der in der Genehmigung zur Errichtung des Schlachthofes auf Huben-Dürrgoyer Boden gestellten erschwerenden Bedingungen von der Anlage des Schlachthofes und des Schlachtviehmarktes an der genannten Stelle Abstand genommen;
b. der Schlachthof und Schlachtviehmarkt auf der sogenannten Zankholzwiese errichtet werde.

---

derung, die uns von den Kreidefelsen Albions weit hinweg bis an die Grenzen Europas und Asiens in die Regionen des Eismeeres und das Gebiet eines gewaltigen Felsengürtels führt: dort am Fuße des Ural lebt unsere Novelle seit Jahrhunderten im Munde eines von aller Cultur der Jahrhunderte abgeschlossenen Volkes in der folgenden Version:

„Es gab eine untröstliche Frau, die ihren Gatten beerdigt hatte. Sie verläßt das Grab nicht, weint um ihn — man kann sie nicht wegbringen. Rührt mich nicht an, sagt sie, laßt mich hier zu Tode weinen! So lebt sie auf dem Grabe — ohne zu trinken, ohne zu essen — einen Tag, den zweiten und den dritten. Nicht weit von ihr steht ein Galgen, ein Leichnam wird daselbst gehütet; der Wächter, ein Soldat, hört eine Weile des Weibes Geheul und spricht: Warte, ich will Dich heilen! Er nimmt darauf eine Flasche Wein, ein wenig Imbiß, geht zum Weibe auf das Grab und fängt an, ihr zuzureden, daß sie vom Weinen lasse. Er knüpft mit ihr ein Gespräch über Eins und das Andere an — das Weib wird munter! Nun, sagte er, trinke mal davon, beim Kummer thut es gut! Er goß vom Weine in ein Glas, reichte ihr dasselbe, ließ sie trinken, trank auch selbst; dann zum zweiten Male, zum dritten, darauf bissen sie zu. Unterdessen war dem Soldaten der Leichnam gestohlen worden, den er zu bewachen hatte, Was soll er machen? Er erschrak zum Tode — sein Kopf wurde ganz nüchtern; das Weib sprach zu ihm: „Was bist Du, Liebster, erschreckt? Komm, laß uns meinen Gatten dort ausgraben und legen wir ihn statt des Gestohlenen hin. Wer wird es merken? Niemand." Gesagt — gethan. Niemand erfuhr etwas. So sind die Frauen."

Ist das nicht wahrhaft liebenswürdig erzählt, obwohl die Anklänge an die ephesische Matrone des Petronius ja unverkennbar sind! Wie kam aber die Novelle von Rom nach Tiefrußland? Grisebach nimmt zwei Wege als wahrscheinlich an: den einer directen Uebertragung aus Indien über Centralasien nach dem östlichen Rußland, oder den über Deutschland und Polen durch die im 14. Jahrhundert dort eingewanderten Juden, in deren späteren Geschichtsbüchern sich die Novelle wiederholt und mit phantastischem Flitter aufgeputzt vorfindet. Allein der letztere Weg ist unmöglich, weil die Juden, als sie in Folge des schwarzen Todes aus Deutschland vertrieben wurden, gar nicht bis nach Rußland gelangten, sondern sich nur in Polen ansiedelten. Es bleibt also nur der erste directe Weg übrig.

Und nun gelangen wir zum guten Ende nach langer Wanderung auf dem Boden der Heimath wieder an; zwar nicht der Heimath der treulosen Wittwe, dafür aber unserer eigenen, in der auch die Novelle ihr Adoptivvaterland gefunden hat. Wir haben schon gehört, daß die treulose Wittwe von Frankreich aus im 14. Jahrhundert zuerst den Rhein überschritten hat. Bald verbreitet sich die Novelle auch in Deutschland. Und schon im ersten Viertel des 15. Jahrhunderts bringt sie ein deutscher Poet Hans v. Bühel in seiner metrischen Uebersetzung des Siebenmeister-Romans in zierliche Verse. Aber es ist in der That von hoher Bedeutung für den deutschen Charakter, daß sein Gewissen ihm verbietet, die Schuld ohne Sühne zu lassen. Auf deutschem Boden erhält die Novelle zum ersten Mal die sittliche Lösung wieder, indem der Dichter den Helden zuletzt alle Laster der Frau aufzählen und sagen läßt: er glaube, sie werde dergleichen hinfort nicht mehr thun. Darauf schlägt er ihr das Haupt ab. Hier knüpft in Wahrheit der germanische Geist an den indischen an! Der Dichter soll wissen, daß er das Schicksal ist, und unerbittlich sein wie dieses, sagt der moderne Philosoph, dessen Weltanschauung ja gleichfalls an die indische Lebensphilosophie anknüpft.

Aber trotz ihres abgeschlagenen Kopfes wandert oder spukt die treulose Wittwe auch in den folgenden Jahrhunderten noch weiter in allerlei Formen und Variationen in Fabeln, Gedichten und Fastnachtsspielen durch die deutsche Litteratur, bis auf Gellert, Musäus, Weiße und Lessing, von dessen „Matrone von Ephesus" jedoch nur noch acht Scenen vorhanden sind. Lessing hielt das Märchen unstreitig für die bitterste Satire, die jemals gegen den weiblichen Leichtsinn gemacht worden.

Auch von neueren Dichtern ist der Stoff nicht vernachläßigt worden. Heinse hat ihn bearbeitet, Clemens Brentano in seine Ballade: „Des todten Bräutigams Lied" aufgenommen, und Adalbert v. Chamisso hat daraus sein „Lied von der Weibertreue" geschaffen. Tiefer und inniger aber als die Kunstdichtung, von Hans v. Bühel bis auf Chamisso, hat auch bei uns die Volkssage den Kern der Erzählung erfaßt und auf ihren still abgelegenen Waldpfaden verbreitet. Auch im deutschen Thierepos finden wir unsere Novelle wieder, und „Die Hochzeit der Frau Füchsin", die wir Alle aus Grimm's Märchenbuch kennen, knüpft im Humor und in der sittlichen Bedeutung fast unmittelbar an das indische und orientalische Urbild an. Der alte Fuchs stellt sich scheintodt, weil er glaubt, seine Frau sei ihm nicht treu. Alsbald melden sich die Freier, welche von der Kammerjungfer Katze empfangen werden. Auf deren Meldung bei der Frau Füchsin werden indeß Alle abgewiesen, bis der Rechte kommt. Die Wittwe spricht voll Freuden zur Katze:

> Nun macht mir Thor und Thüre auf
> Und kehrt den alten Herrn Fuchs hinaus.

Der regt sich aber, als eben die Hochzeit gefeiert werden soll, unter der Bank, prügelt das ganze Gesindel durch und jagt es sammt seiner Frau zum Hause hinaus. „Wir haben im humoristischen Thierepos", sagt Grisebach treffend, „das Satyrspiel zu jener tiefen socialen Tragödie: der heitere, freie Volksgeist setzt die Prügel an die Stelle des hochtragischen Schlusses der chinesisch-indischen Märe."

Mit dieser Wandelung ist aber auch unsere Wanderung zu Ende. Wir haben als galante Ritter die treulose Wittwe durch die Jahrtausende begleitet und nun gar auf vielverschlungenen Wegen in ihre Urheimath zurückgeführt. Das Leumundszeugniß, das ihr der kundige Führer Eduard Grisebach, dem wir auf diesen Wanderungen treu gefolgt sind, zum guten Ende in seiner „Ethisch-Aesthetischen Stufenleiter der Versionen der Novelle" ausstellt, ist ein befriedigendes. Nach dieser Scala haben Inder und Deutsche den Realismus der Novelle bei höchster ethischer Auffassung, die alten Franzosen und Italiener einen Realismus nicht ohne Anerkennung des ethischen Gesichtspunkts, die Römer und deren Nachahmer einen gegen die Ethik gleichgültigen und die neueren Franzosen und Engländer sogar einen entschieden antimoralischen Realismus in ihren verschiedenartigen Versionen entwickelt.

Wie verschieden aber auch die Versionen sein mögen und wie verschieden gleichfalls die sittlichen Anschauungen, von denen die Nationen und Jahrhunderte dabei ausgingen — es ist doch eine ethische und künstlerische Grundidee, die die Novelle auf allen Wanderungen begleitet, und jener erhabene Gedanke einer allumfassenden Weltlitteratur, in die alle Geistesströmungen der Menschheit einmünden, erhält durch diese Novelle wiederum seine herrlichste Bestätigung.

Gustav Karpeles.

Universitäts-Nachrichten. In Gries bei Bozen starb am 15. März Dr. Johann Peyritsch, Professor der Botanik und Director des botanischen Gartens in Innsbruck, im Alter von 51 Jahren. Seit Jahresfrist lungenleidend, trat im vorigen Herbst eine rapide Verschlechterung seines Zustandes ein, welche dem Umstande zugeschrieben wurde, daß die Farbe seines neu gemalten Arbeitszimmers arsenikhaltig gewesen sein soll. Johann Peyritsch war als zweiter Sohn einer Kärntner Bauernfamilie zum Geistlichen bestimmt, ward aber im letzten Augenblick Mediciner. 1866 dirigirte er das österreichische Lazareth in Pola und wurde später Assistenzarzt am allgemeinen Krankenhause in Wien, gab aber diese Stellung auf und habilitirte sich als Privatdocent zur Botanik in Wien, wobei ihm der Posten als zweiter Custos am k. k. Herbarium übertragen wurde. 1879 wurde Peyritsch an Stelle Kerner v. Maritanus nach Innsbruck berufen. Peyritsch's erste große Arbeit waren seine Beiträge zur Kenntniß der Laboulbenien (Wien 1871—75); auf morphologisch-physiologischem Gebiete war er ungemein thätig und einer der schärfsten Beobachter Oesterreichs. Das Prachtwerk „Aroideae Maximilianae", über welchem Schott, Kotschy, Fenzel starben, ward von ihm vollendet.

Der Referent erklärt im Voraus, sich kurz fassen zu wollen, trotzdem es ja sehr verführerisch sei, ein ausführliches Referat über diese Angelegenheit zu halten. Die Frage beschäftige die Versammlung bereits 9 Jahre und habe auch weit über die Versammlung hinaus alle Kreise der Bürgerschaft eingehend beschäftigt. Magistrat habe dem Votum der gemischten Deputation zugestimmt und Referent hält es für das Zweckmäßigste, den Beschluß derselben pure anzunehmen. Den Kostenanschlägen nach stelle sich die Errichtung des Schlachthofes auf der Zankholzwiese dem Hubener Project gegenüber nur unwesentlich ungünstiger; außerdem handele es sich ja gegenwärtig nicht um die Feststellung des Bauprojectes und der Kostenanschläge, sondern lediglich um die Wahl des Platzes. Referent setzt die Zustimmung der Versammlung dazu voraus, daß er nicht erst auf die Einzelheiten der Kostenanschläge und des Zahlenmaterials eingehe. (Zustimmung.) Gerade bei der Behandlung dieser Frage in der Versammlung und in der Bürgerschaft seien die Geister so häufig und so scharf auf einander geplatzt, daß es wirklich eine Wohlthat sein werde, diese Angelegenheit endlich erledigt zu sehen. Eine Sache aber müsse er noch erwähnen. Zwei um das Wohl der Stadt hochverdiente Männer, Herr Stadtverordneter Friedländer und Herr Stadtrath Beblo, seien in den Kämpfen über diese Angelegenheit trotz ihrer Verdienste um dieselbe herabgesetzt worden. Beide Männer hätten unter diesem Vorurtheil und unter diesen in die Bürgerschaft hineingetragenen Gerüchten zu leiden gehabt. Die Collegen des Referenten wüßten, daß diese Männer in all den Fragen völlig intact dagestanden hätten, und Referent benutzt mit Freuden die Gelegenheit, um besonders auszusprechen, daß in dieser Versammlung diesen Männern die gebührende Anerkennung stets in vollem Maße zu Theil geworden sei. (Bravo.) Redner empfiehlt, die Magistratsvorlage pure anzunehmen.

Stadtv. Wecker I stellt eine ihn persönlich betreffende Bemerkung aus dem Protokoll über die letzte Sitzung der gemischten Deputation richtig.

Stadtv. Friedländer bedauert, daß der Referent nicht doch, namentlich in Rücksicht auf die neu eingetretenen Mitglieder, etwas ausführlicher den vor fünf Jahren gefaßten Beschluß beleuchtet habe. Dieser Beschluß sei in weiten Kreisen Gegenstand einer wenig freundlichen Kritik gewesen und man habe sich nicht gescheut, nach mancherlei eigenthümlichen und nicht durchaus sauberen Motiven zu suchen. Man habe nicht mit der nöthigen Schärfe unterschieden, daß es sich nicht allein um einen Schlachthof, sondern auch um einen Schlachtviehmarkt handle. Er, Redner, habe vom ersten Tage an betont, daß es für den Schlachthof gleichgiltig sei, in welche Gegend er gelegt werde, daß aber für den Schlachtviehmarkt Huben der beste und einzig richtige Platz sei, in Rücksicht auf die große Wichtigkeit, die die Entwicklung eines lebhaften Viehmarktes für Breslau habe. Diese letztere Rücksicht habe auch allein den gefaßten Beschluß herbeigeführt. Er habe sich weder durch die jetzige Vorlage, noch durch die andern vorgebrachten Gründe von dem Gegentheil überzeugen können, er halte es nicht für eine Wohlthat für die Stadt, daß sie sich die Gelegenheit entgehen läßt, für die vielen schweren Verluste, die sie in der Entwicklung gerade als Handelsstadt erlitten hat, sich dadurch zu entschädigen, daß sie gerade jetzt einen so wichtigen Handelszweig, wie es der mit lebendem Vieh sei, bei sich fördere. Es tröste ihn dabei nur, daß es augenblicklich, nachdem Berlin bereits mit der Etablirung eines Schlachtviehmarktes vorgegangen sei, es für Breslau doch vielleicht zu spät sein würde. Er dürfe, wie in allen Fällen, wohl das Zeugniß in Anspruch nehmen, daß er nur im Interesse der Stadt seine Ansicht vertreten und seine Stimme abgegeben habe. Das Eintreten des Herrn Referenten für ihn, habe ihn wohlthuend berührt. Er habe seiner Zeit gegenüber diesen Verläumdungen, als habe er Privatinteressen bei dieser Angelegenheit verfolgt, geschwiegen, weil er es unter seiner Würde gehalten habe, darauf einzugehen. Heut aber, wo die Frage auf der Tagesordnung stehe, habe er sich für berechtigt und auch verpflichtet gehalten, dagegen aufzutreten. — Stadtv. John sucht nachzuweisen, daß auch die Anlage des Schlachthofes auf der Zankholzwiese für den Viehmarkt nicht nachtheilig wirken würde. — Stadtv. Markfeldt erklärt, daß er gegen die letzten Bemerkungen des Herrn Friedländer sich seiner Haut wehren müsse. Diese Bemerkungen seien so allgemein gehalten, daß sie Jeder auf sich beziehen könne, der Gegner von Huben gewesen sei. Dem Redner habe es fern gelegen, gegen irgend einen Derjenigen, welche für Huben gestimmt hätten, eine Verläumdung auszusprechen. Wenn Verläumdungen gegen Herrn Friedländer ausgesprochen worden seien, so habe derselbe immer das Recht gehabt, gegen die Verläumder in geeigneter Weise vorzugehen. Aber es sei nicht am Platze, gegen außerhalb der Versammlung stehende Bürger solche Verdächtigungen auszusprechen. Verläumdungen, wo sie auch auftauchten, müßten sofort verfolgt werden, und wenn Herr Friedländer sage, es sei Feigheit, solche Verläumdungen gegen ihn auszusprechen, so halte er es seinerseits für Feigheit, daß man die Verläumder nicht verfolge. (Unruhe.)

Der Vorsitzende: Wenn Bürger der Stadt in der Versammlung durch irgend welche beleidigende Ausdrücke angegriffen würden, so erachte es der Vorstand für seine Pflicht, dieselben dagegen zu schützen. Das sei aber hier nicht der Fall. Herr College Friedländer habe nur bestimmte Thatsachen hervorgehoben: es seien in der Bürgerschaft solche Behauptungen aufgetaucht; das werde auch Herr Markfeldt zugeben. Der Redner könne also hierin keinen Uebergriff des Herrn Friedländer finden. Herrn Markfeldt ginge ja die Sache auch nichts an, denn er selber sage ja, daß er nicht zu denjenigen gehöre, welche gegen Herrn Friedländer solche Aeußerungen vorgebracht hätten; er könne sich also unzweifelhaft nicht für gemeint erachten. Von seinen Collegen im Vorstande wurde ihm eben etwas mitgetheilt, was er (Redner) nicht selbst gehört habe, daß Herr Markfeldt Herrn Friedländer Feigheit vorgeworfen habe. Wenn dem so sei, so müsse er gegen diesen Vorwurf allerdings in seiner Eigenschaft als Vorsitzender auftreten.

Stadtv. Markfeldt verwahrt sich dagegen, Herrn Friedländer persönlich Feigheit vorgeworfen zu haben. Wenn der Vorsitzende gesagt habe, gegen ihn (Redner) sei die Sache nicht gerichtet gewesen, so meine er (Redner), Herr Friedländer habe kein Recht, hier eine solche Discussion hervorzurufen, die noch einmal Beleidigungen und Verletzungen der ganzen Bürgeschaft herbeizuführen geeignet sei. (Unruhe.) Danach wird der Magistratsantrag mit überwiegender Majorität angenommen.

Wiederaufbau des Magdalenenthurmes. Auch aus dieser Vorlage haben wir in Nr. 196 d. Ztg. eingehende Mittheilungen gebracht. Magistrat ersucht die Versammlung um ihre Zustimmung, daß zur Erreichung von Skizzen zu einem Entwurf für den Wiederaufbau der Thurmes im Sinne des von uns wörtlich mitgetheilten Gutachtens eines Sachverständigen-Commission eine allgemeine Wettbewerbung unter den deutschen Architekten ausgeschrieben werde, und daß die hierdurch entstehenden Kosten bis zur Höhe von 3000 M. vorschußweise gezahlt werden.

Referent Stadtv. Heintze bemängelt hauptsächlich das Gutachten des Stadtbauraths Plüddemann. Wenn nach der Meinung desselben der Thurm in dem zur Zeit herrschenden Style aufgebaut werden solle, so sei es doch sehr zweifelhaft, ob man dann nicht den Roccoccostyl zu wählen habe. Im Uebrigen ist Redner für Ablehnung der Magistratsvorlage und für den Wiederaufbau des Thurmes in der alten Form.

Stadtbaurath Plüddemann lehnt es vorläufig ab, gegen die Ausführungen des Vorredners zu antworten und behält sich dies für die Ausschußberathung vor, die zu beantragen er sich von einem der Herren erbitten möchte.

Stadtv. Rehorst stellt den Antrag, die Vorlage dem Bauausschuß zu überweisen. Dieser Antrag wird nach einer kurzen Bemerkung des Referenten angenommen.

Schluß der Sitzung gegen 6½ Uhr.

Telegraphischer Specialdienst
der Breslauer Zeitung.
Landtag.

* **Berlin, 21. März.** Im Abgeordnetenhause hatte man sich geeinigt, möglichst wenig zur dritten Lesung des Etats zu sprechen, da dieselbe unter allen Umständen heute zu Ende geführt werden sollte. Die kleinen persönlichen und localen Beschwerden, denen einige conservative und nationalliberale Herren Ausdruck zu geben für gut fanden, brachten es dahin, daß die in Aussicht gestellte Anfrage der Freisinnigen wegen der Unterdrückung der „Volkszeitung" erst gegen ¾1 Uhr zur Verhandlung kam. Herr Rickert legte den Sachverhalt klar, daß die „Volkszeitung" zwar keine freisinnige, aber auch keine socialdemokratische Zeitung sei, daß daher nach dem Wortlaut und noch mehr nach den geschriebenen und gesprochenen Motiven die Maßregel eine flagrante Gesetzesverletzung sei. Besonders willkürlich sei aber das Verbot der angeblichen Fortsetzungen der „Volkszeitung." Denn bisher habe man immer angenommen, daß ein von denselben Personen hergestelltes Blatt erst dann verboten werden könne, wenn es die verbotenen Tendenzen vertrat. Das sei hier nicht der Fall gewesen. Der Minister Herrfurth stellte einfach die Competenz des Landtages in Frage, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen; er lehnte es auch ab, sich in eine materielle Debatte einzulassen, da eine Beschwerde an die Reichscommission bereits abgegangen sei. Bezüglich der Verbote der sogenannten Fortsetzungen sei ihm noch keine Beschwerde zugegangen. Uebrigens glaubt der Minister noch besonders feststellen zu müssen, daß Rickert selbst die „Volkszeitung" als eine nicht freisinnige bezeichnet habe. Deshalb sei der Vergleich mit einem ähnlichen Fall bezüglich der „Elmshorner Zeitung", einem anerkannt freisinnigen Blatte, nicht zutreffend. Der frühere Minister von Puttkamer, der den Verhandlungen auf der Tribüne beiwohnte, hatte seine herzliche Freude an seinem früheren Unterstaatssecretär. Der Abg. Munckel setzte mit dem ihm eigenen scharfen Sarkasmus auseinander, wie der Polizeipräsident nicht in der Eile, denn er habe zwei Tage dazu gebraucht, den Artikel der „Volkszeitung" erst durch falsche Citate und Interpretationen zurecht gemacht habe, um einen Grund für die Anwendung des Socialistengesetzes zu finden. Die Verbote der sogenannten Fortsetzungen seien besonders ungesetzlich, und man könnte die Beamten vielleicht für den durch ihre ungesetzlichen Handlungen entstandenen Schaden haftbar machen. Uebrigens sei es aus Aeußerungen der officiösen Presse klar, daß es sich hier nur um eine Rache wegen des Artikels der „Volkszeitung" zum 9. März handle. Die Herren von Kardorff und von Rauchhaupt stießen natürlich in dasselbe Horn, wie der Minister; sie ließen sich auf die Sache nicht weiter ein. Herr Windthorst wollte sich auch nicht engagiren, forderte aber den Minister doch auf, die Entscheidungen der betreffenden Instanzen möglichst schnell herbeizuführen, da sonst ein großer unersetzlicher Vermögensverlust eintreten würde. Daran habe man bei Erlaß des Gesetzes sicherlich nicht gedacht, daß man mit dem Verbot eines Blattes der betreffenden Druckerei jedes Weiterarbeiten verbieten wolle. Im Uebrigen gelangte der Etat ohne erhebliche weitere Debatte zur Erledigung. Es ist nur noch hervorzuheben, daß der Minister v. Goßler mittheilte, die Regierung in Arnsberg habe die Strafverfügung des Schwelmer Landrathes gegen Lehrer, welche einem freisinnigen Abgeordneten Petitionen überreicht hatten, aus eigenem Antriebe wieder aufgehoben. Am Sonnabend wird das Gesetz wegen des Neubaues verschiedener Bahnen zur Berathung kommen.

Abgeordnetenhaus. 40. Sitzung vom 21. März.
10 Uhr.

Am Ministertische: v. Scholz, v. Maybach, v. Lucius, Herrfurth.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf, betr. die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelischen Landeskirche in den neun älteren Provinzen der Monarchie, und der Antrag der Abgg. Drawe und Genossen auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betr. die Bestrafung der Schulversäumnisse in öffentlichen Volksschulen.

Das Präsidium eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin Heinrich ist gestern von einem Prinzen glücklich entbunden worden. Ich schlage vor, das Präsidium des Hauses zu ermächtigen, Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Heinrich die Glückwünsche des Hauses auszusprechen.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Berathung des Reichshaushaltsetats für 1889/90.

Abg. Rickert: Wenn wir nicht unter so ungewöhnlichen Verhältnissen in die dritte Lesung des Etats eintreten würden, würden wir manche Dinge zur Sprache bringen, welche bei der zweiten Lesung nicht genügend berathen sind, namentlich beim Eisenbahnetat. Mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit der Abschließung der Etatsarbeiten werden wir eine Generaldebatte nicht veranlassen und nur die dringend nothwendigen Dinge zur Sprache bringen. Wir halten es für nöthig, daß heute noch die dritte Berathung zum Abschluß kommt.

Abg. Graf Limburg-Stirum: Wir müssen nochmals hervorheben, daß wir bei der Behandlung des Etats zur größten Vorsicht verpflichtet sind! Denn die günstigen Finanzverhältnisse, welche wir jetzt haben, werden nicht andauern, namentlich nicht beim Etat der Eisenbahn-Verwaltung. Wir hätten durch die Uebernahme eines Theils der Anleihe für Beschaffung neuer Eisenbahn-Betriebsmittel das ganze Gesicht unseres Etats verändert. Ich mache darauf aufmerksam, weil verschiedene Herren neue Anforderungen gestellt haben, damit nicht nachher gesagt wird, sie hätten diese Anforderungen gestellt ohne Widerspruch im Hause zu finden. Wenn die Finanzlage dauernd so günstig ist, können wir Kunst und Wissenschaft unterstützen, aber zu Luxusausgaben ist kein Geld vorhanden. (Beifall rechts.)

Abg. Hammacher (natl.): Ich glaube, daß es bei der heutigen Geschäftslage verboten ist, allgemeine Etatsfragen zu erörtern. Wir halten es nicht für dem Ansehen des Hauses und dem Interesse des Landes entsprechend, daß der Eisenbahnetat so kurz berathen worden ist. Nur wenn der Eisenbahnetat durch eine besondere Eisenbahn-Commission vorberathen sein wird, werden wir eine gründlichere Berathung desselben ermöglichen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Windthorst: Wir haben auch manche Wünsche, werden sie aber jetzt nicht zur Sprache bringen. Zur Sparsamkeit haben wir immer gemahnt. Es ist aber bezeichnend, daß von der Seite, wo man thatsächlich niemals gespart hat, jetzt zur Sparsamkeit gemahnt wird. Bezüglich des Eisenbahnetats werden wir jede Berathung mitmachen.

Damit schließt die Generaldiscussion.

Darauf werden die meisten Specialetats nach unerheblicher Debatte genehmigt.

Beim Etat des Ministeriums des Innern verlangt der nassauische Abg. Grimm die Einführung einer Städteordnung für Wiesbaden, wogegen Abg. Wißmann Widerspruch erhebt.

Darauf erhält das Wort Abg. Rickert: Ich muß eine Angelegenheit berühren, die in diesen Tagen in weiten Kreisen des Vaterlandes die peinlichste Aufmerksamkeit und Erregung hervorgerufen hat. (Widerspruch rechts.) Sie wissen ja noch gar nicht, was ich zu sagen beabsichtige, doch niederschreien werden Sie mich nicht. Hören Sie erst meine Rede an, und dann können Sie mir mit sachlichen Gründen antworten. Ich denke an das Verbot der hier in Berlin erscheinenden „Volkszeitung". (Aha! rechts.) Wir haben die größte Veranlassung, die Angelegenheit hier vorzubringen, weil wir den Chef der Polizeiverwaltung unter uns sehen. Der Minister des Innern ist unmittelbare Aufsichtsinstanz und auch Beschwerdeinstanz. Eine Beschwerde ist auch bereits in diesen Tagen an den Minister abgegangen, doch weiß ich nicht, ob er bereits einen Bescheid ertheilt hat. Daß aber der Minister in diesen Dingen nicht nur angegangen werden kann, sondern muß, hat mich ein Beispiel früherer Zeit gelehrt, die im October 1887 erfolgte Beschlagnahme und das Verbot der freisinnigen „Elmshorner Zeitung". Damals hat es der Minister v. Puttkamer für seine Pflicht gehalten, ohne den Bescheid abzuwarten, einfach telegraphisch die Landespolizeibehörden anzuweisen, das Verbot gegen die Zeitung aufzuheben. Es ist also hier ganz eclatant dargethan, daß auch der Vorgänger des Ministers sich für verpflichtet erachtet hat, einzugreifen, bevor die Beschwerdeinstanz gesprochen hat. Der Fall in Berlin ist aber mindestens ebenso geeignet zu einem Eingriff des Ministers. Vorausschicken muß ich, daß es sich hier nicht um eine Parteifrage handelt. Die Berliner „Volkszeitung" gehört derjenigen politischen Richtung, welche ich vertrete, ausgesprochener Maßen nicht an. (Widerspruch rechts, Zuruf links: das wissen die ja besser!) Ich habe am wenigsten Grund, irgend welche Sympathien mit der Tonart und dem politischen Gedankengang dieses Blattes zu hegen. Ich gehöre zu denjenigen, welche in der schärfsten Weise wiederholt von der Berliner „Volkszeitung" auch in der letzten Zeit meiner ganzen politischen Vergangenheit wegen angegriffen worden sind. Trotzdem muß ich sagen, daß der Zeitung ein schreiendes Unrecht geschehen ist. Ich muß ferner vorausschicken, daß es sich hier nicht um eine Kritik des Socialistengesetzes handelt. So sehr ich den Zeitpunkt der Aufhebung dieses Gesetzes herbeisehne, will ich mich heute ruhig auf den Boden desselben stellen und von diesem Standpunkt aus die Maßregel gegen die „Volkszeitung" beurtheilen. Einen Artikel des Blattes vom 9. März hat man in weiten Kreisen mit großer Erregung lesen müssen, und ich selbst habe mich diesem Eindruck nicht entziehen können. Dieser Artikel war aber nicht die Veranlassung zu dem Verbot. Erst am 17. März hat der Polizeipräsident von Richthofen verfügt, daß auf Grund des § 11 des Socialistengesetzes die Nummer desselben Tages beschlagnahmt werde, und das weitere Erscheinen des Blattes verboten.

Es kommen die §§ 11 und 13 des Socialistengesetzes in Betracht. Nach § 11 dieses Gesetzes können Druckschriften, welche socialdemokratische, socialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen, die in einer den öffentlichen Frieden insbesondere die Eintracht der Bevölkerung störenden Weise wirken, verboten werden. Nach dem ganzen Wortlaut und dem Sinn des § 13 muß das Verbot zugleich die Begründung enthalten. Es scheint mir demnach gegen die Bestimmung des Socialistengesetzes verstoßen zu sein. Der betreffende Artikel der „Volks-Ztg." feiert die Ereignisse des 18. März 1848 und ist lediglich eine politische Auseinandersetzung, die mit socialen Fragen absolut nichts zu thun hat. Die Anforderungen für die Anwendung des § 11 des Socialistengesetzes sind also in keiner Weise erfüllt. Die Motive zu dem betreffenden Paragraphen des Gesetzes lassen keinen Zweifel, daß das Gesetz sich nur gegen die socialdemokratischen Bestrebungen selbst richtet, und was unter socialdemokratischen Bestrebungen zu verstehen ist, wird dort eingehend auseinandergesetzt. Die Bestimmungen über die Presse gehen dahin, daß die Landespolizeibehörde befugt sein soll, eine periodische Druckschrift, wenn dieselbe nach ihrer Gesammthaltung und Tendenz den genannten Bestrebungen dient, zeitweise oder ganz zu unterdrücken. Es kann sich dabei nur um solche Druckschriften handeln, welche sich selbst als socialdemokratische bezeichnen oder als solche allgemein anerkannt oder empfohlen sind. Wenn Sie nun diesen Maßstab auf das Verfahren gegen die „Volkszeitung" anlegen, können Sie bezüglich der Beurtheilung der Maßregel nicht zweifelhaft sein. Der den 18. März feiernde Artikel hat in keiner Weise irgend eine socialdemokratische, socialistische oder communistische Tendenz. Der Artikel feiert den 18. März als den Beginn jener Umwälzung, welcher wir unser gesammtes heutigen constitutionelles Staatswesen verdanken, auf das alle Beamten und Abgeordneten heute durch ihren Eid verpflichtet sind. Es ist eine ganz gewaltsame Interpretation, aus der Wendung, daß die Kämpfer der Revolution sich den Dank der Nachwelt erwerben würden, socialdemokratische Tendenzen herauszulesen. Die Verfügung des Polizeipräsidenten citirt nicht einmal richtig. Es heißt in dem Artikel: „Es ist sonnenklar, daß der 18. März dem ehrlichen und treuen Volke gehöre und ihm allein." Das Wort „Arbeiter" steht an dieser Stelle nicht. Nach der Meinung des Polizeipräsidenten soll die Tendenz des Artikels darauf ausgehen, einen gewaltsamen Umsturz hervorzurufen, wie auch bereits frühere Artikel diese Tendenz einer systematischen Untergrabung der Staatsordnung erkennen lassen. Ich meine, es wird in diesem Hause Niemanden geben, der diese Interpretation sich anzueignen bereit ist. Selbst nationalliberale Blätter, wie die „Kölnische Zeitung", haben in dem Artikel nichts socialdemokratisches finden können, und in der Beschlagnahme eine ungeschickte, lange vorbereitete Maßregel der Polizei gefunden. Bei der Berathung des Socialistengesetzes sprach der Abg. Windthorst die Befürchtung aus, daß dasselbe trotz aller Versicherungen auch andere treffen würde, die nicht getroffen werden sollten. Darauf erwiderte der Minister Graf Eulenburg: „Haben die Worte der deutschen Sprache noch einen Sinn, dann ist es unmöglich, diesen Paragraphen auf andere Schriften, als auf socialistische Schriften, wie sie angeführt sind, anzuwenden." (Hört! hört! links.) Es wurde darauf von Ihnen „Sehr richtig!" gerufen. Der Abg. Windthorst hat Recht behalten. So scharf man auch den betreffenden Artikel verurtheilen möge, etwas socialdemokratisches, socialistisches oder communistisches in dem Sinne der Motive der Regierungsvorlage von 1878 kann man wahrhaftig darin nicht finden, und wenn man an der demonstrativen Feier des 18. März Anstoß nimmt, so wird doch selbst in jenem Artikel hervorgehoben, daß König Friedrich Wilhelm IV. damals auch den Leichenzug der Märzgefallenen begrüßt hat. Ist es also ein Verbrechen, wenn man später dasselbe thut. Hat doch der ungarische Ministerpräsident sich gar nicht gescheut, in der ungarischen Kammer die Märztage und die Revolution in Wien zu feiern als den Anfangspunkt der freiheitlichen constitutionellen Entwickelung, die Oesterreich jetzt biete. (Unruhe rechts.) Man hat sich gar keine Zeit gelassen, das Verbot vorher zu begründen. Die Begründung kam erst 48 Stunden später.

Schlimmer aber noch, und wofür ich den Minister des Innern verantwortlich machen möchte, ist das Verfahren in den folgenden Tagen: Am 18. März erschien, nachdem das Verbot ausgesprochen war, ein neues Blatt „Der Arbeitsmarkt", welches hauptsächlich Anzeigen enthalten und über die wichtigsten Ereignisse unterrichten sollte. Sie finden in diesem Blatt keine einzige politische Aeußerung, nur thatsächliche Mittheilungen, nicht einmal die Kammerverhandlungen, ein kleines Feuilleton und dann die Anzeigen. Auch dieses Blatt ist sofort als eine Fortsetzung von der Landespolizeibehörde verboten worden. (Sehr richtig! rechts.) „Sehr richtig" sagt Herr v. Kardorff. (Abg. v. Kardorff: Kein Wort!) Dann erschien am 20. d. M. ein neues Blatt unter dem Titel „Die Zukunft". In demselben waren wiederum nur kurze politische Mittheilungen enthalten. Gestern Nachmittag 5 Uhr erschien Criminalcommissar v. Tausch in der Redaction des Blattes und theilte dem Redacteur mit, daß er von dem Polizeipräsidenten beauftragt sei, die „Zukunft" mit Beschlag zu belegen und das fernere Erscheinen zu verbieten, da es eine Fortsetzung der „Volkszeitung" sei. Er fügte hinzu, daß er die Druckerei mit Schutzmannschaften bei Tag und Nacht besetzen werde, falls weiter gedruckt werde. (Sehr richtig! rechts.) Auch hier scheint ein schriftliches Verbot nicht ergangen zu sein. Dieses Verfahren widerspricht der klaren Bestimmung des Socialistengesetzes. Nach dem Commentar von Schwartze soll jede neue Zeitschrift, welche nach dem Verbot der alten erscheint, als eine selbstständige Erscheinung in der Presse zu behandeln sein, und die Thatsache allein, daß dieses Blatt von denselben Personen redigirt und gedruckt wird, keineswegs ausreichen, um ein erneutes Verbot zu begründen. Als Referent führte der Abg. von Schwartze aus, daß auch der Minister Graf Eulenburg anerkannt habe, daß die Zeitung jederzeit ihre Firma ändern und weiter erscheinen könne und nur zu verbieten sei wegen der nunmehrigen anstößigen Haltung. Ich frage Sie, liegt denn hier nicht die flagranteste Gesetzesverletzung vor, die man sich denken kann? (Sehr richtig! links.) Es erscheint von demselben Drucker ein ganz fades, langweiliges Blatt und dann kommt der Polizeipräsident und unterdrückt munter weiter, zweimal in zwei Tagen. Nein, das war nicht die Absicht des Gesetzgebers, und für den vorliegenden Fall trifft den Minister des Innern und das Staatsministerium die volle Verantwortung. (Sehr richtig! links.) Der Minister kann uns hierbei nicht entschlüpfen, denn einer seiner Vorgänger, der Graf Eulenburg, hat gesagt, es solle Niemand verwehrt sein, anderen Sinnes zu werden. Wenn die socialistischen Führer Most, Liebknecht u. s. w. wirklich künftighin ihre Tendenzen in friedlicher Weise vortragen wollten, so würde es ein viel sichereres und deutlicheres Kennzeichen dafür sein, wenn sie ein anderes Organ mit friedlicher Tendenz gründeten, und dem stehe nichts entgegen. (Hört! hört! links.) Ich frage nochmals: Liegt hier nicht die flagranteste Gesetzesverletzung vor? Diese Maßregel stellt sich dar als eine gehässige Verfolgung, als eine Confiscation des Privateigenthums, die keineswegs im Interesse der öffentlichen Sicherheit geboten war. Mich dauern dabei nur die armen Arbeiter, die ihr Brot verlieren. Warum wollen Sie diesen den Lebensfaden abschneiden? Sind da nicht eine Reihe von Männern darunter, die ohne Schuld büßen müssen, weil das Gesetz in dieser, ich kann nicht anders sagen, himmelschreienden Weise angewendet wird? Wenn die Dinge in Preußen so weiter laufen, kann es dahin kommen, daß diese Herren, denen wir so weitgehende Vollmachten geben, auch mit ihrem Vermögen verantwortlich gemacht werden, wie in England, wo ein Minister oder der Polizeipräsident, der derartig in die Vermögenssphäre des Einzelnen eingreift, auch regreßpflichtig gemacht wird vor dem Richter. (Große Unruhe.) Das Volk wird diese Forderung durchsetzen, wenn die Dinge derartig verlaufen. (Aha und Lachen rechts.) Wenn das in irgend einem Winkel unseres Vaterlandes seitens des Landraths geschähe, bei dem die socialdemokratische und freisinnige Partei identisch sind, wäre es zwar nicht zu billigen, aber erklärlich. Aber hier in der Haupt- und Residenzstadt, unter den Augen der Regierung und des für die Durchführung des Socialistengesetzes verantwortlichen Reichskanzlers — im Reichstag werden wir auch darüber ein Wort zu sprechen haben — sind solche Dinge passirt.

Der Herr Minister wird mir natürlich mit voller Objectivität antworten: Warten Sie, bis die Beschwerde-Instanz gesprochen hat! Was hilft das Warten? Jeder Tag schließt eine weitere Confiscation von Eigenthum in sich. Der Staat ist aber zur Sicherung des Eigenthums da. Wir haben hier einen Vorgeschmack von dem, was uns bescheert wird, wenn jetzt die Einfügung des Socialistengesetzes in das gemeine Recht vollzogen wird. Wollen Sie uns etwa vorher zeigen und lüstern machen, was wir zu erwarten haben? Wenn es richtig ist, was

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

die „Köln. Ztg." sagt, ich kann es ja nicht beurtheilen, sehen Sie da nicht Alle die Linien, die auf dasselbe Ziel hinauslaufen, auch die freisinnige Partei als staatsgefährlich darzustellen? Ich erinnere nur an die gestrige Aeußerung des Abg. v. Puttkamer über die zügellose Presse. Ich erinnere ferner an die Broschüre „Auch ein Programm aus den 99 Tagen". In solchen Blättern, die sich nicht schämen, alles das als baare Wahrheit aufzunehmen, in denen jetzt die freisinnige Partei als Landesverrätherin hingestellt wird, deren Mitglieder sogar mit hochgestellten Personen die landesverrätherische Absicht hätten, ein neues Welfenreich zu gründen, und Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückzugeben — mit solchen bodenlosen Verläumdungen und niederträchtigen Lügen (große Unruhe) sucht man uns zu brandmarken, die wir es an Patriotismus mit jeder Partei aufnehmen können. Das sind die Unterlagen für das zukünftige Gesetz. Wenn die Majorität dieses zweischneidige Gesetz in das gemeine Recht hereinbringen will, so wird nur ein Martyrium für uns erreicht werden, das aber nicht denen zur Ehre gereicht, welche solche Gesetze machen. Es ist ein Unglück, daß das Socialistengesetz das Gefühl für solche Dinge abstumpft. In constitutionellen Staaten, wie jetzt wieder in England, wird die öffentliche Meinung erregt, wenn nur ein Mann verleumdet wird. Wenn man hier eine ganze Partei fälschlicher Weise des Landesverraths beschuldigt, giebt es sogar eine Presse, die sich nicht schämt, dem zuzujubeln. Das muß Erbitterung hervorrufen und läßt sich nicht anders gut machen, als durch strenge unparteiische Handhabung der Gesetze. Die öffentliche Meinung in ganz Deutschland sieht in diesen Tagen auf den Minister des Innern, sie verlangt von ihm ein Eingreifen, eine Sühne für dieses ungesetzliche Verfahren, und ich hoffe, daß trotz Ihres Lachens (zur Rechten) der Minister — das ist seine Pflicht — dagegen einschreiten und diesem Verfahren Einhalt thun wird. (Lange anhaltender Beifall links, Zischen rechts.)

Minister Herrfurth: Was die Beschlagnahme der Nr. 65 der „Volkszeitung", das Verbot dieser Nummer und das Verbot des ferneren Erscheinens dieser Zeitung anbelangt, so ist dasselbe auf Grund der Bestimmungen des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie erfolgt. Ueber die Ausführung von Reichsgesetzen und die dabei hervortretenden Mängel haben nach der Reichsverfassung nicht die Landesregierungen der einzelnen Bundesstaaten, sondern der Bundesrath bezw. die in dem Reichsgesetze bezeichnete Behörde zu befinden. Ich halte mich deshalb überhaupt nicht für befugt, auf eine materielle Erörterung der Richtigkeit dieses Verbotes in diesem Hause einzugehen. (Sehr richtig! rechts.) Der Polizeipräsident von Berlin ist die Landespolizeibehörde; er ist zweifellos formal befugt zu denjenigen Anordnungen, welche das Reichsgesetz den Landespolizeibehörden der Einzelstaaten überweist. Wenn von dem Vorredner in formaler Beziehung geltend gemacht ist, daß das Verbot im Widerspruch mit den Bestimmungen des Socialistengesetzes nicht mit Gründen versehen war, so ist diese Beschwerde inzwischen erledigt, da eine zweite, mit Gründen versehene Verbotsverfügung unterm 19. c. der Redaction der „Volkszeitung" übermittelt ist. Gegen ein solches Verbot steht dem Verleger, Verfasser und Herausgeber das Recht der Beschwerde bei der auf Grund des § 26 des Socialistengesetzes eingesetzten Reichscommission zu. (Sehr richtig! rechts.) Nach dem Inhalt der mir gestern, nicht etwa schon vorgestern, zugegangenen Beschwerde des Herausgebers und Verlegers ist die Beschwerde von denselben bereits angebracht. Die sachliche Entscheidung darüber, ob dieses Verbot begründet sei oder nicht, steht ausschließlich der Reichscommission zu. (Hört, hört! rechts. Abg. Rickert: Elmshorn!) Nachdem die Sache bei der Reichscommission anhängig ist, kann ich mich nicht für befugt halten, der Entscheidung dieser Behörde vorzugreifen. (Sehr richtig! rechts.) Dieser Fall unterscheidet sich von der „Elmshorner Zeitung". Als die Letztere verboten wurde, erfolgte nicht ein Anrufen der Reichscommission, es wurde lediglich eine Beschwerde beim Minister des Innern angebracht. Es handelte sich da nur um ein anerkanntes Organ der freisinnigen Partei. Hier ist ein Verbot ergangen gegen eine Zeitung, die der Abg. Rickert von seinen und seiner Partei Rockschößen abzuschütteln versuchte. (Oho! Links. Abg. Rickert versuchte ist gut.) Er hält sie für die Brücke, welche seine Partei von der socialdemokratischen trennt oder vielleicht verbindet. (Sehr richtig rechts.) In der Rechtsanhängigkeit dieser Sache und dem anderen Charakter dieser Zeitung liegt die Ursache, daß ich in gleicher Weise einzuschreiten nicht in der Lage war. Was das Verbot der angeblichrn Fortsetzung der „Volkszeitung" anlangt, namentlich das gestern Abend erfolgte Verbot der „Zukunft", so hat bezüglich der Richtigkeit dieses Verbots nicht die Reichscommission, sondern der Richter darüber zu befinden, ob eine Fortsetzung vorliegt oder nicht. In dieser Beziehung habe ich einzuschreiten bisher schon aus dem einfachen Grunde keine Veranlassung gehabt, weil nicht nur keine Beschwerde an mich ergangen ist, sondern weil ich von diesem Verbot überhaupt erst Kenntniß erhalten habe eine Stunde, bevor ich in dieses Haus kam, durch die Zeitungen und dann hier durch den Abg. Rickert. In dieser Beziehung muß ich mir also das Weitere vorbehalten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff: Die Frage gehört nicht vor unser Forum. (Beifall rechts.) Daß sie hier vorgebracht wird, ist nur ein Versuch, Stimmung zu machen und Einfluß auszuüben auf diejenigen Instanzen, bei denen die Entscheidung liegt. (Sehr richtig! rechts.) Ich lasse mich deshalb materiell auf die Sache nicht ein und glaube, daß das Haus wohlthut, über diese Frage die Debatte nicht fortzusetzen, weil sie vor das Forum desselben in diesem Augenblicke nicht gehört. (Beifall rechts.)

Abg. Munckel: Ich finde immer eine gewisse Scheu in der Beurtheilung dessen, was vor dieses Haus gehört, wenn es sich um Dinge handelt, die Ihnen nicht angenehm sind. (Sehr richtig! links.) Man hat ja sonst über Manches hier verhandelt, was vor den Reichstag gehört. Ich sehe nicht ein, warum wir über diese Dinge nicht verhandeln sollen, Es handelt sich bei diesem Etatstitel um Leistungen, die das Land dem Minister schuldig ist. So spreche ich auch von den Leistungen, die der Minister dem Lande schuldig ist. Ich meine, das gehört zur Sache. Daß wir die Absicht hätten, der Entscheidung der Reichscommission vorzugreifen, glaubt wohl Herr v. Kardorff selbst nicht. Wenn wir die Absicht hätten, so würde das wohl das Gegentheil dessen zur Folge haben, was wir erreichen wollen. Solche Hintertreppen, wenn wir sie betreten wollten, sind uns verschlossen und, Gott sei Dank, wir wollen sie nicht betreten. Wir haben auch gar nicht die Besorgniß, daß es noch eines Einflusses auf die Reichscommission bedarf. Denn was wir tadeln, ist dergestalt ungebührlich, daß es keinen vernünftigen unbefangenen Menschen giebt, der es nicht von Hause aus begreift. Man braucht nicht Mitglied der Reichscommission zu sein, um zu sehen, daß die Interpretation des Polizeipräsidenten dem Gesetze geradezu Gewalt anthut. (Beifall links.) Man sagt, man sei geneigt, Alles zu verzeihen, was man versteht. Ich glaube zu verstehen, wie man zu dieser Maßregel kam. Gestatten Sie mir aber die Ausnahme, daß ich sie darum doch nicht verzeihen kann. Man tadelt den Artikel vom 17. März. Ich bin fest überzeugt, die Herren haben ihn alle gelesen. Denn noch vor Kurzem lag die „Volkszeitung" im Hause aus. Jetzt sehe ich mit Vergnügen, daß man diesen Platz mit dem „Volke" gefüllt hat. Dieses „Volk", das Stöcker'sche, wird sich vielleicht an diesem Platz sehr unglücklich fühlen. (Heiterkeit.) Die Ursache der Unterdrückung der „Volkszeitung" liegt in diesem Artikel nicht, sondern liegt weiter zurück. Ein Artikel vom 9. März ist es, der böses Blut gemacht hat. (Sehr wahr! rechts.) Den rächt man in dem Artikel vom 17. März. (Zustimmung rechts.) Wenn sich wieder einer der Herren darüber freuen sollte, so will ich bemerken, daß diese Rache gegen das Gesetz verstößt (Sehr richtig! links), und wenn Jemand die Neigung hat, sich über diesen Verstoß zu freuen, der freue sich, ich habe nichts dagegen. (Heiterkeit rechts.) Ich sehe, daß Sie davon Gebrauch machen, und daß überhaupt die Heiterkeit bei Ihnen vorherrscht. Nun es kann ja vielleicht einmal kommen — es würde mir das eine schmerzliche Freude sein — daß auch auf Ihrer Seite ein Organ daran käme, das man ähnlich behandelt. Herr v. Hammerstein weiß, daß auch die Kreuzzeitung nicht über jede Anfechtung erhaben ist. (Beifall links.) Ich würde mich freuen, dann mit derselben Wärme für die Kreuzzeitung sprechen zu können. (Heiterkeit rechts.) Beides sind meine Parteiblätter nicht. Mir gefällt Vieles, was in der „Volkszeitung" steht, aber hier und da auch Manches, was in der Kreuzzeitung zu lesen ist. (Heiterkeit rechts.) Da mache ich keinen Unterschied. Sich über den Mißgriff der Behörden zu freuen, hat nur eine Partei Veranlassung und diese ist hier nicht vertreten. (Beifall links.) Die Socialdemokraten draußen können sich freuen und freuen sich, daß an andere auch mal das Messer kommt. Aus Zweckmäßigkeitsgründen kann man versuchen, ein Gesetz zu ändern, aber man hat niemals das Recht, das Gesetz zu verletzen. Eine Interpretation, die sich ausnimmt, wie ein Hohn des Gesetzes, kann ich eine Anwendung des Gesetzes unmöglich mehr nennen.

Will man denn in allem Ernste sagen, daß der Artikel vom 17. März „Ein Gedenktag" — und nur um den Inhalt dieses Artikels handelt es sich —, der den 18. März 1848 mit Recht rühmt (Unruhe rechts) — dieses Factum ist in der Geschichte anerkannt. Sie wollen es immer leugnen, aber Sie können nicht. (Heiterkeit rechts.) — etwas zu thun hat mit der Socialdemokratie, von der man damals, als Lassalle noch als ein Gutsnachbar vom Reichskanzler angesehen wurde, nichts wußte? Soll man darin, daß ein historisches Ereigniß verherrlicht wird, eine Aufforderung finden, das Ergebniß zu wiederholen? Glauben Sie etwa, daß diejenigen Machthaber Frankreichs, die jetzt die Weltausstellung zur Centenarfeier der Revolution veranstalten, die Franzosen einladen wollen, die Revolution mit allen ihren Folgen zu wiederholen? Oder sollte jemand im Ernste glauben, daß wir mit unserer Reformationsfeier an irgend einen zweiten Luther die Aufforderung gerichtet hätten, nun seinerseits noch einmal zu reformiren? (Große Heiterkeit links.) Es wird in dem Artikel gesagt — und das ist wahr — daß mit dem 17. März — ob es ohne ihn gegangen wäre, ist gleichgiltig — Preußen in die Reihe der Verfassungsstaaten eingetreten ist, und daß wir damit ein Vermächtniß erhalten hätten, das wir heilig zu halten haben. (Unruhe rechts.) Daß Sie keinen Respect davor haben, macht uns die Sache nur heiliger. (Beifall links.) Und doch ist Manches von dem Vermächtniß verloren gegangen. (Ruf rechts: Ein wahrer Segen!) Eine Aufforderung also, jetzt die Scenen von 1848 zu wiederholen, ist in dem Artikel mit keiner Silbe enthalten, und diese Aufforderung hineinzulegen, gebraucht der Polizeipräsident einige anscheinend geringfügige Abänderungen, die er aber nicht in der Eile vorgenommen hat, die vielmehr wohlberechnet sind und zu denen er sich zwei Tage Zeit genommen hat. Daß der Polizeipräsident die Arbeiter hineinescamotirt hat, ist um so komischer, als das Wort „Arbeiter" oder „arbeitende Schichten", wie es in dem Artikel heißt, mit den „Socialdemokraten" gar nichts gemein hat. Das Wort „Arbeiter" ist von einem Theil der Arbeiter für „Socialdemokrat" gebraucht worden, weil das Wort „Socialdemokrat" verboten war. Das das Polizeipräsidium auf dieses Nothwort Bezug nimmt und Arbeiter und Socialdemokraten für identisch erklärt, ist kein Compliment für unseren Arbeiterstand, aber ein Compliment für unseren Polizei-Präsidenten ist es auch nicht. Die Bemerkung, daß das reiche Erbe vom 18. März nunmehr verlottert, und die Aeußerung, daß der 18. März dem ehrlichen, arbeitenden, treuen Volke gehöre, sind von dem Polizeipräsidenten umgestellt worden, weil es für seine Verfügung besser paßt. Der Polizeipräsident citirt dann, „es müsse das Gefühl der tiefsten Beschämung die Lebenden ergreifen", während die „Volks-Zeitung" es nicht für nöthig hält, zu sagen, daß diese Beschämung die Lebenden ergreife, sondern daß sie sie bereits haben. Diese kleinen Aenderungen zeigen, wie der Polizei-Präsident daran gearbeitet hat, diesen historischen Rückblick auszuarbeiten und neu aufzuputzen zu einer „Aufforderung für die Zukunft". Dazu hat er zwei Tage gebraucht, um die seine Verfügung ungesetzlicher Weise hinausgeschoben worden ist. So unbedeutend ist dieser Aufschub nicht, denn das Ausnahmegesetz ist nur unter ängstlicher Beobachtung aller Formen anzuwenden.

Jedermann weiß, was es heißt, wenn eine Zeitung inhibirt wird. Darum sagt das Gesetz mit Fug und Recht, daß, wenn man das Forterscheinen verbietet, die Gründe dafür sofort angegeben werden sollen. Man hat allerdings bei Abfassung des Gesetzes angenommen, die Gründe würden nicht so schwierig zu bearbeiten sein (Heiterkeit links), sonst würde man zwei Tage Frist gegeben haben. Der Polizeipräsident hat sie sich genommen, und der Herr Minister hat dafür nicht einmal ein Wort des Tadels gehabt, weil der Polizeipräsident inzwischen seine Gründe dem Verleger der Zeitung bekannt gegeben habe. Zwei bis drei Tage bedeuten aber etwas für ein Zeitungsunternehmen, und jetzt dauert es ja auch noch eine Weile, ehe die Reichscommission zusammentritt. Ich hoffe, daß der Minister wenigstens dafür sorgen wird, daß wir die Entscheidung noch vor dem Quartalswechsel haben, damit diejenigen nicht Recht behalten, welche meinen, daß die ganze Maßregel, die doch einmal wieder aufgehoben werden muß, nur zeigen solle, daß auch schon eine Beschlagnahme im Stande ist, ein oppositionelles Organ zu ruiniren. (Unruhe rechts.) So sieht die Sache in der That aus, und deshalb haben wir heute schon hier die Sache zur Sprache gebracht. Damit, daß die Reichscommission nachher kommt und sagt, was sich von selbst versteht, daß das Verbot unzulässig ist — wenn sie anders sagen sollte, werden wir uns am rechten Platze auch darüber unterhalten — ist die Sache nicht erledigt. Damit sind die Wirkungen nicht aus der Welt geschafft, damit ist der jetzt schon erfolgte finanzielle Ruin des Unternehmens nicht wieder gut gemacht, wenn er auch dadurch etwas vermindert ist. Mir ist die Frage wichtiger, was, wenn solche Arten des Vorgehens Mode werden und dergleichen Dinge sich wiederholen, aus unserer Preßfreiheit überhaupt werden soll. (Sehr richtig! links.) Daß wir die Hoffnung aussprechen, es könne einmal die Zeit kommen, wo der betreffende Beamte an seinem eigenen Geldbeutel für solche Maßregeln gestraft wird, erregte Ihre Freude. Vielleicht sind wir schon in diesem Falle so weit. Wenn sich ein ordentlicher Richter finden sollte — und er wird sich finden — und wenn sich ein Competenzgerichtshof finden sollte, der in diesem Falle den Competenzconflict nicht für begründet hält, so könnte man vom Rechtsstandpunkt der Ansicht sein, daß ein Beamter, der das Gesetz so zwingt, wie man hier das Socialistengesetz gezwungen hat, entweder dolo malo oder culpa lata gehandelt, und den Schaden, den er, täppischer Weise, möchte ich fast sagen, angerichtet hat, aus seinem eigenen Beutel zu tragen hat. Deshalb war es Zeit, die Sache zum Vortrag zu bringen. Einfluß auf die entscheidenden Behörden suchen wir nicht. Wir wollten vor dem Lande zeigen, wie weit wir mit dem Socialistengesetz gekommen sind, in einem Zeitpunkte, wo es sich darum handelt, das Gesetz zu erweitern. Der Fall kommt zur rechten Zeit, um dem Lande die Augen zu öffnen. (Lebhafter, wiederholter Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. v. Rauchhaupt: Die Sache wird nur vorgebracht, um die Opposition gegen die Verlängerung des Socialistengesetzes zu erleichtern. Nur Herr Rickert hält sich entfernt von der Partei, welche die „Volkszeitung" vertritt; Herr Munckel steht ihr schon erheblich näher. Ich muß dagegen Protest einlegen, daß er uns hier als Verächter der Verfassung darstellt. Wir verwerfen den 18. März, aber wir nehmen die Verfassung als solche hin. Herr Munckel sollte doch abwarten, was die Beschwerde-Commission sagen wird. Ueben Sie hier keine Pression aus. Solche Angriffe, wie in dem „Programm der 99 Tage", müssen Sie sich bei unserer heutigen Preßgesetzgebung schon gefallen lassen. Die Rücksichten auf die Regreßansprüche an den Geldbeutel der Minister werden keinen Minister abhalten, seine Schuldigkeit zu thun. (Beifall rechts.) Ueber den Polizeipräsidenten von Berlin hat Herr Munckel kein Recht, zu urtheilen, so weit sind wir noch nicht gekommen. (Beifall rechts.) Es soll hier nur dem Socialistengesetz ein Knüppel zwischen die Beine geworfen werden, aber die Regierung wird sich dadurch nicht abhalten lassen, die Vorlage zu machen, welche sie für richtig hält. Ich gehe nicht weiter auf die Sache ein; warten wir das Urtheil der Beschwerde-Commission ab. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Das Abgeordnetenhaus kann in dieser Frage nicht entscheiden, wohl aber seine Meinung aussprechen, um einen Einfluß auf die Regierung auszuüben. Aber das Vorbringen der Sache ist verfrüht; es herrscht noch viele Verwirrung über die Sache. Erst müssen die Instanzen, welche darüber zu sprechen haben, gehört werden. Es liegt ein Anlaß für die Regierung vor, dahin zu wirken, daß die Instanzen mit der nöthigen Raschheit vorgehen. Ich habe nur den dringenden Wunsch, daß das weitere Verfahren noch weitere Gründe ergiebt. Bezüglich des Vorgehens gegen angebliche Fortsetzungen der verbotenen Zeitung scheint mir des Eifers zu viel angewendet zu sein; denn der Schaden sollte nicht größer gemacht werden, als er absolut sein muß. Ich billige mit meinen Ausführungen nicht die Artikel der „Volkszeitung". Ich erkenne kein Recht auf Revolution an; aber solche vulkanische Ausbrüche sind eine ernste Mahnung, zu untersuchen, ob wir überall das Richtige treffen, ob wir nicht Maßregeln befördern, die zu solchen vulkanischen Ausbrüchen treiben. Den Artikel vom 9. März verurtheilen meine Freunde im höchsten Grade. (Zustimmung.) Ich würde das nicht hervorheben, wenn ich nicht wüßte, wie die Zungen geschäftig sind, uns zu verleumden. (Hört!) Ich wünsche nur, daß die Regierung eine schleunige Entscheidung herbeiführt und nicht hindert, daß neu erscheinende Preßerzeugnisse in der Officin hergestellt werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Bei den Ausgaben für die Polizeiverwaltung in Berlin ergreift das Wort Abg. Munckel: Die Ereignisse von 1848 kann ich nicht als einen Vulkan auffassen, sondern höchstens als ein Gewitter. Die Verfassung feierte am 18. März ihren Geburtstag, und deswegen dürfen wir ihn nicht vergessen. Ich gehöre einer Partei an, die monarchisch ist, aber nicht byzantinisch. Deshalb hat mir Vieles in den Artikeln der „Volkszeitung" gefallen, aber nicht Alles. Daß ich die Artikel der „Volkszeitung" nicht ganz vertrete, versteht sich von selbst; denn das habe ich nicht nöthig und mehr als das Nöthige thue ich nicht gern. Ich habe meine Ansicht deducirt, doch nicht etwa um Polizeipräsident zu werden; meinem Ehrgeiz ist mit einer Oberpräsidentenstelle noch nicht genügt. (Heiterkeit.) Aber beurtheilen muß ich den Präsidenten, damit er mehr Vorsicht annimmt; dann werden wir auch nachsichtiger sein. Ich will mit dem Hinweis auf den Geldbeutel die Beamten nicht von der Erfüllung ihrer Pflicht abhalten, sondern nur von der Verletzung ihrer Pflicht.

Abg. v. Rauchhaupt: Eine Partei, über welche die jüngste Geschichte unseres Landes noch mehr enthüllen wird, als wir schon jetzt wissen, hat kein Recht, uns den Vorwurf des Byzantinismus zu machen. (Zuruf links: Welche Enthüllungen? Zuruf rechts: Abwarten!)

Der Etat des Ministeriums des Innern wird genehmigt.

Beim Etat des Cultusministeriums erklärt auf eine Anfrage Rickerts der Cultusminister von Goßler, daß die Verfügung des Landrathes Martinius in Schwelm, über welche im Hause bereits berichtet ist, durch Verfügung der Regierung in Arnsberg vom 9. März außer Kraft gesetzt worden ist. Die Regierung in Arnsberg hat ihre Verfügung aus eigener Erwägung erlassen.

Abg. Rickert: Die Verfügung soll den Zusatz haben: Vorbehaltlich des disciplinarischen Verfahrens gegen die Lehrer. Sollen die Lehrer disciplinirt werden wegen Ausübung ihres Petitionsrechts und Ueberreichung der Petition an einen freisinnigen Abgeordneten?

Minister von Goßler: Die Verfügung enthält diesen Zusatz. Wie kommt der Abg. Rickert zur Kenntniß der Regierungsverfügung? Was der Zusatz bedeutet, weiß ich nicht.

Abg. Rickert: Ich habe die Verfügung in den Zeitungen gelesen. Da der Minister jetzt den Sachverhalt kennt, möchte ich ihn bitten, daß der Landrath nicht weitere Gesetzwidrigkeiten begehe.

Die übrige Debatte zum Cultusetat war meist von untergeordneter Bedeutung.

Schließlich wird der Etat und das Etatgesetz im Ganzen angenommen.

Damit ist die dritte Berathung des Etats beendet.

Schluß $3^1/_4$ Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Eisenbahngesetz.)

Reichstag.

*** Berlin, 21. März.** Im Reichstage kam heute der Nachtragsetat zur zweiten Berathung. Der Reichskanzler wohnte der Sitzung von etwa 2 bis 4 Uhr bei. Der militärische Theil der Vorlage wurde ohne erhebliche Debatte angenommen. Der Abg. Richter machte nur den ablehnenden Standpunkt der freisinnigen Partei geltend und verlangte insbesondere, daß dieser bei der Septennats-Berathung nicht vorausgesehenen und vorausgesagten Mehrbelastung eine Entlastung an anderer Stelle gegenüber gestellt werde. Bei der Theilung der Admiralität in ein Obercommando und ein Marineamt trat das Centrum der freisinnigen Partei bei, allerdings nicht aus denselben Gründen, wie sie Richter ausführte, daß diese Scheidung nämlich zu Reibungen führen und sich ebenso wenig bewähren würde, wie dies vor 1870 der Fall gewesen sei. Herr von Franckenstein machte nur formale Gründe geltend, nämlich daß die Vorlage, wenn sie so dringlich sei, schon früher hätte kommen müssen. Abg. Delbrück suchte historisch nachzuweisen, daß das Verhältniß von 1870 ein anderes gewesen sei, als es jetzt sein solle, vielleicht um damit wieder gut zu machen, was er gesündigt durch die Aufnahme des Aufsatzes des Viceadmirals Batsch in die „Preußischen Jahrbücher", in welchem sich dieser Praktiker gegen die Theilung ausspricht. Der Reichskanzler führte aus, daß in Folge des zweimaligen Thronwechsels die Vorlage so spät gekommen sei; der Kaiser habe sich doch erst ein Urtheil bilden müssen. Der Reichskanzler suchte dieser Frage sogar ein constitutionelles Interesse abzugewinnen. Er meinte, für Reichstag und Reichskanzler sei die Trennung gleich zweckmäßig, denn das Commando stehe direct unter dem Kaiser, während die Marine-Verwaltung dem Kanzler unterstellt sei. Nur für die letztere könne derselbe die Verantwortung übernehmen, die Vereinigung beider Aemter in einer Hand schwäche oder hindere seine Verantwortung. Im Uebrigen stellte er das Obercommando der Marine nur etwa einem Corpscommando gleich. Diese Auslassung des Kanzlers bewog das Centrum, seinen Widerstand fallen zu lassen und so wurde denn auch dieser Theil des Nachtragsetats, sowie der Rest der Mehrforderungen mit großer Mehrheit bewilligt. Außerdem kam noch die Aenderung des Zollvereinsgesetzes und die Vorlage wegen Beseitigung des Reinigungszwanges zur Erledigung. Am Sonnabend wird die dritte Lesung des Nachtragsetats stattfinden und die zweite Lesung des Genossenschaftsgesetzes beginnen.

44. Sitzung vom 21. März.

2 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Fürst Bismarck, v. Bötticher, Bronsart v. Schellendorff, v. Maltzahn, Contreadmiral Heusner.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des Nachtragsetats.

Die in denselben aufgenommene Position von 1 200 000 M. für Ostafrika und 100 000 M. zur Preisbewerbung für das Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm werden ohne Debatte genehmigt.

Ueber die Vermehrung der Artillerie, welche die Budgetcommission zur Bewilligung empfiehlt, berichtet Abg. Bürklin: Auch nach Annahme der gegenwärtigen Vorlage würden Frankreich und Rußland zusammen immer noch viel günstigere Bespannungs-Verhältnisse aufweisen, als Deutschland. Der Rahmen des Septennatsgesetzes bleibe unversehrt. Auch die Forderung für Vermehrung der Schießplätze habe die Mehrheit der Commission für nothwendig gehalten und bewilligt. Dasselbe gelte von der Beschaffung von Artillerie-Material. Einige Kasernenbauten habe man als nicht so eilig für dieses Jahr abgelehnt.

Abg. v. Ellrichshausen (Reichsp.) begrüßt die Erhöhung der Artilleriestärke und die Verstärkung der Marine als eine weitere Sicherung unserer Wehrhaftigkeit mit besonderer Freude, diese Neubewilligung werde auch an ihrem Theile beitragen, uns die Greuel eines Krieges, welche uns Herr Bebel so drastisch geschildert hat, möglichst lange zu ersparren. Redner dankt den Bemühungen der Reichsregierung in dieser Richtung namentlich im Sinne aller an der Grenze liegenden Staaten.

Abg. Richter: Für einige Titel des Extraordinariums, die mit der Bespannungsfrage der Artillerie nichts zu thun, sondern eine selbstständige Bedeutung haben, kann ich stimmen, wie z. B. für die Schaffung eines neuen Exercierplatzes und für die neuen Abtheilungsstäbe, welche finanziell kein erhebliches Gewicht haben. Dagegen hat mich die Commissionsberathung nur noch mehr überzeugt, daß es sich weniger um eine Vermehrung der Bespannung, um den Nachbarstaaten nachzukommen, handelt, als um eine Aenderung der Anschauungen innerhalb der Militärverwaltung über das Verhältniß unserer Artillerie zu den anderen Truppen des Heeres. Die Erfahrungen des Vorredners sind nicht neu. Der Krieg von 1870/71 liegt weit vor dem Septennat von 1887, der Feldzug hat aber die Regierung nicht veranlaßt, beim Septennatsgesetz diese Forderungen zu stellen. Es scheint, als ob bei den streitigen Meinungen der Techniker die Ansicht derer, welche das Verhältniß der Artillerie zu den übrigen Truppen ändern wollen, in der letzten Zeit mehr durchgedrungen sei, als früher. Es handelt sich nicht um eine Aenderung, wie sie sonst wohl innerhalb eines Septennats Platz greift, wie etwa die Erhöhung der Ausgaben in Folge einer Preissteigerung eines neuen Materials, wie z. B. eines neuen Pulvers; es handelt sich auch nicht um eine erhöhte Competenz für die Offiziere oder dergleichen, sondern um ganz erhebliche Aenderungen in der Formation, die zwar der Form nach das Septennatsgesetz nicht berühren, aber auf anderen Voraussetzungen beruhen, als beim Septennatsgesetz zu Grunde gelegt waren. In der Geschichte der Septennatsgesetze ist dies ohne Beispiel. Die vollständige Bewilligung dieser dauernden Mehrausgaben würde ein nachtheiliges Präcedens sein für das Verhältniß des Septennats zu dem Reichstag. Man könnte fragen, ob nicht für die Vermehrung der Artillerie bei anderen Truppen Minderausgaben gerechtfertigt erscheinen. Man darf nicht blos unsere Artillerie mit der der Franzosen vergleichen, sondern auch Vergleiche mit der Cavallerie, der kostspieligsten Truppe ziehen, mit welcher wir noch

immer den Vorsprung vor anderen haben. Auf Vorschläge in dieser Richtung verzichte ich, da ich bei der Mehrheit auf kein Entgegenkommen rechnen kann. Ich kann aber die Verantwortung für die Mehrausgaben des Ordinariums für die neue Bespannung nicht übernehmen.

Die sämmtlichen Forderungen werden ohne weitere Debatte nach den Anträgen der Budgetcommission bewilligt.

Die Commission hat auch der beantragten Theilung der obersten Spitze der Marineverwaltung in ein Obercommando und ein Reichsmarineamt zugestimmt, sie hat sich nach dem Referat des Abg. Kalle davon überzeugt, daß das Nebeneinanderfunctioniren der beiden Spitzen sich ohne Reibungen und Störungen vollziehen werde, und daß die Zweitheilung sich auch mit den constitutionellen Verhältnissen des Deutschen Reiches sehr gut vertrage. Die Billigung des Princips der Trennung ist mit 13 gegen 6 Stimmen erfolgt.

Abg. v. Franckenstein erklärt im Namen des Centrums, daß es der Trennung nicht zustimmen werde, weil die Dringlichkeit nicht nachgewiesen sei und die Vorlage auch nicht die Gesammtkosten der Neuorganisation repräsentire, da die Ausgaben für den Neubau des Obercommandos fehlten, der im nächsten Jahre doch nothwendig würde.

Abg. Delbrück (Reichspartei) entgegnet, daß dieser Neubau auch ohne die Scheidung würde nöthig geworden sein. Im Uebrigen widerlegt Redner die Behauptungen, als ob die neue Einrichtung mit derjenigen identisch sei von 1863—70.

Abg. Richter: Die Theilung der Admiralität in ein Obercommando und ein Marineamt lehnen wir grundsätzlich ab, nicht weil wir die Kosten für einen Neubau nicht voraussehen können, sondern weil die Maßregel an sich als schädlich für unsere Marine ansehen. Ich habe im Gegensatz zu dem Vorredner zwischen der neuen und jener älteren Organisation auch in den Commissionsberathungen keinen Unterschied zu erkennen vermocht. Daß das Obercommando eine größere Bedeutung gegenüber dem Marineamt haben soll, würde meine Bedenken nur verstärken. Es würde so eine Instanz geschaffen, die unabhängig vom Reichskanzler dasteht. Wenn die entscheidend Stimme des Obercommandos den Vorredner in Commando-Angelegenheiten beruhigt, so ist zu erwägen, daß eine große Zahl von Fragen gerade Commando-Angelegenheiten und Verwaltungs-Angelegenheiten zugleich sind. Hier werden immer ungelöste Differenzen bleiben und Streitigkeiten nicht zu vermeiden sein. Von einem Grundsatz, daß immer der älteste Offizier der Verwaltung vorstehe, habe ich bisher nichts gewußt. Es wäre dann eher am Platze, diesen Grundsatz abzuschaffen, als auf ihn eine Neuorganisation zu bauen. Die Verhandlungen der Commission haben die Gründe gegen die Theilung bei mir nur verstärkt. Es ist eigenthümlich, daß die ganze Discussion sich darauf beschränkt, nachzuweisen, daß die Neuorganisation keine Nachtheile bringe. Man ändert doch nicht an Dingen, die 18 Jahre lang bestehen, wenn nicht eclatante Vortheile dadurch erwachsen. Es ist beachtenswerth, daß in England die Militärverwaltung geschieden ist in ein Obercommando mit Rücksicht darauf, daß eine Dame Monarchin ist, und in eine Verwaltung, aber in Bezug auf die Marine beides vereinigt ist. Wenn dies bei der größten Marine der Fall ist, so kann man bei uns nicht geltend machen, daß eine Person beide Zweige nicht übersehen könne. Ich habe den Eindruck, daß diese ganze Neuorganisation nicht aus der Sache selbst heraus entstanden ist, sondern daß sie auf bestimmte Personen zugeschnitten ist. Mir ist nicht bekannt, ob es vielleicht auch zulässig sein soll, das Obercommando nach Kiel zu verlegen. Würde es geschehen können, und dann beide Spitzen nicht mehr persönlich zu verkehren im Stande sein, sondern nur noch brieflich, so würden sich die Unzuträglichkeiten verzehnfachen. Unter allen Umständen aber halte ich diese Zweitheilung für die Entwicklung unserer Marine schädlich und stimme deshalb dagegen.

Contre-Admiral Heusner entgegnet diesen Ausführungen mit Bezugnahme auf die schon in der ersten Lesung gegebenen Darlegungen

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Ich habe das Bedürfniß, auch vom Standpunkte des Reichskanzlers und der Reichsverfassung einige Bemerkungen über die Vorlage zu machen. Ehe ich dazu schreite, wende ich mich gegen die Aeußerung des Herrn Freiherrn von Franckenstein, daß diese Sache, wenn sie wirklich eilig und dringend wäre, früher hätte vorgebracht werden müssen und daß sie ebenso eilig, wie heute, am Tage der Vorlegung des Hauptetats gewesen sein müsse. Nun möchte ich den Herrn Abgeorgneten doch bitten, zu erwägen, daß wir im vorigen Jahre hintereinander zwei Thronwechsel, zwei Souveräne gehabt haben, die für die Landarmee ein hohes Interesse, für die Marine vielleicht nicht ganz dasselbe Interesse hatten, wie der jetzt regierende Herr, daß der Letztere doch, als er zur Regierung kam, eine gewisse Zeit gebraucht hat, um seine Ansichten über die weitere Entwickelung der Marine zum Ausreifen zu bringen. Es wird von dem Herrn, namentlich da er in der Lage war, im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens zunächst sich mit den Aufgaben, Reisen und Besuchen, zu beschäftigen, welche diesen Zweck hatten, nicht verlangt werden können, daß er mit der Schnelligkeit eines um Johanni rechtzeitig verwarnten und vermahnten Rathes eines Ministeriums sich schlüssig mache über das, was vorgelegt werden soll. Ich bin überzeugt, daß der Herr Freiherr von Franckenstein, wenn er sich diese Stellung des höchsten Kriegsherrn zur Marine vergegenwärtigt, uns daraus keinen Vorwurf wird machen wollen, daß das, was jetzt vorgelegt wird, nicht schon vor drei oder vier Monaten vorgelegt worden ist. Es war eben nicht fertig; es kann aber nichtsdestoweniger, auch wenn es damals nicht fertig war, doch eilig sein. Ich wünsche ja nicht, daß es eilig werde, es würde aber eilig werden, sobald die Aussichten, die wir jetzt auf die Erhaltung des Friedens haben, sich trüben sollten. So wie es bisher bestanden hat, konnte es doch nur bestehen durch eine große Enthaltsamkeit eines sehr militärfrommen Kanzlers in Bezug auf jede Einmischung in die Dinge. (Heiterkeit.) Es stehen dem Reichskanzler zwei ganz heterogene Behörden gegenüber, die eine, die Commandobehörde, die lediglich in der Hand des Kaisers liegen soll, der in Krieg und Frieden über die Marine soll verfügen können, die andere, die Verwaltung, die finanzielle Behörde, die in erster Linie dem Reichskanzler Rechenschaft schuldig ist, die sich aber nicht rühren kann ohne Bewilligung des Reichstages. Eine Einmischung des Reichskanzlers in das Commando der Armee und Marine halte ich als das sorgfältigst zu Verhütende, weil der Reichskanzler eben vom Reichstage in einer gewissen Abhängigkeit ist, und eine Einmischung des Reichstages in die geltende Macht des Commandos, die größte Gefahr für die staatlichen Verhältnisse bedeuten würde. (Sehr richtig! rechts.) Das werden Sie mir Alle zugeben, und deshalb halte ich die Rechte des Kaisers und die Rechte des Reichstages und der Beamten, die dem Reichstage die Verantwortung schuldig sind, genau von einander getrennt. Der Obercommandirende der Marine soll meines Erachtens ein viel zu hochstehender Soldat, will ich sagen, sein, um mit dem Reichskanzler irgend etwas zu thun zu haben, mit dessen Verantwortlichkeit, mit dessen Verfügung. Hätte ich mich bisher nicht enthalten irgend einer Einmischung in Dinge, die ich wenig oder nur mittelbar verstehe, so wäre es schon bisher nicht gegangen. Ich habe das Bedürfniß, daß meine verfassungsmäßige Pflicht zur Einmischung beschränkt werde auf die Grenzen, innerhalb deren sie von der Verfassung überhaupt nur gemeint sein kann. Die frühere Verschmelzung beider Stellen war ja möglich, weil unsere Marine unfertig war, klein und unbedeutend; sie wurde eben so mit durchgerissen. Wenn sie heut zu Tage so stark wird, wie sie nach unseren Bedürfnissen defensiver und expensiver Natur sein muß, so wird sie meines Erachtens, wie das der Herr Vorredner von der Regierungsseite schon bemerkte, die volle Kraft eines ganzen Mannes absorbiren. Der die Marine zu commandiren hat, wird gar nicht Zeit haben, sich um die Verwaltung und um seine Verantwortlichkeit dem Reichskanzler gegenüber irgendwie zu bekümmern, und wenn er sich die Zeit dazu nehmen wollte, nun, so würde er sein Commando vernachläßigen. Ich halte das bisherige Verhältniß für gerade so unnatürlich, wie es sein würde, wenn der dem preußischen Landtage und indirect dem Reichskanzler und dem Reichstage verantwortliche Kriegsminister zugleich commandirender General von einem oder mehreren Corps sein würde. Würden Sie das nicht, nicht nur militärisch, sondern auch vom Standpunkte des Laien und Civilisten als eine ungeheuerliche Abnormität betrachten? Diese ungeheuerliche Abnormität habe ich zehn Jahre und ich weiß nicht länger, mühsam durchgeschleppt, und nur durch meine Bescheidenheit in der Einmischung. Setzen Sie an meine Stelle einen herrschsüchtigen Kanzler, der ich nicht zu sein glaube (Heiterkeit), so wird das nicht mehr gehen. Deshalb halte ich von meinem, wie ich glaube, in der Verfassung begründeten Standpunkt die Trennung des Commandos von der Verwaltung für unabweislich, und ich glaube, Sie selbst, wenn Sie die Rechte, die Ihnen zustehen, auf die Verwaltung streng ausüben wollen, müssen Sie den illegitimen außerverfassungsmäßigen Einfluß, den das Commando unter Umständen durch sein Gewicht, durch seine Macht auch dem verantwortlichen Reichskanzler gegenüber üben kann, gerhorresciren und vermeiden. Sie müssen in Ihrem Interesse, meines Erachtens, die strenge Scheidung von Verwaltung und Reichstag und vom kaiserlichen Militärcommando verlangen. Ich würde es lebhaft bedauern, wenn die Entscheidung über diese Frage aufgeschoben oder die Vorlage abgelehnt würde. Ich würde mir nur dadurch helfen können, daß ich dieselbe Enthaltsamkeit, wie ich sie bisher geübt habe, auch fortfahre, zu üben, das heißt, mich auf die Stellvertretung, die ich ja auch in der Marine habe, absolut verlasse und die Verantwortung meinerseits darüber ablehne. Ich bin vollkommen in der Berechtigung, sie abzulehnen, sobald ich vertreten bin. Ich mache von dieser Berechtigung sehr selten Gebrauch. Ich decke gern auch meine Vertreter mit meiner Verantwortlichkeit, aber wenn ich mich in der Lage befinde, daß mir für etwas, was ich in Uebereinstimmung mit der Verfassung für unabweislich halte, zur Entlastung meiner Verantwortlichkeit, zur Beschränkung derselben auf das ihr verfassungsmässig zugewiesene Gebiet, wenn ich dafür nicht die Unterstützung des Reichstages haben sollte, dann muß ich mich eben einfach auf die Thatsache der Stellvertretung zurückziehen und abwarten, wie es geht. In weiterer friedlicher Entwicklung wird es ja gehen, aber schlecht, zum großen Nachtheil für die Marine, in welcher die Eintheilung und Einrichtung noch ein Jahr lang ein Provisorum bleibt, wie der Herr Admiral vorher schon seinerseits bemerkte. Daß das für die Entwicklung der Streitbarkeit und die Freudigkeit im Dienst der Marine nicht nützlich ist, werden Sie selbst zugeben. Das ist aber ein minimaler Grund. Der Hauptgrund für mich ist: Als Reichskanzler fordere ich im Namen der Verfassung die Trennung; sie ist verfassungsmäßig vorgeschrieben. Ich habe keine Verantwortung für das Commando und ich kann den Herrn, der das Ganze commandirt und verwaltet, nicht in die Theile von ein und dreiviertel theilen, von dem das eine Viertel mir gehört und ihm drei Viertel unabhängig von meiner Amtsführung. (Bravo rechts.)

Abg. von Kardorff: Die Frage der Trennung von Commando und Verwaltung ist nicht erst jetzt in den Reichstag hineingeschneit, sondern steht schon lange auf der Tagesordnung. Man kann solchen Neuorganisationen widersprechen, wenn sie sehr große Kosten verursachen, aber die Kosten werden in einem Jahre erspart werden können durch die zweckmäßigere Verwaltung. Wenn wir das Recht des Reichstages wahren wollen, wenn wir Kosten ersparen wollen, dann müssen wir die Theilung hinnehmen, die im Mobilmachungsfall doch sofort eintreten muß.

Abg. Miquel: Es handelt sich hier um eine Zweckmäßigkeits- und nicht um eine grundsätzliche Frage. Von dem Standpunkt der finanziellen Rücksichten haben wir an einer solchen selbstständigen Behörde schon ein besonderes Interesse. Die geschäftliche Nothwendigkeit einer solchen Organisation können wir nur schwer beurtheilen. Wir müssen daher den Gründen der Regierung vertrauen, wenn wir nicht das Gegentheil beweisen können. Die constitutionelle Seite, welche der Reichskanzler hier vorgetragen hat, ist auch für uns von Bedeutung.

Abg. v. Frankenstein: Nach der Erklärung des Herrn Reichskanzlers über die Dringlichkeit der Forderung werden wir für die Forderung stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Helldorff spricht seine Freude über die Erklärung der Centrumsführers aus und erklärt, daß seine Freunde einstimmig für die Forderung eintreten werden.

Abg. Richter: Die Zweckmäßigkeitsfrage wird vom Reichskanzler jetzt schon als eine Verfassungsfrage behandelt. Wir vertreten doch keinen besonderen Standpunkt. Als der Abg. v. Ohlen und Adlerskron die Theilung beantragte, wurde sie einstimmig abgelehnt. Herr v. Stosch und Viceadmiral Batsch haben sich gegen die Theilung ausgesprochen. Woher die plötzliche Erkenntniß gekommen ist, erkläre ich mir daraus, daß der Reichskanzler sich auf die Autorität Seiner Majestät des Kaisers bezogen hat. Wäre diese Autorität allein bestimmend, dann brauchten wir überhaupt nicht den Reichstag. Ein besonderer Obercommandeur für das Heer unter Seiner Maiestät dem Kaiser besteht nicht, wozu soll er bei der Marine geschaffen werden? Aus der Organisation zweier Behörden, von denen die eine in Kiel, die andere in Berlin stationirt wird, werden nur Reibungen entstehen.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Der Herr Abg. Richter hat mit einer gewissen Uebertreibung gesagt, wenn die Ansichten Sr. Majestät des Kaisers hier maßgebend sein sollten, dann brauchten wir keinen Reichstag. Das ist so eine parlamentarische Rede, die sich auf der Seite extremer Parteien sehr leicht einfindet. Ich könnte darauf gerade so gut erwidern: Wenn der Reichstag allein entscheiden sollte, dann brauchten wir gar keinen Kaiser. (Sehr richtig! rechts.) Es ist doch aber wünschenswerth, daß die Ansichten des Kaisers, des Höchstcommandirenden über unsere Kriegsmacht zu Lande und zur See, Beachtung bei uns finden. Ich habe sie nur citirt als Erklärung für die Auffälligkeit der Verspätung dieser Vorlage, die Freiherr von Franckenstein berührte. Ich kann ja keine Vorlage bei Ihnen einbringen, ohne die Mitwirkung Sr. Majestät des Kaisers; ich brauche seine Ermächtigung, seine Unterschrift. Also der Herr Abg. Richter unterschätzt die Autorität des Kaisers im Reich doch ganz erheblich, wenn er das Erwähnen, das Rücksichtnehmen auf Wünsche, auf Stimmungen des Kaisers, auf das stärkere Interesse dieses Kaisers für die Marine als das seiner beiden Vorgänger tadelt. Das Interesse wechselt ja, und wir können uns freuen, einen Herrn zu haben, der der Marine ein lebhafteres Interesse zuwendet als seine Vorgänger, die jung waren in der Zeit, wo wir überhaupt noch keine Marine hatten. Nehmen wir das dankbar an; wenigstens glaube ich, daß alle unsere Seeanwohner es dankbar annehmen. Nachher hat der Abgeordnete Richter gesagt, das Heer habe ja gar kein Obercommando, warum solle die Marine eins haben. Nun, das Landheer hat — ich weiß nicht, sind es fünfzehn oder sechszehn Obercommandos, die alle unter dem Kaiser direct stehen, von denen aber keines einen Antheil an der Verwaltung an den Geschäften des Kriegsministeriums beansprucht. Es sind das die commandirenden Generale. Wenn der Abgeordnete die Acten in demselben Umfange kennt, wie ich — ich weiß nicht, ob sie schon publici juris geworden sind — so wird er daraus entnommen haben, daß dem Obercommando der Marine die Attribution eines commandirenden Generals verliehen werden sollen. Das Obercommando der Regierung ist also gewissermaßen ein siebzehnter commandirender General unter dem Namen Marineobercommando. Die Distinction, daß die Kriegsmacht zur See eine besondere Bezeichnung eines commandirenden Generals, der unmittelbar unter dem Kaiser steht haben soll, können Sie ihr doch wohl lassen, und darüber brauchen wir doch wohl nicht hier weiter zu discutiren. Es ist das eine, ich möchte sagen, Titelfrage. Die Intention Seiner Majestät, so viel ich mich erinnere, ist keineswegs, das ein Ober-Commando zu nennen, sondern den Commandirenden der Marine den commandirenden Admiral zu nennen, gerade so wie der Befehlshaber eines Corps zu Lande der commandirende General heißt. Wir wünschen also nur die analogen und Jahrelang erprobten Einrichtungen, wie sie im Landheer sind, daß die Trennung der Marine in Commando und Verwaltung, die Scheidung, nun ich will nicht sagen von Tisch, aber doch von Bett zwischen beiden vollzogen wird (Heiterkeit), damit dem Kaiser gegeben werde, was des Kaisers ist, das Commando, und dem Reichstag gegeben werde, aber auch voll gegeben werde, was des Reichstags ist, damit Beide nicht mehr promiscue existiren. Ich glaube es ist ein wohl berechtigter und ververfassungsmäßiger Anspruch, den die verbündeten Regierungen damit erheben. (Bravo rechts.)

Dem Antrage der Budgetcommission entsprechend wird die Vorlage genehmigt, ebenso die übrigen Nachforderungen für den Etat der Marineverwaltung und für die anderen Specialetats ohne Debatte.

Die Vorlage wegen Aenderung des Vereinszollgesetzes wird ohne Debatte in dritter Berathung genehmigt.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Aufhebung des Reinigungszwanges für Branntwein.

Abg. Miquel bittet die Regierung um Aufklärung darüber, ob die Untersuchungen nach einem zweckmäßigen Reinigungsverfahren eingestellt werden sollen, oder ob man weitere Versuche anstellen wird, namentlich auch um eine anderweite Verfälschung und Verschlechterung des Trinkbranntweins zu verhindern.

Staatssecretär v. Bötticher: Die Untersuchungen werden nicht eingestellt, sondern eifrig fortgeführt werden.

Abg. Graf Mirbach (cons.) weist darauf hin, daß die Vorsichtsmaßregeln an anderer Stelle angebracht werden müßten, ehe der Branntwein in den Consum kommt. Das Nahrungsmittelgesetz ist dafür der geeignete Weg.

Abg. Witte führt aus, daß dazu eine eingreifende Aenderung des Nahrungsmittelgesetzes nothwendig sei.

Die Vorlage wird angenommen.

Schluß 4¾ Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Dritte Berathung des Nachtragsetats, zweite Berathung des Genossenschaftsgesetzes).

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* **Berlin**, 21. März. Der Kaiser erhielt die Depesche von der Geburt des Sohnes des Prinzen Heinrich während der Besichtigung der Offizierdienstpferde in der Reitbahn der Gardehusaren in Potsdam. Er ließ sich sofort mit seinem Bruder telephonisch verbinden, um ihm zu gratuliren.

Aus Kiel, 20. März, wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Um 10½ Uhr wurde die Prinzessin Heinrich von einem gesunden Knaben glücklich entbunden. Uebrigens hatte Prof. Bärth, Director der Geburts- und gynäkologischen Klinik auch das erforderliche Hilfspersonal gestellt, so daß alle Notizen über englische Geburtshelferinnen sich als Mythen herausgestellt haben. Das unmittelbar vor dem königlichen Schlosse liegende Panzerschiff „Bayern" gab um 11 Uhr den Salut von 72 Schüssen. Bis zum 36. Schuß wurde in der Wasser-Allee und am Hafen genau gezählt; erst der 37. Schuß gab den Harrenden die Gewißheit, daß der Kieler Hohenzoller ein Prinz sei. Die Theilnahme an dem freudigen Ereigniß ist allgemein; der Salut von dem Panzerschiffe „Bayern" war das Signal zum Beflaggen der Häuser, Werften und Schiffe. — Die Anwesenheit der Kaiserin Friedrich auf dem Kieler Schlosse dürfte sich weiter in den Frühling hinein erstrecken, als Anfangs erwartet wurde; verschiedene Anzeichen lassen auf eine Verlängerung des Aufenthalts schließen. Die Kaiserin und die Prinzessinnen scheinen sich in der Ostseestadt sehr wohl zu fühlen, sie bewegen sich öffentlich ohne jeden Zwang und haben an dem einfachen, geistiger Anregungen nicht entbehrenden Leben der Mittelstadt offenbares Gefallen. Die Kaiserin schenkt auch hier den Anstalten, welche für die Pflege und Erleichterung der Kranken und Beladenen errichtet sind, ihre Theilnahme. — Ueber den russischen Besuch bestehen bisher nur Vermuthungen. Sollte die Kaiserbegegnung hier stattfinden, so wird das kaum vor Ende August geschehen; früher wird auch der Besuch der russischen Flotte nicht erwartet. Es scheint auch noch nicht festzustehen, ob ein russisches Uebungsgeschwader oder nur, wie sonst üblich, einige Panzer die kaiserlichen Yachten begleiten werden.

Die Nachricht, daß der Prinz von Wales eine Einladung zum Besuche des hiesigen Hofes angenommen habe und zu Ostern hierher kommen werde, wird von der „Rheinisch-westfälischen Zeitung" für unrichtig erklärt. Am hiesigen Hofe sei weder von einer solchen Einladung, noch von dem nahe bevorstehenden Besuche des Prinzen von Wales etwas bekannt, es werde in hiesigen Hofkreisen auch nicht für wahrscheinlich gehalten, daß der Prinz von Wales hierher kommen werde, bevor der Kaiser England besucht habe.

Bei dem Empfang Schorlemers durch den Kaiser sagte dieser, wie Schorlemer Sonntag in einer Versammlung des „Westfälischen Bauernvereins" berichtete, er erkenne die nutzbringende Thätigkeit des Vereins an und sehe ein, wie wichtig es sei, den Bauernstand in Kraft zu erhalten, der die sicherste Stütze für Thron und Vaterland bilde.

* **Berlin**, 21. März. Einer aus angeblich gut unterrichteter russischen Quelle stammenden Meldung zufolge ist ein Besuch des neuen Königs von Serbien beim Zaren in Aussicht genommen. Die Begegnung dürfte in der Krim stattfinden. Es heißt, König Alexander werde, wenn er den russischen Hof besucht, von seiner Mutter begleitet sein.

Die „Börsen-Zeitung" meldet, gestern, spät Abends, habe sich Graf Herbert Bismarck nach London begeben. Dadurch gewinnen die Nachrichten, daß es sich um ein Bündniß zwischen England und Deutschland handle, bezüglich dessen noch einige divergirende Anschauungen durch persönliche Aussprache ausgeglichen werden sollen, an Wahrscheinlichkeit.

* **Berlin**, 21. März. Die Nachrichten aus Ostafrika lauten etwas günstiger. Der Aufstand macht ersichtlich keine Fortschritte. Es können sogar in den von den Rebellen besetzten Häfen seitens der von der Ostafrikanischen Gesellschaft eingesetzten Araber noch Zölle erhoben werden, welche an den Sultan abgeführt werden.

* **Berlin**, 21. März. Gestern erledigte die Commission des Abgeordnetenhauses die für Verhütung von Wildschäden eingebrachten Anträge durch unveränderte Annahme der Vorschläge der Nationalliberalen. Nach diesen soll Schwarzwild nur innerhalb fester Vergatterungen gehegt werden dürfen und außerhalb derselben für die Jagdberechtigten und Besitzer resp. Pächter der bezüglichen Grundstücke Gegenstand des freien Thierfangs sein. Ferner soll die Aufsichtsbehörde berechtigt sein, Anordnungen zur Vertilgung von Raubvögeln zu treffen und im Interesse der Fischzucht, sowie für Weinberge, Baumschulen u. s. w. bei Schädigungen besondere Abschlußerlaubniß zu ertheilen. Endlich wurde die Competenzfrage geregelt.

In der gestern Abend abgehaltenen Sitzung der Unterrichtscommission des Abgeordnetenhauses stand der Antrag der deutschfreisinnigen Partei bezüglich des Anfangs und Endes der Schulpflicht auf der Tagesordnung. Referenten waren die Abgeordneten Schmelzer (natlib.) und Dr. Kropatschek (cons.). Nach sehr eingehender Debatte einigte sich die Commission zu dem einstimmigen Beschluß, die kgl. Staatsregierung zu ersuchen, die Schulpflicht für die preußischen Schulen durch Gesetz gleichmäßig zu regeln, mit der Maßgabe, daß als Anfang das 6., als Ende das 14. Jahr bestimmt würde, und mit der Befugniß für die Schulbehörden, aus persönlichen und localen Gründen die Termine hinauszuschieben.

Nach der Annahme des Nachtragsetats begab sich der Reichskanzler in den Saal hinab und unterhielt sich einige Zeit mit Franckenstein, später mit Bennigsen, wechselte einige herzliche Worte mit Moltke und verließ dann das Haus.

Ein neues Werk von Poschinger wird im „Buchhändler-Börsen-Blatt" angekündigt. Es führt den Titel: „Fürst Bismarck als Volkswirth". Der erste Band soll bis zur Uebernahme des Handelsministeriums durch den Fürsten Bismarck reichen; der zweite, das Werk abschließende Band soll im Herbst erscheinen.

Für heute waren die Redacteure der „Volks-Zeitung", Holdheim und Oldenburg, als Zeugen, zum 27. ds. Mehring erneut zur Vernehmung wegen Majestätsbeleidigung vorgeladen. Beide Termine sind indeß aufgehoben.

** **Berlin**, 21. März. Nachdem gestern auch die „Zukunft" mit Beschlag belegt und unterdrückt worden, läßt der Verlag der „Volks-Zeitung" heute ein bloßes Anzeigeblatt, „Die Arbeit", erscheinen.

* **Berlin**, 21. März. Das „Kleine Journal" erklärt, im Gegensatz zu allen widersprechenden Meldungen, in der Lage zu sein, mitzutheilen, daß der commandirende General des 1. Armeecorps, von Kleist, in der That seinen Abschied eingereicht habe. Es ist daher höchst wahrscheinlich, daß der jetzige Kriegsminister, Bronsart von Schellendorff, das 1. Armeecorps erhalten werde.

Der Reichstagsabgeordnete Websky theilt mit, nicht er, sondern sein geadelter Bruder, sei Gutsnachbar Moltkes, und habe an dem neulichen Moltke-Diner theilgenommen.

* **Berlin**, 21. März. Eine Pferdeausstellung in Berlin wird, wie die „Sportswelt" schreibt, im Jahre 1890 vom Unionclub veranstaltet werden, und zwar dürfte dieselbe in einem Rahmen sich bewegen, wie es bisher in Deutschland noch nicht der Fall war. Das Ausstellungsgebäude soll in der Nähe des Stadtbahnhofs „Zoologischer Garten" errichtet und die Bogen der Stadtbahn zur Aufnahme der Pferde hergerichtet werden. Die Berliner Ausstellung dürfte in die Zeit der Sommerrennen fallen.

Aus München erfährt das „Berl. Tgbl.", daß die sensationellen Mittheilungen eines Berliner Lokalcorrespondenten über drei beabsichtigte Ehescheidungen in Münchener Künstlerkreisen — als die be-

treffenden Künstler werden Lenbach, Gabriel Max und Piglheim genannt — vollständig aus der Luft gegriffen sind.

* **Berlin**, 21. März. Der Kreisphysicus Blumenthal-Militsch ist aus dem Kreise Militsch in gleicher Eigenschaft nach Insterburg versetzt.

An Stelle des zum Director der Antikensammlung des königlichen Museums in Berlin berufenen Professors Kekulé schlug die Bonner philosophische Facultät den Generaldirector der königlichen Museen, Geh. Rath Dr. Schöne, dem Cultusminister zur Berufung vor.

⁂ **Berlin**, 21. März. Gestern hielt der unter dem Protectorate der Kaiserin Friedrich stehende Lette-Verein seine 23. Jahresversammlung. Auch im abgelaufenen Jahre hat er zahlreiche Zuwendungen erhalten. Die Haushaltungsschule, die Handelsschule und die übrigen Lehranstalten des Vereins weisen eine stetige Zunahme der Schülerinnen auf.

Der Verein Berliner Wohnungsmiether hat an den Magistrat eine Petition um Ueberlassung städtischen Terrains zum Selbstkostenpreise behufs Erbauung billiger Wohnhäuser gerichtet. Der Magistrat hat darauf erwidert, daß er bestimmt formulirten Anträgen entgegensehe.

O. **Posen**, 21. März. Die Warthe ist seit gestern um 20 Centimeter gestiegen. Auch aus Podgorzelice wird Steigen des Wassers gemeldet.

!! **Wien**, 21. März. Bei den heutigen Gemeindewahlen im zweiten Wahlkörper behaupteten die Liberalen von zwölf Mandaten sieben, die Antisemiten errangen drei neue Mandate und behaupteten eines. Für ein Mandat ist Stichwahl erforderlich. Der überraschendste Wahlausfall ist der der inneren Stadt, wo der antisemitisch-clericale Candidat, Obermeßner bei St. Stephan, infolge unverzeihlicher Lässigkeit der Liberalen siegte. 1400 Wähler fehlten bei der Wahl.

Der Hofschauspieler Notel, dem in Folge einer Hühneraugen-Operation erst ein Zehen, dann der Fuß amputirt worden, ist heute gestorben.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 21. März. Der „Nordd. Allg. Ztg." zufolge legt in der nächsten Woche der Hofhalt der Kaiserin Augusta die tiefe Trauer ab und beginnt die Halbtrauer. — Montags reisen die badischen Herrschaften nach Karlsruhe, sodann nach Stockholm ab, woselbst die Kronprinzessin ihrer Entbindung entgegensieht. — Der Botschafter Schuwalow ist nach Petersburg gereist, woselbst Peter Schuwalow hoffnungslos krank darniederliegt.

Berlin, 21. März. Der Kreuzzeitung zufolge befahl der Kaiser zu dem morgigen Geburtstage des Kaisers Wilhelm I., daß die Offiziere bis 9 Uhr Abends Helm, Waffenrock und Achselstücke, die Mannschaften den Ordonnanzanzug anlegen. — Die Hoftheater bleiben geschlossen.

Kiel, 21. März. Prinz Heinrich ließ dem Bürgermeister Fuß seine Freude ausdrücken für die manchen äußeren Zeichen, besonders für den reichen Flaggenschmuck, worin er die Theilnahme der Bevölkerung an dem gestrigen freudigen Ereignisse erkenne.

Hamburg, 21. März. Der „Hamburgischen Börsenhalle" zufolge fischte der heute angekommene Dampfer „Armin" nordwestlich Helgoland einen sehr großen neuen Luftballon ohne Gondel und Netzwerk auf. Derselbe scheint französischen Ursprungs zu sein.

Wien, 21. März. Abgeordnetenhaus. Die Debatte des Unterrichtsbudgets drehte sich hauptsächlich um die Frage der confessionellen Schule. Der Generalredner der Linken, Beer, trat entschieden für die neue Schule ein. Der Generalredner der Rechten, Klun, trat für die dringende Nothwendigkeit einer Reform des Schulwesens ein. — Die „Polit. Correspondenz" meldet aus Belgrad: Die Wittwe des Fürsten Michael Obrenovic beglückwünschte Ristic telegraphisch zu seiner zweiten Regentschaftsära. — Der Professor der Akademie der bildenden Künste August v. Pettenkofen ist gestorben.

Bern, 21. März. Der Bundesrath beschloß, das nach Tessin entsandte Infanterie-Bataillon 68 am 28. März durch die Bataillone 67 und 69 abzulösen; dieselben haben sich dem eidgenössischen Commissar zur Verfügung zu stellen und daneben soweit als möglich den auf dieses Jahr fallenden Regiments-Wiederholungscursus durchzumachen.

London, 21. März. Dem Parlamente ist ein umfangreiches meist Bekanntes enthaltendes Blaubuch über Samoa zugegangen. In der Depesche an Malet vom 16. Februar erläutert Salisbury die Behauptung Bismarcks, Großbritannien und Deutschland gingen betreffs Samoas Hand in Hand, dahin, daß zwar die beiderseitigen Ansichten betreffs der in Kraft zu setzenden Abmachung für die künftige Verwaltung übereinstimmten, daß aber bei dem gegenwärtigen Conflict zwischen der deutschen Regierung und Theilen der Einwohner nicht gesagt werden könnte, England stehe auf Seiten Deutschlands. England halte gänzlich die neutrale Haltung aufrecht und wäre an einer Action Deutschlands weder interessirt noch dafür verantwortlich.

Sebastopol, 21. März. Der Mönch Paissi behauptet, der Zwischenfall in Sagallo sei nicht durch italienische Intriguen verursacht, vielmehr wirkten die französischen Mönche in Obok der orthodoxen Propaganda entgegen. Es gelang ihnen endlich, die russische Mission zu vertreiben. Paissi behauptet ferner, Atschinow habe keine überflüssigen Waffen besessen, er habe Mangel daran gehabt; die Franzosen hätten kein Recht auf Sagallo, sie hätten Atschinow von ihrer Absicht, auf die Russen zu feuern, nicht in Kenntniß gesetzt. Der erste Schuß sei des Nachts gefallen, als Alles schlief.

Belgrad, 21. März. Gegenüber den Gerüchten von Abmachungen Milans mit der Regentschaft betreffs der auswärtigen Politik Serbiens wird competenterseits versichert, die Gerüchte seien sehr unbegründet. Die Regentschaft konnte schon deshalb nicht solche Verpflichtungen übernehmen, weil sie auf streng constitutionellem Boden stehe und deshalb nicht Verpflichtungen eingehen könne, welche ausschließlich dem Wirkungskreise der verantwortlichen Regierung angehören.

Wasserstands-Telegramme.

Neisse, 21. März, 4 Uhr Nachm. U.-P. 2,30 m. Fällt.
Brieg, 21. März, 3 Uhr Nachm. O.-P. 5,34, U.-P. 3,52 m. Steigt.
Steinau a. O., 21. März, 3 Uhr Nachm. U.-P. 2,82 m.

Handels-Zeitung.

* **Gegen die Syndicate.** Aus dem Ruhrkohlenbezirke wird der „K. Ztg." geschrieben: Angesichts der Preisvereinigungen der Zechen macht sich unter den Kohlengrosshändlern, deren Hauptabsatzgebiet sich nach Holland erstreckt, eine Bewegung geltend, um eine Einigung unter sich, ähnlich den bestehenden Zechenvereinigungen, herbeizuführen und durch ein gemeinsames und möglichst übereinstimmendes Vorgehen die Interessen des Kohlenhandels nach Holland zu schützen.

A—z. **Submissionsnotizen.** Auf Lieferung von 21 000 kg Eisendraht zum Binden von Senkfaschinen für die Elbstrombau-Verwaltung Magdeburg blieb die Oberschles. Eisen- und Draht-Industrie-Gesellschaft Gleiwitz mit 16,90 M. per 100 kg frei Bauhof Magdeburg Mindestfordernde. Die ausserdem betheiligten Händler und Fabriken verlangten 17,50—21,50 M. — Bei einer Submission auf 10 920 kg gusseiserne Muffenröhren zu Wasserleitungsanlagen auf dem Stettiner Bahnhofe in Berlin, ausgeschrieben von dem Eisenbahn-Bauinspector Bathmann dort, waren Mindestfordernde: der Schalker Gruben- und Hütten-Verein mit 1037,40 M., nächstdem das königl. Hüttenamt Gleiwitz und G. Bruns-Güstefeld, Berlin, mit dem gleichen Angebote von 1201,20 M. Von schlesischen Werken offerirten noch: das Eisenhütten- und Emaillirwerk Neusalz a. O. zu 1255,80 M., die Wilhelmshütte in Eulau zu 1283,10 M. und die Marienhütte bei Kotzenau zu 1375,92 M.

* **Coursnotirung in Hamburg.** Vom 1. April ab werden, nach einer Meldung der „Nat.-Z.", in Hamburg die Course mit Decimal-Bruch officiell zur Notirung gelangen.

* **Zahlungseinstellung.** Der Londoner Papiermarkt wurde gestern durch ein völlig unerwartetes Ereigniss in nicht geringe Aufregung versetzt. Spalding u. Hodge haben ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiva belaufen sich auf 500 000 Pfd. Sterling, während die Activa 423 000 Pfd. Sterling betragen. Die Firma galt als eine der bedeutendsten in der Papierbranche, besitzt drei Papierfabriken in England und hat in London vier Filialen. Wie verlautet, dürfte ein Moratorium zu Stande kommen und der Betrieb sofort unter einem vom Gläubiger-Ausschuss ernannten Leiter fortgesetzt werden. Es sind noch viele Lieferungscontracte für die Regierung auszuführen, die gestrichen werden würden, wenn die Firma in Concurs geriethe.

Ausweise.

Paris, 21. März. [Bankausweis.] Baarvorrath, Zunahme Gold 1 014 000, Zun. Silber 4 116 000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen Zun. 127 020 000, Gesammtvorschüsse Abn. 2 206 000, Notenumlauf Zun. 15 450 000, Guthaben des Staatsschatzes Zun. 4 272 000, Laufende Rechn. der Privaten Zun. 96 109 000.

London, 21. März. [Bankausweis.] Totalreserve 15 459 000, Notenumlauf 23 095 000, Baarvorrath 22 355 000, Portefeuille 24 031 000, Guthaben der Privaten 23 822 000, Guthaben des Staatsschatzes 12 577 000, Notenreserve 14 220 000 Pfd. Sterl.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 21. März. **Neueste Handelsnachrichten.** Geld zeigte sich heute flüssiger. Das Prolongationsgeschäft bewegte sich in den ersten Anfängen, und bedang Geld für Ultimobedarf ca. 3 pCt. — Vorgeschlagene Dividenden: Keyling und Thomas 7¼ pCt. — Die Laurahütte hat die Erlaubniss erhalten, die Geschäfte ihres Filialwerkes in Polen fortzusetzen. — Der Abschluss der Deutschen Bank findet an der Börse eine durchaus günstige Aufnahme. Wenn der heutige Cours der Actien dies nicht zum Ausdruck bringt, sind lediglich allgemeine Börsenverhältnisse Schuld, die vorübergehend für alle Bankactien Verkaufs- und Realisationslust freimachten. In dem Abschluss sind übrigens verschiedene nutzbringende Geschäfte der Bank nicht berücksichtigt, sondern mit dem Gewinn auf das Jahr 1889 übertragen, so die 4½procentige innere argentinische Anleihe, die 5procentige türkische Administrationsanleihe und der Nutzen aus der deutschen überseeischen Bank. Die Gewinne aus diesen Unternehmungen bilden somit eine weitere Reserve oder einen weiteren Gewinn-Vortrag im Anschlusse an die aussergewöhnlich grossen Summen, welche in ähnlicher Weise bereits zurückgestellt sind. — Die „Hamburger Börsenhalle" bringt die Nachricht, dass die lange andauernden Verhandlungen mit der spanischen Regierung endlich einen Deutschland günstigen Abschluss gefunden haben. An dem gesetzlich bestehenden Eingangszoll für Alkohol war nicht zu rütteln, dagegen soll die Consumabgabe auf deutschen Sprit im Inlande von 75 auf 25 Pesetas ermässigt werden, wovon man sich naturgemäss eine wesentliche Steigerung des Verbrauchs verspricht. Gleichzeitig wird allerdings auch gemeldet, dass im Inlande aus Kartoffeln, Mais und so weiter hergestellter Alkohol die in Frage stehende Verbrauchsabgabe zu zahlen habe, Weinsprit dagegen nicht. Letzterer Umstand dürfte somit wieder dem Mehrconsum des eingeführten Sprits ein fühlbares Paroli biegen. — Die Commission der an dem Verein für den Kaffeehandel betheiligten Hamburger Firmen, welche behufs Begutachtung des Regulativs der Liquidationskasse eingesetzt war, schlägt eine Aenderung der Bestimmungen über die Qualität des good average lieferbaren Kaffees und die Höhe der hierbei zu zahlenden Vergütung vor. Danach sollen afrikanische, Bahia, Original, Tahiti, sowie ungewaschener Kaffee aller Art, superior Santos nicht lieferbar sein. Die Vergütung soll von 6000 M. auf 1000 M. herabgesetzt werden. — Bei dem gegenwärtigen Kündigungsmodus an der Productenbörse haben sich mannigfache Unzulänglichkeiten herausgestellt, deren Beseitigung angestrebt wird. Zu diesem Zwecke waren seitens einer von der ständigen Deputation eingesetzten Untercommission unter Hinzuziehung von Interessenten aller Branchen Verhandlungen geführt worden, welche sich zu der Frage zuspitzten: Kann eine Abänderung des Kündigungsreglements ohne gleichzeitige Abänderung des Schlussscheins erfolgen? Diese Frage hat die ständige Deputation der Productenbörse in heutiger Sitzung mit grosser Majorität insofern bejaht, als durch die betreffenden Aenderungen die fundamentalen Bestimmungen der Schlussscheine nicht berührt werden dürfen. — Für die Berlinische Feuerversicherung werden 176 Mark Dividende vorgeschlagen.

s. **Berlin**, 21. März. Eine Gruppe von Gross-Actionären der Weimarischen Bank und der Vereinsbank stellte heute für die ordentlichen Generalversammlungen beider Banken den Antrag auf Fusion derselben. Es wurde gleichzeitig beantragt, das Grundcapital der Weimarischen Bank um den Betrag von 2 000 000 M. zu erhöhen und den Actionären der Vereinsbank für je 1000 M. ihrer Actien den gleichen Betrag in den neu auszugebenden Actien der Weimarischen Bank zum Umtausch anzubieten.

Wien, 21. März. [Creditbilanz.] Activa: Effecten 2 185 375, Portefeuille 22 552 166, Cassabestände 6 075 227, Vorschüsse auf Effecten 24 759 266, auf Waaren (Brünn) 2430, Inventar 53 560, Realitäten 2 904 408, Waaren 2013, Debitoren 86 572 662, Gesammtsumme der Activen 145 107 108. Passiva: Actiencapital 40 000 000, rückständige Dividenden aus 1883—1888 14 977, Accepte 7 527 361, Reservefond-Conto 5 342 590, verzinsliche Einlagen 7 918 908, Creditoren 60 803 835, Gewinn per Saldo 4 318 430, Gesammtsumme der Passiven 145 107 108. Gewinn- und Verlustconto: Gehalte 970 096, Spesenconto 391 059, Abschreibung von Inventar 6049, Steuerconto, Stempel, Gebühren 430 542, Pensionsfondsbeitrag 35 000, Verluste an Forderungen, abzüglich nachträglicher Eingänge 78 861, Gewinn 4 318 430, Totale 6 230 037. Gewinn an Effecten 1 004 261, an Consortialgeschäften 440 846, Zinsenconti auf Effecten 722 792, auf Vorschüsse für Effecten 786 600, auf Vorschüsse für Waaren 2851, auf escomptirte Wechsel 1 140 784, im Contocorrent 481 093, Summe der Zinsenconti 3 134 120, ab Zinsen für Depositen 230 948, bleibt 2 903 172. Bankprovision 737 834, Waarenprovision 245 113, Miethzinserträgniss 28 662, Devisenconti 430 613, Waarenconto 11 220, Antheil am Gewinn der Ungarischen Creditbank 193 839, verfallene Dividenden 1155, Gewinnvortrag aus 1887 233 323, Totale 6 230 037.

Berlin, 21. März. **Fondsbörse.** Die Aufmerksamkeit der heutigen Börse concentrirte sich zunächst auf die gestern publicirten Abschlussziffern der Dortmunder Union. Da in denselben einzelne Momente vorhanden sind, die auf die Besitzer von Stamm-Prioritäten entmuthigend wirken mussten, nahm der Montanmarkt beim Beginn des Geschäftes ein ziemlich unfreundliches Gepräge an. Die übrigen Verkehrsgebiete hatten indess wenig zu leiden, da sich herausstellte, dass die Contremine sich aus Anlass der jüngsten Vorgänge in Paris ziemlich umfangreich engagirt hat und daher bei der herannahenden Ultimo-Regulirung entsprechendes Deckungsbedürfniss zu gewärtigen ist. Von Banken Deutsche Bankactien in Folge des günstigen Abschlusses favorisirt; Credit ultimo 163,90—163,75—164,10, Nachbörse 164 (+ 0,25), Commandit 241,80—241,40—241,60, Nachbörse 242,10 (+ 0,70). Bahnenmarkt durchgängig fest; Franzosen, Elbethal, Lombarden, Mecklenburger höher. Prioritäten gut behauptet. Rentenmarkt gebessert; 1880er Russen 90,75—91, Nachbörse 91 (+ 0,25), 1884er Russen 102,50, Nachbörse 102,50, Ungarn 85,20, Nachbörse 85,40, Russische Noten 217,25—217,50, Nachbörse 217,50 (+ 0,50), Türkische Administrations-Anleihe gesucht. Inländische Anlagewerthe unbelebt. Fremde Wechsel still. Prämiengeschäft unbedeutend. Industriepapiere stiller und abgeschwächt. Von Bergwerken Dortmunder durch Realisationen stark gedrückt; ultimo 98,25—96,10—97,25, Nachbörse 96,50 (— 4,60), Bochumer 199,80—199,25—199,75, Nachbörse 199,50 (— 1,00), Laura 136,40—136,10—136,50—136—136,75, Nachbörse 136,50 (— 0,50). Höher stellten sich: Convertirte Lauchhammer (+ 4,00), Königszelt (+ 1,00), Schwartzkopff (+ 1,25), Rottweiler (+ 3,00), Archimedes 148 bez. (— 0,50).

Berlin, 21. März. **Productenbörse.** Von auswärtigen Märkten lagen heute weniger flaue Berichte vor, aber der hiesige Verkehr legte wenig Werth darauf. Die Haltung war wenig fest. — Loco Weizen still. Im Terminhandel zeigte sich etwas bessere Kauflust, deren Tragweite indess nicht weit reichte. Course schlossen nur wenig besser als gestern. — Loco Roggen still. Im Terminverkehr machte sich das gestern erwähnte Gefühl der Besorgniss hinsichtlich des Frühjahrs-Engagements weiter geltend. Bei gutem Realisationsangebot traten Platzmühlen und Importeure als Käufer auf und dadurch haben Preise nur ½ M. eingebüsst. — Loco Hafer wenig verändert. Termine behauptet, nur Herbst merklich billiger. — Roggenmehl 5 Pf. niedriger. — Mais und Kartoffelfabrikate matt. — Rüböl unter dem Eindrucke reger Frage anscheinend für rheinische Rechnung fest und merklich theurer. — Petroleum still. — Spiritus erfreute sich reger Nachfrage, besonders auf Sommer-Termine. Preise stellten sich 20 bis 30 Pf. höher und schlossen fest.

Posen, 21. März. Spiritus loco ohne Fass (50er) 51,70 Mark, (70er) 32,10 Mark. Tendenz: Behauptet. Wetter: Trübe.

Hamburg, 21. März. **Kaffee.** (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 87¼, per Mai 87½, per Septbr. 89, per December 89¼. Tendenz: Kaum behauptet.

Amsterdam, 21. März. Java-Kaffee good ordinary 52½.

Havre, 21. März, Vorm. 10 Uhr 30 Min. **Kaffee.** Good average Santos per März 108, per Mai 108, 75, per September 110, 50. Tendenz: Fest.

Magdeburg, 21. März. **Zuckerbörse.** Termine per März 15,30 bis 15,35 Mark bez. u. Gd., 15,37 M. Br., per April 15,35—15,45 M. bez., per Mai 15,50—15,60 M. bez. u. Gd., 15,65 Mark Br., per Mai-August 15,65 M. bez., Juni-Juli 15,67—15,75 M. bez. u. Gd., 15,80 M. Br., per Juli 15,85 M. bez., per August 15,90 M. Gd., 15,95 M. Br., per Septbr. 15,45—15,50 Mark bez., 15,55 M. Br., 15,52 M. Gd., per October 13,75 bis 13,80 M. bez. u. Gd., 13,82 M. Br., per Octbr.-Decbr. 13,40—13,45 M. bez. u. Br., 13,42 M. Gd., per Nov.-Decbr. 13,30 Mark bez. u. Gd., 13,35 M. Br. Tendenz: Steigend.

Paris, 21. März. **Zuckerbörse.** Rohzucker 88° fest, loco 40,75, weisser Zucker fest, per März 44,10, per April 44,30, per Mai-Juni 45, per October-Januar 38,25.

London, 21. März, 12 Uhr — Minuten. **Zuckerbörse.** Sehr fest. Bas. 88%, per März 15, 3 + ½, per April 15, 3 + ½, per Mai 15, 4½ + ½, per Juni 15, 6 + ¼.

London, 21. März. Zuckerbörse. 96proc. Javazucker 17¼. Stramm. Rübenrohzucker 15¼. Stramm.

Newyork, 20. März. **Zuckerbörse.** Muskovaden 89 pCt. 5¼ Centrifugals 96 pCt. 5 15/16.

Glasgow, 21. März. **Roheisen.** (Schlussbericht.)	20. März.	21. März
Mixed numbers warrants	44 Sh. 1½ D.	44 Sh. 4½ D

Börsen- und Handels-Depeschen.

Berlin, 21. März. [Amtliche Schluss-Course.] Fest.

Eisenbahn-Stamm-Actien. Cours vom	20.	21.
Galiz. Carl-Ludw.-B.	86 30	86 —
Gotthardt-Bahn ult.	145 80	145 80
Lübeck-Büchen	177 10	177 —
Mainz-Ludwigshaf.	114 70	114 60
Mittelmeerbahn ult.	119 80	120 25
Warschau-Wien	214 40	214 10
Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.		
Breslau-Warschau	60 60	60 75
Ostpreuss. Südbahn	118 70	118 70
Bank-Actien.		
Bresl. Discontobank	113 10	113 20
do. Wechslerbank	107 40	107 70
Deutsche Bank	175 90	174 50
Disc.-Command. ult.	241 60	242 40
Oest. Cred.-Anst. ult.	163 60	164 40
Schles. Bankverein	130 90	131 —
Industrie-Gesellschaften.		
Archimedes	148 50	148 —
Bismarckhütte	199 70	198 —
Bochum. Gussstahl. ult	200 70	198 75
Brsl. Bierbr. Wiesner	51 50	51 50
do. Eisenb. Wagenb.	184 —	184 10
do. Pferdebahn	147 —	147 —
do. verein. Oelfabr.	94 —	93 70
Cement Giesel	166 90	166 20
Donnersmarckh.	76 —	76 50
Dortm. Union St.-Pr.	101 90	97 40
Erdmannsdrf. Spinn.	104 90	105 50
Fraust. Zuckerfabrik	149 50	149 20
Görl Eis.-Bd. (Lüders)	190 90	191 —
Hofm. Waggonfabrik	175 40	174 50
Kramsta Leinen-Ind.	141 70	142 20
Laurahütte	137 50	136 70
Obschl. Chamotte-F.	167 —	165 50
do. Eisb.-Bed.	112 —	111 —
do. Eisen-Ind.	201 —	201 20
do. Portl.-Cem.	152 60	152 60
Oppeln. Portl.-Cemt.	129 —	129 —
Redenhütte St.-Pr.	145 20	144 75
do. Oblig.	115 60	115 60
Schlesischer Cement	231 —	231 —
do. Dampf.-Comp.	130 50	130 20
do. Feuerversich.	— —	— —
do. Zinkh. St.-Act.	169 20	168 90
do. St.-Pr.-A.	169 20	168 90
Tarnowitzer Act.	— —	— —
do. St.-Pr.	98 20	97 90

Inländische Fonds. Cours vom	20.	21.
D. Reichs-Anl. 4%	109 —	109 10
do. do. 3½%	103 80	103 70
Posener Pfandbr. 4%	102 50	102 40
do. do. 3½%	101 60	101 50
Preuss. 4% cons. Anl.	108 80	108 75
do. 3½% dto.	104 50	104 50
do. Pr.-Anl. de 55	172 50	172 20
do 3½% St.-Schldsch	101 80	101 70
Schl. 3½% Pfdbr. L. A	101 50	101 60
do. Rentenbriefe	105 90	106 —
Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.		
Oberschl. 3½% Lit. E.	— —	— —
do. 4½% 1879	102 90	102 90
R.-O.-U.-Bahn 4% II.	— —	— —
Ausländische Fonds.		
Egypter 4%	87 10	87 80
Italienische Rente	95 70	96 —
Mexikaner	93 40	93 60
Oest. 4% Goldrente	93 40	93 70
do. 4⅕% Papierr.	69 90	70 20
do. 4⅕% Silberr.	70 50	70 50
do. 1860er Loose.	124 10	123 50
Poln. 5% Pfandbr.	64 80	64 70
do. Liqu.-Pfandbr.	58 10	58 10
Rum. 5% Staats-Obl.	96 30	96 30
do. 6% do. do.	107 —	107 20
Russ. 1880er Anleihe	90 90	91 20
do. 1884er do. ult.	102 60	102 70
do. 4½ B.-Cr.-Pfbr.	96 10	96 10
do. 1883er Goldr.	114 80	114 80
do. Orient-Anl. II.	67 20	67 70
Serb. amort. Rente	81 70	82 —
Türkische Anleihe	15 40	15 40
do. Loose	43 90	44 20
do. Tabaks-Actien	99 90	99 90
Ung. 4% Goldrente	85 30	85 60
do. Papierrente	79 10	79 10
Banknoten.		
Oest. Bankn. 100 Fl.	167 90	168 25
Russ. Bankn. 100 SR.	217 40	217 70
Wechsel.		
Amsterdam 8 T.	— —	169 —
London 1 Lstrl. 8 T.	— —	20 45½
do. 1 „ 3 M.	— —	20 32½
Paris 100 Frcs. 8 T.	— —	80 80
Wien 100 Fl. 8 T.	167 85	167 80
do. 100 Fl. 2 M.	167 10	167 10
Warschau 100 SR 8 T.	216 90	217 35

Privat-Discont 1⅞%.

Berlin, 21. März, 3 Uhr 10 Min. [Dringliche Original-Depesche der Breslauer Zeitung.] Ruhig. Bergwerke verflauend.

Cours vom	20.	21.
Berl. Handelsges. ult.	178 37	178 25
Disc.-Command. ult.	241 75	241 87
Oesterr. Credit ult.	163 75	163 87
Franzosen ult.	101 50	102 25
Galizier ult.	86 —	86 12
Lombarden ult.	42 75	42 87
Lübeck-Büchen ult.	176 75	177 —
Mainz-Ludwigsh. ult.	114 50	114 62
Marienb.-Mlawka ult.	83 50	83 37
Mecklenburger ult.	154 37	154 87

Cours vom	20.	21.
Ostpr. Südb.-Act. ult.	103 —	103 87
Drtm. Union St. Pr. ult.	101 12	95 50
Laurahütte ult.	137 —	135 87
Egypter ult.	87 25	87 50
Italiener ult.	95 62	95 87
Russ. 1880er Anl. ult.	90 75	91 —
Russ. 1884er Anl. ult.	102 37	102 50
Russ. II. Orient-A. ult.	67 25	67 62
Russ. Banknoten ult.	217 —	217 50
Ungar. Goldrente ult.	85 25	85 37

Berlin, 21. März. [Schlussbericht.]

Cours vom	20.	21.
Weizen pr. 1000 Kgr. Fest.		
April-Mai	186 75	187 —
Septbr.-Octbr.	185 50	186 —
Roggen pr. 1000 Kgr. Flauer.		
April-Mai	149 25	148 75
Juni-Juli	149 75	149 50
Septbr.-Octbr.	150 50	150 25
Hafer pr. 1000 Kgr.		
April-Mai	139 50	139 75
Mai-Juni	138 50	138 50

Cours vom	20.	21.
Rüböl pr. 100 Kgr. Fester.		
April-Mai	57 70	58 —
Septbr.-Octbr.	51 50	51 60
Spiritus pr. 10 000 L.-pCt. Besser.		
Loco mit 70 M. verst.	33 20	33 50
Loco mit 50 M. verst.	53 —	53 30
April-Mai 50er	51 80	52 10
August-Septbr. 50er	54 —	54 30

Stettin, 21. März. — Uhr — Min.

Cours vom	20.	21.
Weizen pr. 1000 Kgr. Matt.		
April-Mai	182 50	182 50
Septbr.-Octbr.	— —	186 50
Herbst neue Usance	187 —	— —
Roggen pr. 1000 Kgr. Unverändert.		
April-Mai	146 50	146 50
Septbr.-Octbr.	149 50	149 —
Petroleum loco	12 —	12 —

Cours vom	20.	21.
Rüböl pr. 100 Kgr. Still.		
April-Mai	57 50	57 50
Septbr.-Octbr.	51 50	51 —
Spiritus. pr. 10 000 L.-pCt.		
Loco mit 50 M. verst.	52 70	52 80
Loco mit 70 M. verst.	33 10	33 20
April-Mai	32 40	32 50
August-Septbr.	34 40	34 70

Wien, 21. März. [Schluss-Course.] Still.

Cours vom	20.	21.
Credit-Actien	304 25	304 —
St.-Eis.-A.-Cert.	241 —	242 25
Lomb. Eisenb.	101 —	100 75
Galizier	204 —	204 50
Napoleonsd'or	9 62	9 61½

Cours vom	20.	21.
Marknoten	59 45	59 50
4% ung. Goldrente	101 70	101 70
Silberrente	84 —	84 —
London	121 80	121 75
Ungar. Papierrente	94 27	94 32

Frankfurt a. M., 21. März. Mittag. Credit-Actien 254, —. Staatsbahn 204, 50. Lombarden —, —. Galizier —. —. Ungarische Goldrente 85, 30. Egypter 87, 60. Laura —, —. Ziemlich fest.

Paris, 21. März. 3% Rente 85, 15. Neueste Anleihe 1878 104, 80. Italiener 95, 80. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. Egypter 442, 18. Escompte 135, —. Fest.

Paris, 21. März, Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course.] Behauptet.

Cours vom	20.	21.	Cours vom	20.	21.
3proc. Rente	85 —	84 95	Türken neue cons.	15 15	15 17
Neue Anl. v. 1886	— —	— —	Türkische Loose	— —	— —
5proc. Anl. v. 1872	104 70	104 70	Goldrente, österr.	$94\frac{1}{8}$	$94\frac{1}{8}$
Italien. 5proc. Rente	95 75	95 85	do. ungar. 4pCt.	85 31	$85\frac{3}{8}$
Oesterr. St.-E.-A.	507 50	510 —	1877er Russen	— —	— —
Lombard. Eisenb.-A.	227 50	228 75	Egypter	441 20	442 18

Comptoir d'Escompte 137,—, Société des Metaux —.

London, 21. März. Consols 97, 09. 1873er Russen 101, 62. Egypter 87, —. Nasskalt.

London, 21. März, Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course.] Platzdiscont $2\frac{7}{8}$ pCt. Bankeinzahlung — Pfd. Sterl. Fest.

Cours vom	20.	21.	Cours vom	20.	21.
Consolsp. $2\frac{3}{4}$% März	97 09	98 01	Silberrente	$69\frac{3}{4}$	69 —
Preussische Consols	107 —	107 —	Ungar. Goldr. 4proc.	$84\frac{1}{8}$	$84\frac{1}{8}$
Ital. 5proc. Rente	$94\frac{5}{8}$	$94\frac{5}{8}$	Oesterr. Goldrente	— —	— —
Lombarden	9 —	9 —	Berlin	— —	20 62
5proc. Russen de 1871	— —	— —	Hamburg 3 Monat	— —	20 62
5proc. Russen de 1873	$101\frac{5}{8}$	$101\frac{5}{8}$	Frankfurt a. M.	— —	20 62
Silber	— —	— —	Wien	— —	12 35
Türk. Anl., convert.	$14\frac{7}{8}$	$15\frac{1}{8}$	Paris	— —	25 $52\frac{1}{2}$
Unificirte Egypter	87 —	$87\frac{1}{8}$	Petersburg	— —	25 01

Köln, 21. März. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco —, per März 19, 90, per Mai 20, 10, per Juli 20, 25. Roggen loco —, per März 14, 90, per Mai 15, 10, per Juli 15, 15. — Rüböl loco —, per Mai 58, 60, per October 52, 20. — Hafer loco 14, 50.

Hamburg, 21. März. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco ruhig, holsteinischer 155—175, Roggen loco flau, mecklenburgischer loco 155—170, russischer flau, loco 97—100. Rüböl still, loco 58. Spiritus fest, per März $20\frac{1}{2}$, per April-Mai 21, per Mai-Juni $21\frac{1}{4}$, per Juli-August 22. — Wetter: Regnerisch.

Amsterdam, 21. März. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco, per März —, per Mai 204, —, per Nov. 208, —. Roggen loco —, per März 118, per Mai 119, per October 120.

Paris, 21. März. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen behauptet, per März 25, —, per April 25, 25, per Mai-Juni 25, 50, per Mai-August 25, 40. — Mehl fest, per März 55, 10, per April 55, 40, per Mai-Juni 55, 80, per Mai-August 55, 75. — Rüböl fest, per März 81, 25, per April 78, 25, per Mai-August 71, 25, per Septbr.-Oct. 60, 25. — Spiritus behauptet, per März 41, —, per April 41, 50, per Mai-August 42, 25, per September-October 41, 50. — Wetter: Bedeckt.

Liverpool, 21. März. [Baumwolle.] (Schluss.) Umsatz 12 000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Fest.

Abendbörsen.

Wien, 21. März, Abends 5 Uhr 35 Min. Oesterr. Credit-Actien 304, 25. Marknoten 59, 47. 4proc. Ung. Goldrente 101, 80. Galizier 205, —. Fest.

Frankfurt a. M., 21. März, Abends 7 Uhr 8 Min. Credit-Actien 253, 87, Staatsbahn 204, 50, Lombarden $84\frac{1}{4}$, Galizier —, —, Ung. Goldrente 85, 25. Egypter 87, 80. Schwächer auf Wien.

Hamburg, 21. März, 8 Uhr 40 Min. Abds. Credit-Actien $253\frac{3}{4}$, Staatsbahn 511, Lombarden 211, Laura $135\frac{1}{8}$, Disconto-Gesellschaft $238\frac{1}{4}$, Marienburger $79\frac{3}{8}$, Russische Noten $217\frac{1}{2}$, Packetfahrt $147\frac{5}{8}$. — Tendenz: Ruhig.

Vom Standesamte. 21. März.

Aufgebote.

Standesamt I. **Schwital,** Hermann, Kutscher, ev., Rawitsch, **Pelka,** Maria, k., Graupenstr. 16. — **Gielniak,** Josef, Diener, k., Albrechtsstr. 16, **Neumann,** Marie, ev., Feldstraße 11c. — **Hampta,** Carl, Arbeiter, ev., Mühlg. 15, **Mangliers,** Ottilie, ev., ebenda. — **Rädler,** Josef, Fischermeister, k., Wäldchen 9, **Schönbrunn,** Marie, ev., Stockg. 16. — **Rhode,** Josef, Fabrikarb., k., Brigittenthal 8, **Sattler,** Auguste, ev., Hirschstr. 62. — **Kolmitz,** Phil., Maler, ev., Graben 35, **Goltsch,** Anna, ev., Graben 6. — **Kretschmer,** Reinhold, Haush., k., Werderstr. 5e, **Krause,** Auguste, k., Werderstraße 12. — **Scharfe,** Paul, Handelsmann, ev., Rosenstraße 18c, **Genolla,** Agnes, ev., ebenda. — **Rausch,** August, Haushälter, k., Messergasse 13, **Göhlmann,** Auguste, ev., ebenda. — **Schleusog,** Wilhelm, Arbeiter, ev., Trebnitzerstr. 5, **Hagemann,** Anna, ev., Vincenzstr. 57. — **Fischer,** Carl, Glaser, ev., Nicolaistr. 8, **Böhnsch,** Paul., k., Nicolaistr. 32.

Standesamt II. **Willner,** Fried., Arbeiter, ev., Walfischstraße 7, **Holitschke,** Christ., geb. Zedler, ev., ebenda. — **Kleiner,** Max, Schlosser, ev., Herdain, **Staneck,** Clara, ev., Hubenstraße 99. — **Görlitz,** Georg, Sattler, k., Friedrichstraße 81, **Mühlsteff,** Aug., ev., Höfchenstraße 5. — **Kastner,** Franz, Destillateur, k., Gräbschenerstraße 1, **Nitschke,** Anna, k., Freiburgerstraße 24.

Sterbefälle.

Standesamt II. **Frank,** Guido, S. d. Betriebs-Secret. Adolf, 8 J. — **Aßmann,** Margarethe, T. d. Locomotivführers Carl, 4 M. — **Richter,** Max, S. d. Steinsetzers Anton, 1 J. — **Hüber,** Math., geb. Stumpfe, Buchhalterfrau, 39 J. — **Depoix,** Max, pens. Nachtwachtmeister, 48 J. — **Diemey,** Bertha, Maschinenstrickerin, 21 J. — **König,** Elfriede, T. d. Friseurs Otto, 10 W. — **Stahr,** Robert, S. d. Kärrners Gottlieb, 6 W. — **Winger,** Max, S. d. Tapezierers Gustav, 6 M. — **Michalski,** Paul, S. d. Bremsers August, 3 M.

Vergnügungs-Anzeiger.

• **Helm-Theater.** Indische und ägyptische Zauberkünste werden am Freitag von dem orientalischen Magier „Ben-Ali Bay" im Helmtheater vorgeführt werden. Diese „Magie" unterscheidet sich ihrem ganzen Wesen nach durchaus von den Darstellungen der europäischen Zauberkünstler.

Die Verlobung ihrer Tochter **Margarete** mit dem praktischen Arzte Herrn Dr. **G. Burmeister,** beehren sich ergebenst anzuzeigen **Steinmetz,** Archidiaconus an St. Jacobi, und Frau.
Stettin, den 18. März 1889.

Paul Simon,
Selma Simon,
geb. **Kunick,**
Vermählte.
Breslau, Graenowitz, den 18. März 1889.

Nachruf.

Wir bringen die schmerzliche Anzeige von dem Verluste unseres Freundes [4705]

Herrn Max Tittel,

dessen Andenken stets in uns leben wird.

Seine Freunde:
G. Hertrampf.
Aug. Hirsch. F. Scharfenberg.
H. Salomonowitz.
Schutzmann Hannig.
G. Jacob. Jos. Halperson.

Statt besonderer Meldung.

Gestern Abend $11\frac{1}{4}$ Uhr verschied nach langen, schweren Leiden unser herzensguter, heissgeliebter Vater, Bräutigam, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der Kaufmann

Max Tittel,

im Alter von 49 Jahren.
Um stilles Beileid bitten [4700]
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Breslau, den 21. März 1889.
Beerdigung: Sonntag Vormittag 11 Uhr von der Leichenhalle des grossen Maria-Magdalenen-Kirchhofes.

Gestern Nacht $11\frac{1}{4}$ Uhr verschied nach langen, schweren Leiden unser hochverehrter Principal Herr

Max Tittel.

Sein liebes Wohlwollen zu uns werden wir stets in Ehren halten. [4701]
Breslau, den 21. März 1889.
Das Personal der Firma F. Scharfenberg.

Nach langen, schweren, mit Geduld und Gottergebenheit ertragenen Leiden verschied gestern Nacht $11\frac{1}{4}$ Uhr mein unvergeßlicher Herr, [4702]
Herr Kaufmann **Max Tittel.**
Er war mir in den 18 Jahren, wo ich seine Hauswirthschaft versehen hatte, ein liebevoller, gütiger Herr gewesen.
Ich werde sein Andenken ewig ehren.
Leicht sei ihm die Erde!
Breslau, den 21. März 1889.
Louise Dehmel.

Heute früh $4\frac{1}{4}$ Uhr endete nach langen, schweren Leiden der Tod das Leben unserer theuren, unvergesslichen Frau, Mutter und Tochter

Mathilde Hueber, geb. Stumpfe,

im noch nicht vollendeten 39. Lebensjahre.
Dies zeigen tief gebeugt in namenlosem Schmerz hiermit an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Breslau, Liegnitz, den 21. März 1889.
Beerdigung: Sonntag, Nachmittag 2 Uhr.
Trauerhaus: Neudorfstrasse 42a. [4684]

Statt besonderer Meldung.

Heute Nachmittag 3 Uhr entriss uns der unerbittliche Tod nach langem schweren Leiden in Breslau, wo sie Heilung suchte, mein heissgeliebtes Weib, [1520]

Frau Charlotte Frankfurther,
geborene **Mohr,**

meine treue Gefährtin nach fast 35jähriger Ehe, und meinen Söhnen die aufopferndste Mutter.
Oppeln, Breslau, München, den 21. März 1889.
Leopold Frankfurther,
Fabrikdirector,
Sigmar Frankfurther, **Adolf Frankfurther** als Söhne.
Beerdigung: Sonntag, den 24. d. M., Vormittag 11 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes.

Am 19. d. Mts., Abends 11 Uhr, verschied unser hochgeschätztes Mitglied,

Herr Georg Schott sen.,

im Alter von 70 Jahren.
Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm
Die Perückenmacher- und Friseur-Innung.
I. A.: **Der Vorstand.**
Breslau, den 21. März 1889. [4679]

Am 19. d. M. verschied in Breslau nach kurzen Leiden
Frau Commerzienrath

Hermine Caro,
geb. **Kern,**

deren Namen unsere Hütte seit mehr als 40 Jahren trägt.
Wir betrauern aufs Tiefste den Heimgang der Verewigten, welche mit hervorragenden Gaben des Geistes und Herzens ausgestattet war, und werden ihr Andenken stets in hohen Ehren halten. [4713]
Laband, 21. März 1889.
Die Beamten des Eisenwerks Herminenhütte.

Heute früh 7 Uhr verschied nach einem schweren Todeskampfe mein inniggeliebtes, herzensgutes Weib

Jenny, geb. Schach,

im 31. Lebensjahre, nach einer fast 9jährigen überaus glücklichen Ehe. [4677]
Tiefbetrübt zeigt dies allen Bekannten und Freunden ergebenst an
Im Namen der Hinterbliebenen
Johannes Reinert,
Postsecretär.
Kandrzin, den 20. März 1889.
Die Beisetzung findet in Breslau von der Leichenhalle des Bernhardin-Kirchhofs in Rothkretscham, Sonnabend Nachmittag 4 Uhr statt.

Beginn des Gottesdienstes in den beiden Gemeinde-Synagogen.
Freitag, d. 22. März, Abends $6\frac{1}{2}$ Uhr.
Sonnabend, d. 23. März, Morg. $8\frac{3}{4}$ „
An den Wochentagen:
Morgens $6\frac{1}{2}$ Uhr, Abends $6\frac{1}{2}$ Uhr.

Stadt-Theater.
Freitag. Außer Bons-Abonnement. (Kleine Preise.) Benefiz für Hrn. Leon Resemann: **„Krieg im Frieden."** Lustspiel in fünf Acten von G. v. Moser und F. von Schönthan.
Sonnabend Abend. **„Die Meistersinger von Nürnberg."** Oper in 3 Acten von Richard Wagner. Nachmittag. (Anfang 3 Uhr.) Halbe Preise. **„Die Quitzow's."** Schauspiel in vier Acten von E. von Wildenbruch.

Lobe-Theater. 3659
Freitag. **„Die wilde Jagd."**
Sonnabend. **„Das Spitzentuch der Königin."**

Helm-Theater. 3653
Freitag, den 22. März.
Außerordentliche Vorstellungen des
Ben-Ali-Bey.
Vorführungen der indischen u. egyptischen Zauber und Wunder.
Ref. Sperrsitz 2 M., Sperrsitz 1 M. I. Platz 50 Pf., II. Platz 30 Pf.

Singacademie. 3656
Morgen Sonnabend **halb 7 Uhr** Abends **Extra-Uebung.**

Panorama, 4511
Bischofstr. 3, I.
Entr. 20 Pf., Kind. 10 Pf.
England u. Schottland.

Medicinische Section
heute Abend 6 Uhr.

Paul Scholtz's Etablissement.
Heute, [4688]
Freitag, den 22. März 1889.
„Unsere Marine."
Komische Operette in 1 Act von Linderer. Musik von Thiele.
Vorher:
„Er ist nicht eifersüchtig."
Lustspiel in 1 Act von Elz.
Diesem folgt:
„Der Weiberfeind."
Lustspiel in 1 Act von Benedix.

Victoria-Theater.
Simmenauer Garten.
Direction: **C. Pleininger.**
Große Künstler-Vorstellung.
Neu: Hans Sachs II.
Opernparodie v. **J. Tauer** und **H. Meingold.**
Mikado-Duettisten
Mr. & Mlle. Chretienné,
Alexandra Belinskaja,
russische Chansonette,
Frères Detroit, Akrobaten,
Alberty, Schattensilhouettist,
Rosa Donnhoffer, Piston-Virtuosin, **Vero,** Jongleur.
Wiener Volksleben,
große Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz.
Anfang $7\frac{1}{2}$ Uhr. Entrée 60 Pf.
Reserv. Platz 1 Mark. Logensitz 2 Mark. [3655]



Soirée Prof. St. Roman. Heute Freitag, Anfang $7\frac{1}{2}$ Uhr, im Saale des Hôtel de Silésie. Unnachahmbares Wunder des weltbekannten Magikers und Virtuosen in Verbindung mit dem Weltwunder **Asra Pascha,** dem verwunschenen **Prinzen** 2c., **die Hexenenten, das Teufelsnetz** (Unicum) 2c. Billets Tagesüber in der Cigarrenhandlung des Herrn **Arnold,** Kornecke, und Abends an der Kasse zu haben. Das Programm ist täglich anders und **non plus ultra.** [4687]

Liebich's Etablissement.
Heute Freitag, den 22. c.:
Große humoristische Soirée
der allbeliebten
Leipziger Quartett- u. Concertsänger
(Direction **Gebr. Lipart**) und **Gastspiel** des anerkannt **besten Damen-Imitators Deutschlands**
Man de Wirth.
Allabendlich stürmischer Beifall. Hochkomisches Programm.
Billets à 40 Pf. in den bekannten Commanditen.
Entrée 50 Pf.,
Kinder 25 Pf. 3657
Kassenöffnung $6\frac{1}{2}$ Uhr,
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, den 23. cr.,
Sonntag, den 24. cr,
keine Soirée der Leipziger Sänger.
Montag, den 25. cr.,
Nächste Soirée.

Zeltgarten. 3654
Auftreten von **Mr. Alessandro Scuri,** Erfinder des Monocicle, **Miss Marion Graham,** engl. Sängerin, **Flora-Truppe** (acht Damen), Darstellung lebender Bilder; Herr **Kliesch** mit seinem Musée tintamaresque, Frl. **Anna König,** Fräul. **Valerie** Sängerinnen, **Mrs. Ara** und **Zebra,** Pyramiden-Künstler, und Herr **Mariott** und Fräul. **Mariette,** Duettisten.
Anfang $7\frac{1}{2}$ Uhr. Entrée 60 Pf.

Kunstgewerbe-Verein zu Breslau.
Der für **Freitag, den 22. d. M.,** angesagte **Vortrag** des Herrn Professor **Dr. Zacher fällt aus,** dafür eine Besprechung über **Kunstgewerbliche Briefe** von **G. Buss.**

Herzliche Bitte!
Unverschuldet ist ein in des Wortes wahrster Bedeutung verschämter armer, fleißiger und rechtschaffener Vater einer zahlreichen Familie zufolge längerer Krankheit und den Tod seiner Frau in eine hilfsbedürftige Lage und Schulden gerathen, namentlich leidet die Familie an Kleidung, Wäsche u. auch Lebensmitteln Mangel, und werden edeldenkende Menschen um gütige Unterstützung gebeten. — Nähere Auskunft wird freundlichst ertheilen und gütige Gaben in Empfang nehmen Herr Bezirks-Vorsteher und Bäckermeister **Taraba** in **Breslau, Schweitzerstr. 8.**

Gegründet 1846. **W. Müller's** Prämiirt 1881.

Erste Special-Gardinen-Waschanstalt

Breslau, Klosterstraße 29,

empfiehlt sich den **hochgeehrten Herrschaften zur Reinigung aller Arten** von [3527]

Crême-, bunten und weißen Gardinen.

Durch langjährige Erfahrung in dieser Branche ist alles in Anwendung gebracht, was zur **Conservirung** dient, auch durch die **neuesten Einrichtungen** die **schnellste Bedienung** gesichert.

Anerkannt beste Ausführung, bei billigster Preisstellung. Abholen u. Zurückbringen durch meinen Wagen unentgeltlich.

Das **Bier-Versand-Geschäft** der

Trebnitzer Klosterbrauerei,

Firma **G. Müller, Trebnitz i. Schl.,**

liefert für 3 Mark, frei Haus:

25 Flaschen dunkles oder helles Klosterbräu.

Bestellungen, auf Gebinde und Flaschen, werden an die Niederlage

Zwingerstraße Nr. 6|8

freundlichst erbeten. [1516]

Hutcartons

für Herren- und Damenhüte, sowie alle Arten Cartons für jede Branche liefert sauber und billig [4585]

H. Labude, Cartonagenfabrik,

Breslau, Vorwerksstraße 74.

Düten und Beutel,

	naturbraun	satinirt chamois	bunt sortirt	fettdicht
von Mk.	$12^3/_4$	15	22	$41^1/_2$ pr. Ctr.

Cigarrenbeutel,

braun mit Druck von 1 Mk., imit. Pergament mit Druck von 1,40 Mk. per 1000 Stück an. Muster gratis und franco. [4371]

H. Bruck, Hirschberg i. Schl.



Dépôt

Chocolats Marquis

[3164] **Paris,**

bei **Wilh. Ermler,** Kgl. Hoflieferant, **Schweidnitzerstr. 5.**



Schutzmarke.

Den besten Thee,

sowohl chinesischen als indischen, liefern

R. Seelig & Hille,

Thee-Importeure, Berlin—Dresden.

In Originalpacketen zu haben bei: [1326]

F. Eckert, Freiburgerstr.
Herm. Elsner, Carlsplatz.
Herm. Enke's Nachf., Tauentzienstr.
Ed. Fache, Gräbschnerstr. 38a u. Holteistr. 14a.
Herm. Gude's Nachf., Klosterstr.
Jul. Heider, Nicolaistr. 22.
E. Hielscher, Reuschestr. u. Neue Taschenstr.
E. Huhndorf, Schmiedebrücke u. Neue Schweidnitzerstr.
A. Kirtzel, Paulinenstr. 7.
Herm. Kohn, Gneisenauplatz.
M. Kurzynski, Neue Taschenstr.
Jos. Lux, Matthiasplatz 1.
Br. Nierling, Friedr.-Wilhelmstr.
F. A. Paul, Tauentzienplatz.
E. Poetschulat, Einhorngasse, Ecke Ritterplatz.
Fr. Pohl's Nachf., Kaiser Wilhelmstr.
J. G. Scholz, Lessingstr. 1 und Ohlauufer 26.
A. Spiller, Trebnitzerstr.
S. Sternberg, Reuschestr.
E. Stoermers Nachf. F. Hoffschildt, Ohlauerstraße.
Herm. Straka, Am Rathhaus 10.
A. & E. Strauss, Klosterstr. u. Uferstraße.
Theod. Thielsch, Scheitnigerstr. 12.
Oswald Thomas, Friedrich-Wilhelmstraße.
Ernst Wiehle, Kupferschmiedestr.
Arthur Scholtz in Oels.
Max Dietrich, Bernstadt.
Hugo Banke, Namslau.
R. Wechmann, Namslau.

Niederlagen werden in allen Städten errichtet.

Reellen Hausbesitzern

bietet sich Gelegenheit, für I. pupill. Hypotheken auf **beliebig lange** Jahre den Zinsfuß von **4 resp. $3^3/_4$ pCt.** sich zu sichern. Näheres bei

[4432] **S. Troplowitz, Feldstraße 6.** (1—4.)

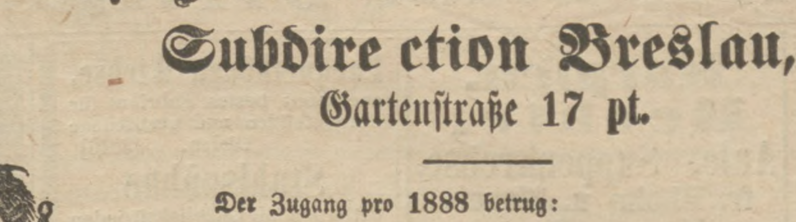
Die zur Gastwirth **Ignatz Scholz**'schen Concursmasse zu **Klein-Zabrze,** Glaserstraße belegenen 3 massiven Gebäude, in welchen die Gast- und Schankwirthschaft, Fleischerei und das kaufmännische Gewerbe betrieben werden, sollen durch den Unterzeichneten einzeln oder im Ganzen freihändig verkauft werden. Beim Einzelverkauf bleibt für jede Besitzung das Einfahrtsrecht gewahrt. Kauflustige werden ersucht, ihre versiegelten Offerten bis **zum 26. d. M., Nachmittags 6 Uhr,** bei dem Unterzeichneten einzureichen. Die Zuschlagsertheilung wird vorbehalten.

Antonienhütte, den 15. März 1889. [1445]

Der Concurs-Verwalter: Jacob Froehlich.

Deutsche Militairdienst-Versicherungs-Anstalt

zu Hannover.



Subdirection Breslau,

Gartenstraße 17 pt.

Der Zugang pro 1888 betrug:

22 293 Anträge

über 26 312 600 Mk. Versicherungs-Summe.

Geeignete Vertreter in der Provinz (Ober- und Mittel-Schlesien), denen gute Empfehlungen zur Seite stehen, wollen sich bei der unterzeichneten Subdirection melden.

Anträge nehmen entgegen, Prospecte ꝛc. unentgeldlich durch die [3648]

Subdirection, Gartenstraße 17 pt.

General-Agentur	Haupt-Agentur	Inspector
Major a. D. **v. Donat,**	General-Agent **Adolph Bruck,**	**Paul Schmidt,**
Kl. Scheitnigerstr. 11 I.	Teichstraße 4 I.	Tauentzienstraße 29 pt.

Empfohlen sei **allen Freunden des Obstbaues, namentlich Volksschullehrern, Geistlichen und Landwirten,** das bei **Eduard Trewendt** in **Breslau** erschienene Buch

Stoll's Obstbaulehre.

Illustriert. Preis broschiert 2 Mark. Elegant gebunden 3 Mark.

G. Stoll, Direktor des Königlichen pomologischen Instituts in Proskau, hat damit einen praktischen Leitfaden für die Erziehung und Pflege unserer Obstbäume und Fruchtsträucher geschaffen, der in seiner außerordentlich klaren und einfachen Schreibweise für Jedermann verständlich ist.

Vorräthig in allen Buchhandlungen.

1889. Natürliche Mineralbrunnen. 1889.

Die **erste** Sendung **„Emserbrunnen"** ist angekommen. [3647]

Haupt-Niederlage natürlicher Mineralbrunnen

H. Fengler, Reuschestrasse 1, „3 Mohren".

Garantie gegen Mottenfrass.

Tagtäglich gehen uns Anerkennungen über unser Mottenschutzmittel **Antisetin** zu, und übernehmen wir bei richtiger Anwendung desselben jede gewünschte Garantie gegen Mottenfrass. Sicheren Erfolg, angenehmen, unverwüstlichen Geruch, saubere und leichte Anwendung vereinigt Antisetin. [033]

Umbach & Kahl, Taschenstr. 21.

Oeffentliche Ausschreibung der Erd-, Maurer-, Zimmer- und Tischler-Arbeiten zur Herstellung eines Bahnmeister-Depots auf Bahnhof Gellendorf. Die Lieferungsbedingungen nebst Zeichnung liegen in unserem Geschäftszimmer 21 aus und sind auch von da gegen portofreie Einsendung von 1 Mark zu beziehen. Eröffnungstermin der Angebote am **20. April cr., Vormittags 11 Uhr.** Zuschlagsfrist 14 Tage.

Breslau, den 13. März 1889. [3658]

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt. (Brieg—Lissa.)

Nebenbahn Glatz—Rückers.

Die Erd-, Maurer- und Zimmerarbeiten zur Herstellung des Empfangsgebäudes und eines Nebengebäudes auf Bahnhof Rückers sollen in einem Loose öffentlich verdungen werden. Bedingungen und Zeichnungen liegen im Amtszimmer der Eisenbahn-Bauabtheilung zu Glatz, Louisenstraße 15, zur Einsicht aus und können die Bedingungen gegen Einsendung von 1,50 Mark von da bezogen werden. Versiegelte, mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis **Freitag, den 5. April 1889, Vormittags 11 Uhr,** postfrei an die Eisenbahn-Bauabtheilung zu Glatz einzureichen, zu welcher **Zeit** die **Eröffnung** derselben erfolgen wird. Zuschlagsfrist 4 Wochen. [3638]

Glatz, den 22. März 1889.

Der Abtheilungs-Baumeister.

König Wilhelms-Schule zu Reichenbach i. Schlesien.

Die **Aufnahmeprüfungen** für alle Klassen des **Realgymnasiums** und der **Vorschule** finden am 23. und 24. April von früh 8 Uhr an auf meinem Amtszimmer statt. [3641]

Der Königliche Realgymnasialdirector

Prof. Dr. Weck.

Heirath! Für die Tochter eines chemischen Fabrikanten mit **30000 M.,** und für die eines Rentiers mit ca. **50000 M., beide jüdisch, suche** ich hierzu berechtigte Bewerber. Abs. Disc. Rückporto erb.

Julius Wohlmann,

Breslau, Oderstraße 3.

---

5 Nußb.-Pianinos,

neu, X sait., vorzügl. Ton, offerirt zu $^2/_3$ **des Fabrikpreises** mit **5 jähr. Garantie** [4676]

Cohn, Kupferschmiedestr. 17.

Pianoforte-

Fabrik L. Herrmann & Co., Berlin, Neue Promenade 5.

empfiehlt ihre Pianinos in neukreuzsaitiger Eisenconstr., höchster Tonfülle und fester Stimmung zu Fabrikpreisen. Versand frei, mehrwöch. Probe gegen Baar od. Raten von 15 Mk. monatl. an. Preisverzeichniss franco.

Der **directe** Kauf aus dieser **grossen** Fabrik ist sehr günstig. [026]

Bekanntmachung.

In unserem Firmenregister ist die Firma [3643]

G. Hiersemenzel

in **Lauban,** Nr. 282 des Registers, heute gelöscht worden.

Lauban, den 18. März 1889.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Im hiesigen Procuren-Register ist heute der Kaufmann [3645]

Ludwig Langer

zu Tarnowitz als Procurist der unter Nr. 126 des Firmenregisters verzeichneten Firma

Franz Fleischer

zu Tarnowitz eingetragen worden.

Tarnowitz, den 16. März 1889.

Königliches Amts-Gericht.

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns

Franz Debernitz

zu Kattowitz ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichniß der bei der Vertheilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwerthbaren Vermögensstücke der Schlußtermin auf

den 6. April 1889, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgericht hierselbst, Zimmer 7, bestimmt.

Kattowitz, den 13. März 1889.

John, [3642]

als Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister (Genossenschaftsregister) ist heute bei der Firma:

„Tillowitzer Consumverein Eingetragene Genossenschaft"

Folgendes eingetragen worden:

„Der **Tillowitzer Consumverein (Eingetragene Genossenschaft)** zu **Tillowitz OS.** hat sich zufolge Generalversammlungs-Beschlusses vom $\frac{\text{11. Februar}}{\text{11. März}}$ 1889 aufgelöst.

Die Liquidation erfolgt durch den gegenwärtigen Vorstand. [3644]

Die Gläubiger des Consumvereins werden aufgefordert, sich beim Vorstande desselben zu melden.

Eingetragen zufolge Verfügung vom 14. März 1889 am 14. März 1889.

Falkenberg OS., d. 14. März 1889.

Königliches Amts-Gericht.

Breslau, den 4. März 1889.

Directorium des Pensionszuschußvereins für Richter, Staatsanwälte und Subalternbeamte des Oberlandesgerichtsbezirks Breslau.

In Gemäßheit des § 23 des Statuts werden die Mitglieder des Vereins **zur ordentlichen Generalversammlung** auf

den 30. März d. J., Nachmittag um 5 Uhr,

nach dem ersten Sitzungssaale, Zimmer Nr. 23, des Königlichen Oberlandesgerichts hierselbst berufen.

Tagesordnung.

1) Vortrag des **Jahresberichts.**
2) Vorlegung der **Rechnung** für das Jahr 1888 mit den Revisions- und Abnahmeverhandlungen und Bewilligung der **Decharge.** [2996]
3) **Neuwahl zweier Directionsmitglieder.**

Krusche, Kanzleirath, stellvertretender Vorsitzender.

Die Stelle des

Bürgermeisters in der Kreisstadt Rawitsch

soll vom 15. Juli d. J. ab neu besetzt werden. Das pensionsfähige Gehalt ist auf 4500 Mk. festgesetzt, wofür auch die Geschäfte des städtischen Standesamtes mit zu übernehmen sind. [1469]

Qualificirte Bewerber wollen ihre Meldungen unter Beifügung ihrer Befähigungsnachweise bis zum 15ten April d. J. an den unterzeichneten Stadtverordnetenvorsteher einsenden.

Rawitsch, den 16. März 1889.

Johannes Linz.

Verdingung von Arbeitskräften.

In hiesiger Strafanstalt (nächste Bahnstation Morroschin der Königlichen Ostbahn, 11 km) sind vom 1. October d. J. ab die Arbeitskräfte von ca. 75 männlichen Zuchthaus-Gefangenen, welche bisher mit Netzstricken beschäftigt werden, zu derselben oder anderen für eine Strafanstalt geeigneten Industrie-Arbeiten zu vergeben, wobei jedoch Möbel-, Cigarren- und Schuhwaarenfabrikation ausgeschlossen bleiben.

Die hier einzusehenden Bedingungen werden auch gegen vorherige Einsendung von 50 Pfg. abschriftlich übersandt. [3640]

Cautionsfähige Bewerber wollen ihre Angebote mit der Aufschrift: „Bewerbung um Arbeitskräfte" bis zum

Donnerstag, den 11. April d. J., Vormittags 11 Uhr,

zu welcher Zeit die Eröffnung derselben stattfindet, der unterzeichneten Direction einsenden.

Mewe W.-Pr., 11. März 1889.

Königliche Direction der Strafanstalt.

„Silesia",

Verein chemischer Fabriken.

Die diesjährige ordentliche **Generalversammlung** unserer Gesellschaft ist auf [1492]

Montag, den 15. April, Nachmittag 3 Uhr, im kleinen Saale der neuen Börse zu Breslau

anberaumt. Diejenigen Actionäre, welche sich an derselben betheiligen wollen, werden eingeladen, ihre Actien nebst einem doppelten Verzeichnisse und außerdem, falls sie nicht persönlich erscheinen, die mit dem gesetzlichen Stempel von 1,50 M. versehenen Vollmachten oder sonstigen Legitimationspapiere ihrer Vertreter spätestens **vier** Tage vor dem Versammlungstage

bei dem Bureau der Gesellschaft zu **Ida- u. Marienhütte,** oder bei einem der beiden Bankhäuser **Gebr. Guttentag** und **G. von Pachaly's Enkel** zu **Breslau**

zu deponiren.

An den bezeichneten Stellen kann auch der gedruckte Geschäftsbericht pro 1888 in Empfang genommen werden.

Tagesordnung:

1) Die in § 33 des Statuts vorgesehenen Gegenstände: Vorlage des Geschäftsberichts und der Gewinn-Vertheilung pro 1888 — dabei insbesondere Genehmigung, einem zu bildenden **Erneuerungsfonds** den Betrag von 100 000 M. zu überweisen, sowie Ertheilung der Decharge für den Vorstand und Wahl von Aufsichtsrathsmitgliedern.
2) Antrag des Vorstandes, dem § 16 des Statuts vor dem letzten Absatz den Satz beizufügen: „Außerdem wird die Gesellschaft durch die Zeichnung zweier Procuristen verbindlich gemacht."
3) Antrag des Aufsichtsrathes: Die von dem Beschlusse der am 23. April 1888 stattgehabten Generalversammlung, betreffend die Beiträge der Gesellschaft zu der inzwischen gebildeten **Beamten-Pensions- und Unterstützungs-Kasse,** abweichende Ausführung zu genehmigen.

Ida- und Marienhütte bei Saarau, den 20. März 1889.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrathes.

Dr. Paul von Kulmiz.

Verdingung.

Die zum Neubau einer Offiziers-Speiseanstalt hierselbst erforderlichen Arbeiten und Lieferungen, mit Ausschluß der Mauermaterialien, des Bauholzes, der Tapeten u. s. w., veranschlagt auf rund 20 000 Mark, sollen in einem Loose öffentlich verdungen werden. Kostenanschlag, Bedingungen und Zeichnungen liegen in unserer Schreibstube zur Einsicht aus. Nur der Verdingungsanschlag kann gegen Einsendung von 1 Mark von uns bezogen werden. Portofreie, versiegelte, mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind uns bis zum Termine, welcher im Conferenzzimmer des Rathhauses am

Donnerstag, den 4. April d. J., Nachmittags 3 Uhr,

abgehalten wird, einzureichen.

Leobschütz, den 20. März 1889.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Arbeiten zur **Neudeckung** der Lüben-Breslauer und Liegnitz-Lüben-Crossener Provinzial-Chaussee zwischen Station 6,4 + 22 bis 7,1 + 22 und Station 14,8 bis 15,9, desgleichen zum **Umbau** der Lüben-Raudtener Kreis-Chaussee zwischen Station 5,7 bis 8,4 + 77 im Kreise Lüben, einschließlich Steinschlag und Walzarbeiten, sollen im Wege des schriftlichen Angebots öffentlich verdungen werden. Hierzu ist auf

Mittwoch, den 3. April cr., Vormittags 10 Uhr,

im Bureau des unterzeichneten Kreisbaumeisters, Chausseestraße hierselbst, Termin anberaumt.

Die Bedingungen zur Uebernahme der Bauausführung liegen vor dem Termin bei den Chaussee-Aufsehern **Klein** in Ossig und **Gottstein** in Lüben, sowie im genannten Bureau zur Einsicht aus, auch können Abschriften derselben und Auszüge aus den betreffenden Kosten-Anschlägen gegen Einsendung von 0,80 M. in Postmarken durch letzteres bezogen werden. [3592]

Lüben, den 17. März 1889.

Der Kreisbaumeister.

H. Zsohau.

Die Gemeindejagd der Feldmark Michelwitz, Kr. Brieg, ist vom 1. Juli 1889 auf 6 hintereinanderfolgende Jahre meistbietend **zu verpachten.** Der öffentliche Verpachtungstermin findet **am 3. Mai cr., Vormittags 10 Uhr,** im Gasthause des **Julius Welgod** in Michelwitz statt. Der Gemeinde-Vorstand ist bereit, vorher Auskunft über die Jagd zu geben. [3663]

Michelwitz, im März 1889.

Der Gemeindevorstand.

Karl Achtert.

Van Houten's Cacao.

Bester — Im Gebrauch billigster. | Ueberall zu haben in Büchsen à **Rm. 3.30, Rm. 1.80, Rm. 0.95.**

Auf 1. Hypothek 4707
150,000 Mk. gesucht u. Offerten erbet. unt. A.K. 62 Exped. d. Bresl. Ztg.

---

30 000 Mark
fällige Hypothek, auf hiesigem Grundstück lastend, soll mit Verlust **verkauft** werden. Näheres **Taschenstr. 20,** Hof links im Comptoir. [4693]

Mit 6000 Mark
kann sich ein Kaufmann thätig an einer Knopf- u. Metallwaarenfabrik **betheiligen.** Offerten unter Chiffre T.T.55 sind i.d. Exped. d. Bresl. Z. abzug.

Vertreter-Gesuch.
Von einer leistungsfähigen **Strickwaaren-Fabrik und Tricot-Weberei** wird ein mit Branche und Kundschaft vertrauter **Platz-Agent** zu engagiren **gesucht.** Off. mit Ref. unt. Chiffre **B. 5739** befördert **Rudolf Mosse in Stuttgart.** [1512]

Für den hiesigen Platz **wird** von einer Brauerei für den Verkehr mit der Kundschaft ein gut eingeführter schneidiger **Vertreter gesucht.**
Offerten unter C. M. 60 Expedition der Bresl. Ztg.

Ein Gut,
in schönster Gegend Oberschlesiens gelegen, ca. 2900 Morgen groß, wovon ca. 1830 M. für Raps, Rüben und Weizen geeigneter Acker, 470 M. Niederungs-Wiesen und 580 M. Laub- und Nadelwald, mit herrschaftlichem Schloß und durchweg neuen u. massiven Wirthschaftsgebäuden, ist wegen andauernder Kränklichkeit in der Familie des Besitzers
zu verkaufen od. zu verpachten.
Ueber 1500 M. des Ackers sind drainirt. Lebendes und todtes Inventar ist in vorzüglichem Stande; Eisenbahnstation, Post und Telegraph am Orte, welch letzterer von 4 Chausseen durchschnitten wird. Zuckerfabriken und Mühlen sind in der Nähe. Bei event. Pachtung ist zwecks Uebernahme des Inventars größeres Capital erforderlich. Reflectanten belieben Offerten sub **J. B. 8210** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.,** zur Weiterbeförderung einzureichen. [1322]

Wegen vorgerückten Alters bin ich Willens, mein seit über 20 Jahren bestehendes
Gasthaus
mit **Garten, Specerei- u. Schnittwaaren-Geschäft zu verkaufen.** Dasselbe liegt an dem Kreuzungspunkte dreier Straßen und eine Viertelstunde von einer österreichischen Stadt entfernt, von welcher es stark frequentirt wird. Anzahlung 9000 Mark. [1513]
Offerten unter **J. W. 8445** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

In einer Kreisstadt Mittelschlesiens von ca. 12 000 Einwohnern ist ein **Grundstück** mit **Destillations-Geschäft** (volle Schank-Concession), welches einen jährlichen
Detail-Umsatz von ca. 18 000 Mk.
aufzuweisen hat, sofort zu **verkaufen.** Nähere Auskunft ertheilt **Rosenberg** in Nieschwitz bei **Bunzlau.** [4663]

Geschäftsverkauf.
Wegen Todesfall ist in Brieg, R.-B. Breslau, ein **nachweislich sehr rentables Posamentier-, Tapisserie-, Weißwaaren- und Wäschegeschäft zu verkaufen** und event. **bald** zu übernehmen.
Gefl. Offerten sub P. H. 70 Exped. der Bresl. Ztg. [4721]

Gut eingeführtes **Agenturgeschäft,** Weiß- u. Seidenwaaren, ist **käuflich abzutreten.** Off. an die Exped. der Bresl. Ztg. sub A. W. 68.

Kaufe gebrauchte Möbel und **Betten,** auch einzelne Gegenstände, u. bitte Adresse bis spätestens Dinstag unter Adresse K. M. 63 Briefkasten der Breslauer Zeitung. [4698]

Auf dem Landgute Probotschiene Nr. 5, Breslauer Kr., steht ein **Planwagen zum Verkauf.**

Billige Kieferbretter,
zöllig, anbrüchig oder in kurzen Stücken von 1 Meter an, Breite 10—32 Centimeter, kauft regelmäßig [3606] **N. Schäffer, Breslau.**

Lebende [4703]
Karpfen, Hechte,
Aale, Suppenkrebse,
fr. Rhein- u. Weser-Lachs,
Maränen, Hechte, Zander, Schellfisch
empfiehlt
Carl Schröder,
Fischhandlg., **Ohlauerstr. 43.**

Lebende [4697]
Karpfen,
von 1 Pfund aufwärts,
Flusshechte, Aal, Wels, Langusten,
frischen
Schellfisch, Cabeljau, Hecht, Seezunge, Maränen, Schnepel, Steinbutt, Rhein- und Silber-Lachs, Blei, Rape,
neue Malta-Kartoffeln,
Kopf-Salat, Endivien, Radieschen, Hamb. Hühner, Poulards
empfiehlt
E. Huhndorf,
Schmiedebrücke 21.
Filiale: Neue Schweidnitzerstr. 12.

Beste Braunschweiger
Gemüse-Conserven: 4689
Kaiser-Spargel,
die 2 Pfund-Dose 3,50 Mark,
Riesen-Spargel,
die 2 Pfund-Dose 3 Mark,
hochprima Stangenspargel,
die 2 Pfund-Dose 2,50 Mark,
prima Stangenspargel,
die 2 Pfund-Dose 2 M.,
Prima- und Secunda-Brechspargel, feinste junge Erbsen, Schnittbohnen, Wachsbohnen etc. etc.,
junge Florentiner Tauben, junge Enten, Puten, Poularden, Kapaunen, Haselhühner, frischen Schellfisch, Zand, Backhechte, frische Matjesheringe, neue Kartoffeln,
hochrothe Messina-, Catania-
Berg- u. Blut-Apfelsinen,
à Dtzd. 50, 60, 80 Pf., 1,00, 1,20 und 1,50 M.
empfiehlt
Traugott Geppert,
Kaiser Wilhelmstr. 13.
Aufträge von auswärts werden bestens und billigst ausgeführt.

Nasse Füsse u. Rheumatismus gehen bei vielen Menschen Hand in Hand. Allen diesen Leidenden sei deshalb bei dem jetzigen naßkalten Wetter das von Apotheker Scholinus in Flensburg erfundene Gicht-, Rheumatismus- u. Hexenschußpflaster empfohlen, welches, auf die betr. Körperstelle aufgelegt, binnen Kurzem die rheumat. Schmerzen vertreibt. Nur echt mit obiger Schutzmarke. Preis pr. Blechdose mit ausführlicher Gebrauchs-Anweisung **75 Pf.** — Engros-Verkauf bei E. Stoermer's Nachfl. in Breslau.

Gut erhaltene **Möbel, Betten,** ganze Nachlässe kauft zu hohen Preisen **Becker,** Kupferschmiedestr. 4, 1. Et. Bestellungen nur brieflich. [4699]

---

2 gr. Kinderb. u. 1 mag. Blmtisch z. vk. Reuschestr. 52, 2 St.

Ein mod. **Stutzflügel,** Nußb., ist bill. **zu verk. Enderstr. 24,** III., geradeein.

Holzwolle 4211
lief. billig Schäffer, Klosterstraße 2.

Parquetböden-Wichse,
anerkannt bestes Fabrikat für Parquetböden und gestrichene Dielen. [3646]
Stahlspähne
entfernen mit **Leichtigkeit** jeden Schmutz und Fettflecken aus den Parquetten. Alte Böden, mit Stahlspähnen abgerieben, werden wieder gleich neuen. Preis ½ Kilo 75 Pf.
Umbach & Kahl,
Taschenstr. 21.

Einen Beweis
für die vortrefflichen Wirkungen der echten [1511]
Oskar Tietze'schen Zwiebel-Bonbons
liefert außer seiner bedeutenden Verbreitung aller Orten, in allen Schichten der Umstand, daß die Bestandtheile derselben keine Geheimmittel sind, welche für schweres Geld marktschreierisch empfohlen, sondern, daß die Wirksamkeit derselben einfach aus den gegen **Heiserkeit, Verschleimung** und **Husten** seit Alters her bekannten Genuß- und Hausmittel (Malzzucker und Zwiebelsaft) besteht, und nichts anderes verspricht, als was der Name sagt: „rein dest. Zwiebelsaft und Malzzucker." — Diese in rationeller Weise hergestellten Bonbons fabricirt allein echt **Oskar Tietze in Namslau,** und sind in Beuteln à 25 und 50 Pf. überall zu haben.
Man achte genau auf den Namen **Oscar Tietze** und die gesetzlich geschützte Zwiebel-Marke, jedes andere Fabrikat oder lose Bonbons weise man als Imitation zurück. Zu haben in **Breslau** bei:
Erich & Carl Schneider, Hoflieferanten, Schweidnitzerstraße; **S. G. Schwartz,** Ohlauerstr.; **Oscar Reymann,** Neumarkt 18; **Umbach & Kahl,** Taschenstr.; **Otto Kahl,** Schweidnitzerstraße; **E. Störmer's Nachf.,** Ohlauerstraße; **Eldau & Zimmermann,** Neue Schweidnitzerstraße; **O. Heilberg,** Matthiasplatz; **Rob. Schlabs,** Ohlauerstraße; **Paul Neugebauer,** Ohlauerstraße; **Carl Engel,** Holteistr., Ecke Schillerstr.; **F. Eckert,** Freiburgerstr., **Hermann Ernst,** Neumarkt; **J. Sperber,** Alte Graupenstraße.

Chrestensens neue grannenwerfende Gerste, 2te Absaat.
Durch das Abwerfen der Grannen zur Zeit der Reife wird die Belastung der Aehren mit Regen- und Thautropfen und somit das Lagern bedeutend vermindert, sowie die bessere Körnerausbildung befördert.
50 Kilo offerirt frei Waggon Bahnhof Glatz für **50 Mark**
H. Wagner,
[1519] **Glatz in Schlesien.**

Stellen-Anerbieten und Gesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Erzieherin f. jüng. K., w. brill. französisch spr., tücht. in körp. Pfl., mit langj. Zeugnissen, empf. Frau **Kammler,** Kirchstraße 12a, 1. Et.

Eine Kindergärtnerin
israel. Confession, wird zu einem Knaben und 3 Mädchen im Alter von 4—10 Jahren in eine **Grenzstadt Bayerns** per 1. Mai d. J. **aufzunehmen gesucht;** derselben würden der nöthigste Unterricht in Literatur, Religion, Musik u. franz. Sprache, sowie die körperliche Pflege der Kinder obliegen. Anschluß an die Familie wird zugesichert.
Off. unter H. 21498 an **Haasenstein & Vogler, Breslau,** erbet.

Eine j. Dame,
firm i. Zuschn. u. Abst. v. Costumes, **sucht** hier od. ausw. i. erstem Hause **Stell.** als **Directrice.** Beste Refer. vorh. Off. u. D. F. 54 Exp. d. Bresl. Z.

Eine tüchtige [3637]
Cassirerin
zum 1. April cr. **gesucht.**
Siegfried Steinitz,
Restaurant u. Weinhandlg.,
Gleiwitz.

Anderweit. Engagement
in Breslau **sucht** eine **tücht. Verkäuferin** (in ungek. Stell.) p. 1. April od. spät. unt. A. E. 56 Exped. d. Bresl. Ztg.

Für eine Damenmäntelfabrik wird per October cr.
ein tüchtiger Reisender
bei hohem Salair zu engagiren **gesucht.** [4680]
Offerten sub A. 58 Briefk. der Bresl. Ztg.

Per 1. April suche ich einen **tüchtigen** [3599]
Speceristen,
welcher auch in der **Correspondenz** und **Buchführung** gut bewandert sein muß. Poln. Sprache ist Bedingung und Gehaltsansprüche ev. Bild beizufügen.
J. Grunwald, Myslowitz OS.

Empf. 3 gute ält. **Köchinn.,** die Hausarb. übern. **Breit,** Taschenstr. 31.

Für ein bedeutendes **Herren-Garderoben- u. Militär-Effecten-Geschäft** wird ein tüchtiger
Reisender
mit Branchekenntnissen zu engagiren **gesucht.** [1514]
Offerten mit Gehalts-Ansprüchen, Photographie und Referenzen sind an **Rudolf Mosse, Breslau,** sub Chiffre **C. 278** zu richten.

Ein tüchtiger **Reisender,** der in der Herren- und Knaben-Garderoben-Branche die Provinzen Pommern, Preußen resp. Posen und Schlesien längere Zeit mit Erfolg bereist hat, **wird gesucht.** Offert. sub Z. T. 69 an die Exped. der Bresl. Ztg. erb.

Per 1. April c. finden Engagement bei hohem Salair ein Commis für Colonialwaaren und ein Commis für Eisenkurzwaaren.
Polnische Sprache u. christliche Confession Bedingung. [3549]
Offerten unter K. P. 184 an die Exped. der Bresl. Ztg.

Ein Commis,
gelernter Spediteur, **wird** für ein Speditionsgeschäft in einer Provinzialstadt **gesucht.** Antritt per 1. April cr. Offerten unt. C. E. 65 Exped. der Bresl. Ztg. [4704]

Einen Commis
suche für mein Delicateß- u. Colonialwaaren-Geschäft per 15. April oder per 1. Mai. Bewerbungsschreiben sind Zeugnißabschriften beizufügen. Retourmarken verbeten. Off. A. B. 66 Exped. der Bresl. Ztg. [4715]

Suche per bald oder 1. April für mein **Destillations-Detail-Geschäft** einen gewandten [3583]
Verkäufer,
Destillateur oder Specerist.
Max Laufer,
Breslau, Gräbschenerstraße 1.

Für mein **Putz-, Seidenband- u. Weißwaaren-Geschäft suche** ich zum baldigen Antritt einen tüchtigen, flotten **Verkäufer.** [4681]
P. C. Müller vorm. Emil Elsner,
Ohlauerstraße 7.

Ein **Specerist,** dem gute Zeugnisse u. Empfehlungen zur Seite stehen, **sucht** per sofort oder 1. April **Stellung.** Offerten erbeten an K. K. 100 postlagernd **Zaudiz OS.** [4712]

Ein Eisenhändler,
gewandter Expedient, polnisch sprechend, findet angenehme dauernde Stelle. [3600]
Pincus Cohn's Sohn,
Samter.

Suche per 1. April einen [3639]
Destillateur,
der seine Lehrzeit erst beendet hat.
Ad. Zweig, Glogau.

Ein junger Mann,
welcher gut polnisch spricht, wird zum 1. April für eine **Stabeisen-, Eisenwaaren- u. Haus- u. Küchengeräthe-Handlung** als **Commis** gesucht. Reflectanten wollen Offerten mit Gehaltsansprüchen bei freier Station im Hause, sowie Zeugnißabschriften einsenden unter B. 190 an die Expedition der Bresl. Ztg. [3584]

Für mein **Eisen- und Eisenwaaren-Geschäft suche** ich zum sofortigen Antritt, spätestens aber zum 1. April a. c. einen
jungen Mann,
der mit der Branche völlig betraut ist und auch polnisch sprechen kann.
Meldungen erbittet
D. Schlesinger,
Eisenhandlung,
Gleiwitz, Bahnhof.
Marken verbeten. [3394]

Ein junger Mann
mit schöner Handschrift und tüchtiger Buchhalter, der auch in der Wäschebranche firm, zum baldigen Antritt **gesucht.** [4695]
Offerten mit Zeugnißabschriften sub G. W. 64 Exped. der Bresl. Ztg.

Ein **j. Mann,** der dopp. Buchf. firm, längere Zeit im Comptoir eines größ. Geschäftes thätig, Besitzer gut. Zeugn., **sucht** p. 1. April anderw. **Engagement.** Off. unt. G. S. 59 Briefkasten der Bresl. Ztg. erbeten.

Ein **Gehilfe,** der stenographirt, kann sich melden **Altbüßerstr. 2,** im Bureau des Justiz-Rath **Freund.**

Ein Cassenbote
gesucht vom **Breslauer Consum-Verein,** Kreuzstraße 26. [1517]

Ein junger Mann, 20 Jahr alt Christ, im Besitze des Einjährig-Freiwilligen-Zeugnisses, wünscht in einer größeren Stadt in ein Eisenwaarengeschäft oder in eine Droguenhandlung als **Lehrling** per sofort oder zum 1. April einzutreten.
Offerten erbeten unter **St. Eywik, Neustadt** (Warthe). [4711]

Für das Comptoir eines größeren **Engros-Geschäftes wird** zum **baldigen** Antritt ein jung. Mann als
Lehrling
(mögl. mit Secundaner-Bildung und Kenntn. der Stenogr.) gegen entspr. monatliche Entschädigung **gesucht.** Bew. **mit einigen Geschäfts-Vorkenntnissen** bevorzugt. Off. unter G. V. 61 Exped. d. Bresl. Ztg. erb.

Für ein bedeutendes **Modewaaren-Geschäft** einer größeren Stadt Mittelschlesiens wird zum 1. April ein [3664]
Lehrling,
Israel., unter günstigen Bedingungen **gesucht.** Offerten sub E. L. 193 an die Exped. der Bresl. Ztg.

Für mein **Specerei- u. Schnittwaaren-Geschäft** suche ich einen
Lehrling
jüdischer Confession per sofort oder 1. April a. c. [3660]
L. Freund,
Beuthen OS., Krakauerstr. 32.

Für meinen Sohn, der nach Prima kommt, **suche Lehrlings- oder Volontairstelle,** wo er Sonnabend und Feiertage dispensirt wird.
A. J. 10 hauptpostlagernd.

Einen Lehrling,
der polnischen Sprache mächtig, suche für mein **Producten-, Mehl- und Salz-Geschäft** per 1. April bei vollständig freier Station. [3561]
Moritz Danziger,
Beuthen OS.

Einen Lehrling
[3560] **sucht**
Marcus Pinczower,
Specerei- u. Manufactur-Waaren-Handlung,
Sandowitz OS.

Vermiethungen und Miethsgesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Ohlau-Ufer 26,
1. Et., Wohn., 5 Z. Balc. ꝛc., f. 1100 M.,
2. Et., „ 4 Zim. ꝛc., für 750 M.
zu verm. Näh. b. d. Haushälterin.

Roßmarkt 5a
ist in der 2. Et. eine Wohn. für jährl. 750 Mk. sof. zu verm. **Klinke.**

Roßmarkt 5a
ist die 1. Etage als Geschäftslocal sofort zu vermiethen. **Klinke.**

Laden 4691
in lebh. Straße, Nähe Nicolai-Thor, in welch. 16 Jahre ein Ledergesch. betr. wurde, ist gleichw. zu welch. Branche p. 1. Juli anderw. z. verm. Jährl. Miethe m. Lagerk. 750 Mk. Off. u. D. L. 57 Bresl. Z.

Freiburgerstraße 9
ist per 1. April cr. in der 2. Etage eine herrschaftliche Wohnung (ein Salon, drei große und drei kleine Zimmer, Badecabinet ꝛc.), event. auch mit Stall und Remise, **preiswerth zu vermiethen.**
Näheres bei **Louis Schäfer,** Roßmarkt 13. [4694]

Mein **Ohlauerstraße 76/77** gelegener großer Laden mit 2 Schaufenstern ist wegen Verlegung meines Detail-Geschäfts nach **Ohlauerstraße 10/11** unter günstigen Bedingungen per 1. Juli cr. zu vermiethen.
Franz Sobtzick,
[3661] Königl. Hoflieferant.

Telegraphische Witterungsberichte vom 21. März.

Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.
Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort.	Bar. n. 0 Gr. u. d. Meeresniveau reduc. in Millim.	Temperat. in Celsius-Graden.	Wind.	Wetter.	Bemerkungen.
Mullaghmore..	757	—4	NO	wolkig.	
Aberdeen.....	755	—1	NNW 4	wolkig.	
Christiansund .	751	—4	SW 2	heiter.	
Kopenhagen ..	743	—1	NNW	wolkig.	
Stockholm....	743	—4	N 6	Schnee.	
Haparanda....	746	—19	still	Nebel.	
Petersburg....	748	—4	S 3	Schnee.	
Moskau.......	—	—	—	—	
Cork, Queenst.	756	3	NNO 4	wolkig.	
Cherbourg....	743	3	NW	wolkig.	
Helder	743	—4	N 1	wolkig.	
Sylt..........	744	—	N 4	wolkig.	Nebel.
Hamburg.....	743	—	SO 2	Nebel.	
Swinemünde..	743	—1	NO 1	Dunst.	
Neufahrwasser	744	—2	still	heiter.	
Memel........	745	2	SO 3	bedeckt.	
Paris.........	—	—	—	—	
Münster	743	5	SW 2	Regen.	
Karlsruhe.....	725	2	still	Regen.	
Wiesbaden....	744	5	SW 2	bedeckt.	
München	746	2	SW 3	wolkig.	
Chemnitz.....	744	1	W 2	Schnee.	
Berlin........	743	5	N 1	Regen.	
Wien.........	744	5	W 5	bedeckt.	
Breslau.......	742	2	still	Nebel.	
Isle d'Aix	—	—	—	—	
Nizza	—	—	—	—	
Triest	748	11	still	wolkenlos.	

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach 4 = mässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch. 9 = Sturm 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Das Minimum, welches gestern über England lag, ist mit abnehmender Tiefe südostwärts nach Nord-Frankreich fortgeschritten und liegt in einer Zone niedrigen Luftdruckes, die sich von Südwest-Europa nordostwärts nach Finnland erstreckt. Ueber Irland ist das Barometer ungewöhnlich rasch gestiegen, sodass über den britischen Inseln lebhafte nordöstliche, von Abkühlung begleitete Winde wehen. Ueber Deutschland ist das Wetter trübe, zu Niederschlägen geneigt und, ausser im Osten, kälter.

Verantwortlich: Für den politischen u. allgemeinen Theil: J. Seckles; für das Feuilleton: Karl Vollrath; für den Inseratentheil: Oscar Meltzer; sämmtlich in Breslau.
Druck von Grass, Barth & Co. (W. Friedrich) in Breslau.